

## A1 (Ä1) Gestaffelte Steuer für Zucker in Getränken

Gremium: LAG Gesundheit  
Beschlussdatum: 03.06.2024  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein (LAG Gesundheit) fordern die  
3 Besteuerung von Zucker in Getränken zu modernisieren. Hierbei soll eine  
4 abgestufte Zuckersteuer für Getränke nach britischem Vorbild eingeführt werden.
- 5 • Dies ist ein wichtiger Baustein im Rahmen einer nachhaltigen  
6 Gesundheitswende,
  - 7 • unterstützt die Forderung der UN, den Anteil an „verfrühten“ Todesfällen  
8 zu reduzieren,
  - 9 • entlastet signifikant unser Gesundheitssystem.
  - 10 • Die Umsetzung soll im Rahmen einer Bundesratsinitiative erfolgen.

### Antrag in leichter oder einfacher Sprache

- 11 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 12 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein (LAG Gesundheit) fordern die  
13 Besteuerung von Zucker in Getränken zu modernisieren. Hierbei soll eine  
14 abgestufte Mehrwertsteuer für Getränke nach britischem Vorbild eingeführt  
15 werden.
- 16 • Dies ist ein wichtiger Baustein im Rahmen einer nachhaltigen  
17 Gesundheitswende,
  - 18 • unterstützt die Forderung der UN, den Anteil an „verfrühten“ Todesfällen  
19 zu reduzieren,
  - 20 • entlastet finanziell unser Gesundheitssystem (beträchtlich!).
  - 21 • Die Umsetzung soll im Rahmen einer Bundesratsinitiative erfolgen.

### Begründung

Ob Chili oder Kochsalz – die richtige Dosis unser Lebensmittel ist entscheidend für ein normales, gesundes Leben. Das gilt besonders für Zucker. Der tägliche Verzehr einer kleinen Menge ist unbedenklich, aber besonders gezuckerte Getränke sind schädlich, weil innerhalb von Minuten sehr hohe und damit schädliche Zuckerwerte im Menschen auftreten. Der überschüssige Zucker wird in der Leber zu Fett umgewandelt und ist die Ursache von zahlreichen Langzeitschäden. Daher kann es nicht sein, dass solche Produkte mit niedrigen Steuersätzen vom Staat gefördert werden.

Eine sehr große britische Studie (1) hat letztes Jahr gezeigt, dass die Einführung einer gestaffelten Zuckersteuer die Zunahme an stark übergewichtigen Jugendlichen um mehrere tausend pro Jahr vermindert! Ein Grund liegt u.a. darin, dass Lebensmittelkonzerne die Rezepturen verändert haben. Dies reduziert einen übermäßigen Verzehr von Zucker.

In Großbritannien gilt bei Getränken ab 5 Gramm Zucker pro 100 Millilitern eine Steuer 18 Pence pro Liter - ab 8 Gramm Zucker werden 24 Pence pro Liter fällig.

Eine weitere Studie der TU München (2) hat die Daten der britischen Studie benutzt, um den finanziellen Effekt für Deutschland zu berechnen: Eine Softdrink-Steuer in Deutschland hätte deutliche positive Auswirkungen. So ließen sich volkswirtschaftliche Kosten von ca. 16 Milliarden Euro und das Gesundheitssystem um ca. 4 Milliarden Euro entlasten. Dabei macht es einen Unterschied, ob die Abgabe darauf zielt, den Softdrink-Konsum zu senken oder Rezeptur-Änderungen herbeizuführen. Änderungen der Rezeptur haben offenbar den stärksten Effekt.

Unser Gesundheitssystem ist seit geraumer Zeit unter starkem finanziellem Druck. Daher benötigen wir neue Konzepte, um Kosten einzusparen und zugleich die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen zu erhalten oder zu verbessern.

Der Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ hat am 20. Februar 2024 seine Empfehlungen an die Fraktionen des Bundestages übergeben. Das Detailkonzept war zuvor intensiv mit dem Wissenschaftlichen Beirat diskutiert worden. Einige wesentliche Forderungen des Bürgerrats lauten:

- Neuer Steuerkurs für Lebensmittel: Die Definition von Grundnahrungsmitteln soll überarbeitet werden.
- Zucker soll hingegen nicht mehr als Grundnahrungsmittel gelten und damit die darauf erhobene Mehrwertsteuer auf 19 Prozent angehoben werden.

Somit möchten wir wesentliche Forderungen des Bürgerrates unterstützen.

Referenzen:

1. Nina Rogers et al. 2023:

[Changes in soft drinks purchased by British households associated with the UK soft drinks industry levy: a controlled interrupted time series analysis](#). BMJ Open. 2023 Dec 5;13(12).

2. Emmert-Fees KMF, Amies-Cull B, Wawro, N, Linseisen J, Staudigel M, Peters A, et al. (2023). ["Projected health and economic impacts of sugarsweetened beverage taxation in Germany: A crossvalidation modelling study"](#).

3. Bürgerrat, Bürgergutachten 20.2.24 (siehe [Bürgergutachten zu Ernährung übergeben \(buergerrat.de\)](#))

Autoren (LAG Gesundheit): Henning Vollert (KV Segeberg), Eike Selonke (KV Kiel), Ralf van Hees (KV Kiel).

## Unterstützer\*innen

Michael Brandtner (KV Kiel); Florian Juhl (KV Pinneberg); Anja Koberg (KV Nordfriesland); Jan Kürschner (KV Kiel); Christoph Fischer (KV Segeberg); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Kirsten Schaltenberg (KV Schleswig-Flensburg); Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Zoé Engel (KV Kiel); Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg); Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg); Moritz Bührmann (KV Kiel); Ulrike Täck (KV Segeberg); Said Etejjari (KV Segeberg); Maren Utesch (KV Kiel); Stefan Lansberg (KV Plön); Malte Ranis (KV Kiel); Birte Duggen (KV Lübeck); Bruno Hönel (KV Lübeck);

Oliver Lorentzen (KV Pinneberg); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Askan Grimmelsmann (KV Neumünster); Jasper Balke (KV Lübeck); Regina Flesken (KV Pinneberg); Alexander Harder (KV Stormarn)

## A2 (Ä1-3) Gesund & Sozial - Umsatzsteuerbefreiung für gesunde Lebensmittel

Gremium: LAG Gesundheit  
Beschlussdatum: 03.06.2024  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 • Die Delegierten des Landesparteitages mögen beschließen: Der Steuersatz  
3 für die Umsatzsteuer für Gemüse, Hülsenfrüchte und Obst wird auf 7%  
4 belassen.

5 • Die Verantwortlichen in der Partei, in der Landesregierung und im Landtag  
6 setzen sich auf Bundesebene für eine umfassende Reform des  
7 Umsatzsteuerrechtes ein.

8 • Die Verantwortlichen in der Partei, in der Landesregierung und im Landtag  
9 setzen sich für die Umsetzung der im Januar 2024 vom Bundeskabinett  
10 beschlossenen "Ernährungsstrategie der Bundesregierung".

11 • Ein Umbau des Ernährungssystems hin zu einer ökologischen und stärker  
12 pflanzenbasierten Ernährung soll durch einen Umbau der Außer-Haus-  
13 Verpflegung (z.B. öffentliche Kantinen, Kitas und Mensen) in Schleswig-  
14 Holstein erreicht werden.

15 • Dies ist ein wichtiger Baustein im Rahmen einer nachhaltigen und sozialen  
16 Gesundheitswende,

17 • unterstützt die Forderung der UN, den Anteil an „verfrühten“ Todesfällen  
18 zu reduzieren,

19 • langfristig unser Gesundheitssystem zu entlasten sowie

20 • Synergie-Effekte im Bereich Klima, Ernährung und Gesundheit zu  
21 realisieren.

22 Die Umsetzung soll im Rahmen einer Bundesratsinitiative erfolgen. Kleinere  
23 landwirtschaftliche Betriebe sollten bei dem neu einzuführenden Lenkungssystem  
24 unterstützt werden.

### Antrag in leichter oder einfacher Sprache

25 Über die Hälfte der Krankheiten in der westlichen Welt, sind die Folge einer  
26 jahrelangen Fehlernährung. Zahlreiche Studien belegen, dass besonders der  
27 ausreichende Verzehr von Gemüse, Hülsenfrüchte und Obst einen präventiven Effekt  
28 auf unsere Gesundheit hat. Auf der anderen Seite sind in den letzten Jahren die  
29 Kosten für diese Lebensmittel stark gestiegen. Besonders sozial schwache  
30 Familien können sich eine gesunde Ernährung kaum noch leisten und der Konsum der  
31 genannten Lebensmittel ist gesunken. Somit wäre der Wegfall der Mehrwertsteuer  
32 (7%) ein Betrag, diesen ungewöhnlichen Preisanstieg zu dämpfen.

33 Der Report<sup>1</sup> „GLOBAL ENVIRONMENT OUTLOOK GEO-6“ des Klimabeirats der UN belegt,  
34 dass unsere Landwirtschaft einer der Hauptverursacher für Treibhausgase (THG)  
35 geworden ist - der Anteil an THG beträgt etwa 30%.

36 Neben diesem Report gibt es inzwischen mehrere Studien (u.a. der „Fleischatlas“,  
37 Heinrich Böll Stiftung<sup>2</sup>), die zeigen, dass besonders die konventionelle  
38 Landwirtschaft einen sehr starken Einfluss auf die Freisetzung von  
39 Treibhausgasen hat. Vor allem der große Appetit auf Fleisch schadet dem Klima.  
40 Andere Lebensmittel wie Gemüse und Salat, benötigen nur ein Bruchteil an CO<sub>2</sub>. So  
41 wird beispielsweise für die Herstellung von 1 kg Rindfleisch etwa 50x bis 100x  
42 mehr CO<sub>2</sub> verbraucht als für 1 kg Gemüse<sup>2</sup>. Nahezu 70 % der direkten  
43 Treibhausgasemissionen unserer Ernährung sind auf tierische Produkte  
44 zurückzuführen. Der hohe Fleischkonsum in Deutschland und Europa ist außerdem  
45 eine wesentliche Ursache für zahlreiche Erkrankungen, die unser  
46 Gesundheitssystem sehr belasten<sup>3</sup>.

47 Somit würden Maßnahmen, die den Fleischkonsum reduzieren und zugleich den  
48 Verzehr von Gemüse verstärken, mehrfach wirken und Synergien freisetzen<sup>1,2,3,4</sup>:

- 49 • Verringerung der Freisetzung von THG
- 50 • Geringere Belastung des Trinkwassers und der Luft mit Schadstoffen
- 51 • Verringerung des Einsatzes von Antibiotika und somit für das Risiko für  
52 die Entstehung von multi-resistenten Keimen
- 53 • Die Abholzung von Wäldern für die Herstellung von Tierfutter könnte  
54 reduziert werden.
- 55 • Eine Reduzierung der Fleischproduktion hätte zudem positive Effekte für  
56 das Tierwohl
- 57 • Prävention von Erkrankungen (HerzKreislauf, Osteoporose, Diabetes etc.)
- 58 • und somit Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen.

59 Nebeneffekt: Da die Zusammenhänge zwischen Ernährung und Klima sowie Gesundheit  
60 vielen Menschen nicht bekannt ist, wäre die Maßnahme ein Anreiz, sich mit dem  
61 Thema intensiver zu beschäftigen. Zudem würden besonders Familien entlastet, die  
62 einen relativ großen Anteil des Einkommens für Lebensmittel ausgeben.

63 Eine gesündere Ernährung würde nicht nur die Lebensqualität von Millionen  
64 Menschen verbessern, sondern hätte auch das Potential, die Gesundheitskosten  
65 alleine in Deutschland jährlich, um mehrere Milliarden Euro zu entlasten. Unsere  
66 Fehlernährung ist eine wesentliche Ursache für die meisten Erkrankungen<sup>3</sup> und  
67 „verfrühte“ Todesfälle (durch HerzKreislaufkrankunge, Diabetes etc.) Obwohl  
68 dies durch zahlreiche Studien belegt worden ist, kümmert sich unser  
69 Gesundheitswesen fast gar nicht um die eigentlichen Ursachen. Sogar bei der  
70 Ausbildung der Medizinstudenten oder Weiterbildung des medizinischen  
71 Fachpersonals spielt das Thema „Fehlernährung als wesentliche Ursache  
72 zahlreicher Erkrankungen“ keine Rolle. Dies steht im krassen Missverhältnis zu

73 der Bedeutung für unsere Gesundheit, Gesundheitskosten, Lebensqualität und nicht  
74 zuletzt für den Klimawandel.

75 Der Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ hat am 20. Februar 2024 seine Empfehlungen  
76 an die Fraktionen des Bundestages übergeben. Das Detailkonzept war zuvor  
77 intensiv mit dem Wissenschaftlichen Beirat diskutiert worden. Einige wesentliche  
78 Forderungen des Bürgerrats lauten:

- 79 • Die Umsatzsteuer für gesunde Lebensmittel soll u.a. aus sozialen und  
80 gesundheitlichen Gründen abgeschafft werden (5)

81 Einige aktive „junge Grüne“ aus SH waren übrigens an der Etablierung des  
82 Bürgerrates involviert! Somit möchten wir wesentliche Forderungen des  
83 Bürgerrates unterstützen.

84 Referenzen:

85 1. „GLOBAL ENVIRONMENT OUTLOOK GEO-6 HEALTHY PLANET, HEALTHY PEOPLE“ UN-Report  
86 2018.

87 2. „Fleischatlas“ Heinrich Böll Stiftung, Ausgabe 2018

88 3. GLOBAL ACTION PLAN FOR THE PREVENTION AND CONTROL OF NONCOMMUNICABLE DISEASES  
89 2013-2020 (WHO)

90 4. „Klimawandel auf dem Teller“, WWF-Report 2012

91 5. Bürgerrat, Bürgergutachten 20.2.24 (siehe [Bürgergutachten zu Ernährung](#)  
92 [übergeben \(buergerrat.de\)](#))

93 Autoren (LAG Gesundheit): Henning Vollert (KV Segeberg), Eike Selonke (KV Kiel),  
94 Esther Drewsen (KV Nordfriesland)

## Unterstützer\*innen

Michael Brandtner (KV Kiel); Jan Kürschner (KV Kiel); Christoph Fischer (KV Segeberg); Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde); Anja Koberg (KV Nordfriesland); Alexandra Königshausen (KV Flensburg); Luca Brunsch (KV Kiel); Gabriele Piachnow-Schmidt (KV Steinburg); Michaela Dämmrich (KV Stormarn); Jessica Leutert (KV Kiel); Kirsten Schaltenberg (KV Schleswig-Flensburg); Zoé Engel (KV Kiel); Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg); Said Etejjari (KV Segeberg); Maren Utesch (KV Kiel); Oliver Lorentzen (KV Pinneberg); Max Hansen (KV Herzogtum Lauenburg); Ann Christin Hahn (KV Pinneberg)

## A3 (Ä1,2) Die Zukunft liegt auf dem Land - Antrag für stärkere Beteiligung der ländlichen Räume

Antragsteller\*in: Klaudia Schumann (KV Schleswig-Flensburg)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Die Antragsteller\*innen fordern den Landesverband Schleswig-Holstein Bündnis  
2 90/DIE GRÜNEN auf, sich auf Landesebene und gegenüber dem Bundesverband  
3 nachdrücklich dafür einzusetzen, dass die Bedürfnisse, Ressourcen und  
4 Herausforderungen der Bevölkerung in den ländlichen Räumen sehr viel stärker in  
5 den Fokus genommen werden.

6 Die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf die ländlichen Räume müssen  
7 mitgedacht und verständlich kommuniziert werden.

8 Dies muss über reine Willensbekundungen ([https://www.gruene-  
9 bundestag.de/themen/laendliche-raeume](https://www.gruene-bundestag.de/themen/laendliche-raeume)) hinaus gehen. Vielmehr müssen die  
10 Menschen in den ländlichen Räumen stärker für die Beteiligung an politischen  
11 Entscheidungen aktiviert werden.

12 Wir fordern den Landesverband auf, dafür eine effektive, verlässliche und  
13 dauerhafte Struktur auf Landesebene zu schaffen, die eine gegenseitige beratende  
14 und begleitende Funktion gewährleistet.

15 Landes- und Bundespolitik müssen z.B. verstärkt Präsenz und Interesse an den  
16 Themen vor Ort zeigen.

17 Außerdem sollen bei politischen Entscheidungen die Expertise von Vereinen,  
18 Verbänden und Organisationen vor Ort eingeholt und eine verbindliche Mitwirkung  
19 der Orts- und Kreisverbände in den ländlichen Räumen gewährleistet werden.

### Antrag in leichter oder einfacher Sprache

20 Der Kreisverband Schleswig-Flensburg von Bündnis 90/DIE GRÜNEN möchte, dass die  
21 Politiker und Vorstände auf Landes- und Bundesebene mehr auf die Bedürfnisse und  
22 Herausforderungen der Menschen auf dem Land achten. Die Auswirkungen politischer  
23 Entscheidungen auf diese Regionen sollen besser berücksichtigt und klarer  
24 erklärt werden.

25 Es reicht nicht, nur gute Absichten zu haben. Die Menschen auf dem Land sollen  
26 stärker in politische Entscheidungen einbezogen werden. Dafür müssen die  
27 Politiker mehr vor Ort sein. Auch sollten sie das Wissen und die Erfahrungen von  
28 Vereinen und Organisationen vor Ort nutzen und sicherstellen, dass die örtlichen  
29 Verbände in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

30 Hinweis: Teile dieses Antrags wurden mit Hilfe von künstlicher Intelligenz (KI)  
31 erstellt.

### Begründung

Die Bevölkerung in den ländlichen Räumen ist die beste Expertin für ihre Belange.

Diese Gruppe ist in den politischen Gremien wie den Landes- und Bundesparteitagen jedoch unterrepräsentiert, weil die Delegiertenzahl sich aus der Mitgliederzahl und nicht der Einwohner\*innenzahl ergibt. Dies entspricht nicht der Bedeutung, die den ländlichen Räumen in der Bundesrepublik Deutschland zukommt.

Hierzu erklärt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft:

„Ländliche Regionen prägen mit ihren Siedlungen und Kulturlandschaften das Bild unseres Landes. 91 Prozent Deutschlands sind sehr oder überwiegend ländlich geprägt! Über die Hälfte der Bundesdeutschen Bevölkerung lebt in ländlichen Regionen (57 Prozent). Auch ist hier der überwiegende Anteil unserer mittelständischen Wirtschaft mit Handwerk, Industrie und Dienstleistungen angesiedelt. Fast die Hälfte des deutschen Bruttosozialprodukts (46 Prozent) wird auf dem Land erwirtschaftet. Auch die regionale Vielfalt unserer Lebensmittel wird in den ländlichen Räumen erzeugt. Die dezentrale Struktur ist eine besondere Stärke Deutschlands. Die ländlichen Regionen bieten ihren Bewohnerinnen und Bewohnern viel Freiraum. Sie bieten Menschen aus Stadt und Land aber auch Natur und Erholung.“

[https://www.bmel.de/DE/themen/laendliche-regionen/laendliche-regionen\\_node.html](https://www.bmel.de/DE/themen/laendliche-regionen/laendliche-regionen_node.html)

Den ländlichen Räumen kommt aber auch deshalb eine besondere Stellung zu, weil sie für die großen Zukunftsfragen wie den Klimaschutz, die biologische Vielfalt, den Schutz der Gewässer und die Energiewende von herausragender Bedeutung sind. Auf dem Land müssen die großen Flächenkonkurrenzen zwischen Wohnen, Gewerbe und Verkehrswegen auf der einen Seite und Wäldern, Mooren und anderen Naturräumen sowie Windkraft- und Solarenergieanlagen auf der anderen Seite ausgehandelt werden und der Übergang zu einer nachhaltigen Landwirtschaft gelingen. Dies ist nur möglich, wenn die Menschen vor Ort in politische Entscheidungen eingebunden werden.

Weitere Quellen:

<https://www.bpb.de/themen/stadt-land/laendliche-raeume/334146/laendliche-raeume-in-deutschland-ein-ueberblick/>

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antragsteller\*innen: Vorstand OV- Angeln Mitte: Silke Sörensen, Klaudia Schumann, Norbert Tretkowski, Jutta Greve, sowie OV-Mitglieder Alexandra Knak, Uta Bergfeld

## Unterstützer\*innen

Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg); Uta Bergfeld (KV Schleswig-Flensburg); Sebastian Bonau (KV Schleswig-Flensburg); Norbert Tretkowski (KV Schleswig-Flensburg); Ansgar Makurat (KV Schleswig-Flensburg); Michael Klinger (KV Schleswig-Flensburg); Matthias Jessen (KV Schleswig-Flensburg); Annette Granzin (KV Ostholstein); Denise Kreissl (KV Segeberg); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Christian Judith (KV Schleswig-Flensburg); Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde); Jennifer Herbert (KV Kiel); Lutz Richert (KV Segeberg); Günter Schlink (KV Schleswig-Flensburg); Björn Radke (KV Segeberg); Wilhelm Langes (KV Schleswig-Flensburg); Falko Siering (KV Ostholstein); Anne Birke (KV Schleswig-Flensburg); Ute Görrissen (KV Schleswig-Flensburg); Alexandra Knak (KV Schleswig-Flensburg); Kirsten Schaltenberg (KV Schleswig-Flensburg); Meike Lüdemann (KV Segeberg); Philipp Diepmans (KV Flensburg); Anja Koberg (KV Nordfriesland); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Iris Brückner (KV Schleswig-Flensburg); Katrin Andresen (KV Schleswig-Flensburg); Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Ralph Sieber (KV Schleswig-Flensburg); Karsten Bahnsen (KV Flensburg); Conny Clausen (KV Flensburg); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Christoph Fischer (KV Segeberg); Christopher Mund (KV



Lübeck); Nicole Döhrmann (KV Dithmarschen); Lars Granzin (KV Ostholstein); Maike Borrmann (KV Schleswig-Flensburg); Ute Reinecke (KV Schleswig-Flensburg); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Christof Martin (KV Rendsburg-Eckernförde); Jannes Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Esther Drewsen (KV Nordfriesland); Zoé Engel (KV Kiel); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg); Jürgen Becker (KV Schleswig-Flensburg); Kerstin Leidt (KV Schleswig-Flensburg); Torge Klein (KV Rendsburg-Eckernförde); Jörn Peter Böning (KV Plön); Stefan Lansberg (KV Plön); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Malte Ranis (KV Kiel); Merlin Michaelis (KV Kiel); Nadine Mai (KV Pinneberg); Hans-Peter Hopp (KV Ostholstein); Max Hansen (KV Herzogtum Lauenburg)

## A5 (Ä1-5) Grüne Offensive für eine kohärente Klimaschutz- und Biodiversitätspolitik

Gremium: LAG Ökologie SH  
Beschlussdatum: 10.09.2024  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Die Klimakrise und die Biodiversitätskrise sind die zentralen Herausforderungen  
2 unserer Zeit. Angesichts von immer häufiger auftretenden Extremwetterereignissen  
3 wie Starkregen, Dürreereignissen, Stürmen und Überschwemmungen sowie der  
4 Bedrohung ganzer Ökosysteme ist die politische Antwort auf beide Krisen eine  
5 Frage unserer eigenen Sicherheit. Als politische Partei und politisch  
6 Verantwortliche sehen wir uns in der Verpflichtung, die Sicherheit der Menschen,  
7 für die wir Verantwortung tragen, umfassend zu gewährleisten.

8 Wir konnten dieses Jahr anhand von Überschwemmungen in großen Teilen  
9 Süddeutschlands und zahlreichen Extremwetterereignissen weltweit erneut sehen,  
10 wie präsent und akut die Klimakrise ist. Um der Klimakrise wirksam  
11 entgegenzutreten, brauchen wir nicht nur den klimaneutralen Umbau der  
12 Wirtschaft, Energie-, Wärme- und Verkehrsinfrastruktur, sondern auch Maßnahmen  
13 des natürlichen Klimaschutzes und der Klimaanpassung.

14 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein setzen sich mit folgenden 12-Punkte  
15 Plan für eine echte Offensive für den Natur- und Artenschutz und eine wirksame  
16 Klimaschutzpolitik ein.

17 • 1. Eine große Chance für eine Natur- und Klimaschutzoffensive bietet das  
18 europäische Gesetz zur Wiederherstellung der Natur. Es kann europaweit den  
19 Zustand der Lebensräume und Arten verbessern. Dabei wird ihre Umsetzung  
20 auch die Nutzungsfähigkeit der Natur für Land- und Forstwirtschaft sichern  
21 bzw. wiederherstellen, einen wichtigen Beitrag zum Klima- und  
22 Hochwasserschutz leisten und die Lebensbedingungen in den Siedlungsräumen  
23 verbessern. Wir Grüne in Schleswig-Holstein unterstützen dies und fordern  
24 deshalb die Landesregierung auf, diesen Booster für eine gute Zukunft  
25 künftiger Generationen ambitioniert in den zuständigen Ressorts für  
26 Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Städtebau  
27 umzusetzen.

28 • 2. Naturschutzgebiete sind von herausragender Bedeutung für die  
29 Biodiversität in unserem Land. Auf Landes- aber vor allem auch kommunaler  
30 Ebene - setzen wir uns für eine Verbesserung des Zustands bestehender  
31 Schutzgebiete ein. Um ihre Wirkung zu entfalten, müssen Schutzgebiete  
32 effektiv miteinander verbunden werden. Auch deshalb fordern wir, dass die  
33 in der Landesbiodiversitätsstrategie der Landesregierung bis 2030  
34 vorgesehenen 3,6% der Landesfläche zeitnah als Naturschutzgebiet  
35 ausgewiesen sind. Dafür sind noch ca. 4.500 ha neue NSG-Fläche an Land  
36 erforderlich. Als Konsequenz aus den ernüchternden Ergebnissen der  
37 Biotopkartierung müssen wir den gesetzlichen Biotopschutz auf Bundes- und  
38 Landesebene stärken.

39 • 3. Knicks sind ein prägendes Element der Landschaft und Artenvielfalt in  
40 Schleswig-Holstein. Sie dienen als Rückzugs- und Lebensraum zahlreicher,

41 auch seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten. Die Knickpflege ist  
42 von der UNESCO zurecht als immaterielles Kulturerbe anerkennt. Wir  
43 erkennen die Leistungen gut wirtschaftender Landwirt\*innen dabei an und  
44 unterstützen die vom Umweltministerium vorgeschlagenen Flexibilisierungen.  
45 Die Vorverlegung des Schnittzeitraums um 2 Wochen darf dabei keinesfalls  
46 zu einer Verschlechterung des Knickschutzes führen. Wir begrüßen deshalb  
47 ausdrücklich, dass die Aufwertung der Knicks ein zentrales gemeinsames  
48 Anliegen der Koalition bleibt und werden vor Ort von den zuständigen  
49 Behörden einfordern, dass Rechtsverstöße besser geahndet werden.  
50 Forderungen, den Knick aus dem gesetzlichen Biotopschutz zu entlassen,  
51 erteilen wir eine klare Absage.

- 52 • 4. Dauergrünland ist ein Alleskönner im Klima- und Umweltschutz. Es prägt  
53 unser Landschaftsbild, schützt Klima, Böden und Gewässer und ist eine  
54 wichtige Grundlage für die Artenvielfalt, insbesondere von Wiesenvögeln  
55 und Insekten. Das Dauergrünlanderhaltungsgesetz schützt davor, dass  
56 Flächenversiegelung und Grünlandumbruch diesen wertvollen Lebensraum  
57 zerstören. Wir fordern unsere Abgeordneten im Landtag daher auf, den  
58 gesetzlichen Grünlandschutz zu stärken. Abschwächungen kann es mit uns  
59 Grünen nicht geben. Wir wollen, dass die Böden in Schleswig-Holstein ihre  
60 ökologischen Funktionen behalten und weiterhin Regenwasser aufnehmen  
61 können. Deshalb wollen wir die Bebauung von naturbelassenen Flächen in  
62 Schleswig-Holstein verringern und hin zu einer dynamischen  
63 Flächenkreislaufwirtschaft kommen: Statt regelmäßig neue Flächen  
64 auszuweisen, wollen wir vorhandene Flächen wieder in Wert setzen.
- 65 • 5. Nasse Moore sind echte Helden des biologischen Klimaschutzes. Sie  
66 schützen das Klima und sind Lebensraum zahlreicher Arten. Wir werden den  
67 Moorschutz weiter ausbauen und trockengelegte Moore wiedervernässen. Das  
68 Grüne „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ des Bundes muss deshalb  
69 zügig umgesetzt werden. Wir fordern, dass der natürliche Klimaschutz den  
70 Stellenwert erhält, den er mit Blick auf den Klimawandel dringend benötigt  
71 und als überragendes öffentliches Interesse anerkannt wird.
- 72 • 6. Schleswig-Holstein ist reich an Gewässern, aber kaum eines davon  
73 befindet sich in einem ökologisch guten Zustand. Für unsere  
74 Fischereibetriebe, für unseren Tourismus, für unsere Wasserwirtschaft aber  
75 auch für Klima- und Artenvielfalt ist das ein nicht hinnehmbarer Zustand.  
76 Deshalb ist die konsequente Verringerung von Nähr- und Schadstoffeinträgen  
77 prioritär voranzubringen.
- 78 • Wir brauchen ein strengeres Düngerecht bei gleichzeitiger Gerechtigkeit  
79 für die Betriebe, die ökologisch und umweltfreundlich wirtschaften
- 80 • wir brauchen die forcierte Schaffung von Feuchtgebieten und Wäldern, die  
81 ambitionierte Renaturierung von Auen und die verpflichtende Schaffung von  
82 düng- und pestizidfreien Gewässerrandstreifen sowie eine kontinuierliche  
83 Verbesserung der Klärtechnik.
- 84 • Die im Aktionsplan Ostseeschutz der Landesregierung beschlossenen  
85 Reduktionspfade stellen aus unserer Sicht einen Kompromiss mit der  
86 Landwirtschaft dar, der zwingend eingehalten werden muss. Über die im

87 Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen vereinbarte  
88 Strategie zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln müssen wir zu einer  
89 signifikanten Reduktion des Einsatzes von Ackergiften kommen.

90 • Die neu zu errichtenden streng geschützten Naturschutzgebiete in der  
91 Ostsee mit ihren Rückzugsorten für Meerestiere und CO<sub>2</sub>-bindenden  
92 Seegraswiesen werden nicht nur einen Beitrag für die Meeresbiodiversität  
93 sondern auch für den Klimaschutz leisten. Wir begrüßen die Entscheidung  
94 der Landesregierung sehr, diese Naturschutzgebiete zeitnah zu schaffen und  
95 werden dies vor Ort unterstützen.

96 • 7. Wir begrüßen jedes Engagement bei der Umsetzung von Maßnahmen für den  
97 Natur-, Arten- und Klimaschutz und stehen fest an der Seite des  
98 ehrenamtlichen Naturschutzes und der vielen Freiwilligendienstleistenden.  
99 Freiwillige Vereinbarungen ersetzen jedoch keine Politik, sondern ergänzen  
100 sie allenfalls. Statt unzählige Arbeitsgruppen und unverbindliche Runde  
101 Tische einzurichten, sprechen wir uns für klare rechtliche Regelungen aus.  
102 Das ist auch ein Beitrag zur Entbürokratisierung und zur Entlastung vieler  
103 Akteur\*innen.

104 1) Aufgrund der enormen Relevanz des Natur- und Artenschutzes für die  
105 öffentliche Sicherheit setzen wir uns für die Beschleunigung von Verfahren im  
106 Natur- und Artenschutz ein, wie sie auch beim Ausbau von Windenergieanlagen  
107 vorgesehen ist. Um wirksamen Artenschutz umzusetzen, streben wir eine  
108 Verbesserung der Ausstattung von zuständigen Behörden sowie der Datengrundlage  
109 an.

110  
111 1a) Wir wollen, dass die Artenvielfalt als Schutzgut in die Schleswig-  
112 Holsteinische Landesverfassung aufgenommen wird, um dem Schutz der Biodiversität  
113 in den Entscheidungen der Behörden und Gerichte deutlich mehr Gewicht zu geben.  
114 Damit würde der verfassungsrechtliche Schutz auf alle Lebensformen erweitert und  
115 die biologische Vielfalt an sich einschließlich der Vielfalt der Lebensräume  
116 geschützt.

117 2) Für eine wirksame Klimaschutzpolitik ist es notwendig, dass die erneuerbaren  
118 Energien beschleunigt ausgebaut werden. Wir begrüßen daher, dass dem Ausbau der  
119 Erneuerbaren Energien in §2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ein  
120 „überragendes öffentliches Interesse“ eingeräumt wurde. Dies wird unter anderem  
121 damit begründet, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien der öffentlichen  
122 Sicherheit dient. Genauso gilt für uns, dass der Erhalt unserer Lebensgrundlagen  
123 im Rahmen der Ausweisung von Gebieten für den Natur- und Artenschutz und des  
124 natürlichen Klimaschutzes eine zentrale Frage der öffentlichen Sicherheit ist.  
125 Deshalb setzen wir Grüne uns für eine Erweiterung des Bundesnaturschutzgesetzes  
126 um eine dem §2 EEG entsprechende Norm ein, mit der dem ökosystembezogenen Natur-  
127 ,Arten- und Klimaschutz ebenfalls überragendes öffentliches Interesse  
128 eingeräumt wird.

129 3) Für wirksamen flächengebundenen Natur- und Artenschutz braucht es ausreichend  
130 naturräumlich wertvolle Flächen, die anderen Nutzungen nicht offenstehen.  
131 Deshalb setzen wir uns für die Einrichtung eines bundes- oder landesweiten Fonds  
132 zum Ankauf und Unterhalt von Flächen für den Natur- und Artenschutz ein, in den  
133 Ausgleichsgelder eingezahlt werden können. Gleichzeitig sollte auch das

134 Vorkaufsrecht als Möglichkeit des Erwerbs neuer Flächen für den Natur- und  
135 Artenschutz gestärkt werden.

136 4) Wir setzen uns für eine Neuregelung der Verkehrswegesicherungspflicht für  
137 Natur- und Artenschutzflächen nach dem Vorbild von § 14 Bundeswaldgesetz ein, um  
138 Hürden für kommunale Akteur\*innen beim Natur- und Artenschutz abzubauen.

139 5) Kombi nutzungen können den Druck auf die verfügbaren Flächen senken. Die DIN  
140 SPEC für Agrar-PV und das Innovationssegment in den Ausschreibungen für PV-  
141 Freiflächenanlagen außerhalb von Schutzgebieten sind ein erster Schritt in die  
142 richtige Richtung. Wir setzen uns im Bund dafür ein, in einem nächsten Schritt  
143 eine DIN SPEC und ein eigenes Ausschreibungssegment für Biodiv-PV-Anlagen in den  
144 Beschleunigungsgebieten zu definieren. Dies kann unterschiedliche Nutzungsformen  
145 beinhalten: z.B. Biodiv und extensive Agri-PV, eine umfassende  
146 Lebensraumgestaltung rund um den Solarpark oder naturschutzfachlich  
147 qualifizierte Projekte zur Unterstützung des natürlichen Klimaschutzes.

148 Anhang: Thesenpapier in der Fassung vom 31. August 2024

149 "Vorschläge für Elemente einer kohärenten Klimaschutz- und  
150 Biodiversitätspolitik"

151 Die Klimakrise und das extremste Artensterben der Erdgeschichte sind die beiden  
152 existentiellen, von Menschen gemachten Krisen unserer Zeit. Bei der Bewältigung  
153 beider Krisen geht es um die Frage, ob und wie Menschen in nicht allzu ferner  
154 Zukunft im einzigen Lebensraum, der ihnen zur Verfügung steht, der Biosphäre der  
155 Erde, leben und überleben wollen.

156 Wir als Landesarbeitsgemeinschaft Ökologie Schleswig-Holstein stellen hiermit  
157 ein Thesenpapier, abgestimmt mit den LAGen Energie und Landwirtschaft, als  
158 möglichen Baustein für eine Lösung zur Diskussion.

159 Kommunikation:

160 Wir retten mit Klimaschutz sowie Natur- und Artenschutz weder die Erde, den  
161 Planeten noch „die Natur“, sondern es geht um nichts weniger als den Erhalt der  
162 Lebensgrundlagen für uns Menschen. Exakt das muss in einer Kommunikation zum  
163 Ausdruck kommen, die dem Ernst der Entwicklung gerecht wird, nicht in  
164 blockierende Katastrophenstimmung verfällt und Hoffnung auf Lösungen eröffnet.  
165 Knapp, knackig und viral tauglich.

166 Sicherheit:

167 Weniges wird in den kommenden Jahrzehnten zu einem größeren Sicherheitsrisiko  
168 als die Klimakrise, das Zusammenbrechen ganzer Ökosysteme und die zunehmende  
169 Unbewohnbarkeit von Teilen der Erdoberfläche.

170 Einige der Sicherheitsrisiken:

- 171 • Trinkwasser.
- 172 • Extremwetter
- 173     ◦ Temperaturen jenseits 50 °C
- 174     ◦ Überschwemmungen

175           ◦ Extreme Trockenheit

176           ◦ Stürme und Starkregen

177           • Kriege und lokale Konflikte um Wasser, Lebensraum, elementare Ressourcen

178 Wer Sicherheit als kritischen Faktor für das Leben der Menschen in Freiheit  
179 erkennt, muss Klimaschutz und den Erhalt der Lebensbedingungen für Menschen als  
180 kritische Faktoren ernst nehmen.

181 Grundlegende Norm

182 „Natürlicher Klimaschutz“ und die „Ausweisung neuer Gebiete zum Schutz der  
183 Biodiversität“ müssen im „überragenden öffentlichen Interesse“ stehen und der  
184 öffentlichen Gesundheit und Sicherheit dienen.

185 Daher muss eine dem §2 EEG vergleichbare Norm ins Bundesnaturschutzgesetz (BNG)  
186 aufgenommen werden.

187 Beschleunigte Verfahren

188 Die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen (WKA), PV-  
189 Solaranlagen und die erforderlichen Netzinfrastrukturen ist zwingend. Sie ist  
190 rational nur möglich, wenn in den Beschleunigungsgebieten (außerhalb von  
191 Schutzgebieten wie Natura2000, NSG, Nationalpark) zukünftig auf Einzelfall-  
192 Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) verzichtet wird und zu pauschalisierten  
193 Genehmigungen übergegangen wird. Daher soll es in den Beschleunigungsgebieten  
194 künftig keine Einzelfallprüfungen für Anlagen mehr geben, sondern die  
195 Zulässigkeit wird dort nach Aktenlage entschieden. Die Dauer der Verfahren ist  
196 zeitlich begrenzt. Wird die Verfahrenshöchstdauer überschritten, gelten Anträge  
197 als genehmigt.

198 Aus Sicht des Natur- und Artenschutzes kann dies nur mitgetragen werden, wenn  
199 auch die Verfahren im Natur- und Artenschutz beschleunigt werden, hierdurch  
200 Arten, Lebens- und Naturräume wirksam geschützt werden und dieser Schutz auch  
201 durchgesetzt wird.

202 Eine Grundvoraussetzung für die Planungsbeschleunigung ist jedoch eine  
203 Verbesserung der personellen und ggfls. finanziellen Ausstattung der zuständigen  
204 Genehmigungsbehörden.

205 Zusätzlich ist eine Verbesserung der ökologischen Datenlage erforderlich, um  
206 Anträge auf Genehmigungen besser und faktenbasiert bewerten zu können. Eine  
207 verbesserte Beschaffung von Daten kann sowohl durch eine bessere Ausstattung der  
208 Behörden ermöglicht werden als auch in einer Zusammenarbeit mit Citizen-Science-  
209 Projekten, die auf ehrenamtlicher Basis Daten sammeln und zur Verfügung stellen  
210 können.

211 Flächen

212 Durch die Umsetzung von RED III in nationales Recht werden für die Flächen in  
213 den Beschleunigungsgebieten ungefragt die rechtlichen Möglichkeiten geschaffen,  
214 dass auf ihnen WKA oder PV-Freiflächenanlagen errichtet werden können.

215 Zieht ein Flächeneigentümer ein so gegebenes Recht, indem er Windkraft- oder PV-  
216 Anlagen auf seinen Flächen beantragt, ist die Genehmigung zu erteilen, nachdem

217 der Antragsteller einen städtebauliche Vertrag nach §12 BauGB unterschrieben  
218 hat. In diesem verpflichtet er sich, einen jährlichen Betrag, der in einer zu  
219 seinen Pachterlösen angemessenen Höhe steht, in einen Fonds zum Ankauf und  
220 Unterhalt von Flächen für den Natur- und Artenschutz einzuzahlen. Auf diese  
221 Weise kann „pauschalisiert“ der Natur und Artenschutz gestärkt und neue  
222 wertvolle Naturflächen können dauerhaft gesichert werden.

223 Das vorgeschlagene Verfahren bietet für alle Stakeholder Vorteile und  
224 angemessene Pflichten. Eine befürchtete verzögernde Wirkung für den Ausbau der  
225 Erneuerbaren Energien (EE) kann durch die Fonds-Lösung vermieden werden. Die  
226 genaue rechtliche Konstruktion ist dabei nicht entscheidend, zu diesem Vorschlag  
227 wirkungsgleiche Mechanismen wären ebenfalls angemessen.

228 Vorranggebiete für den Natur- und Artenschutz

229 Ebenso wie für den Ausbau der erneuerbaren Energien muss es gemäß dem von  
230 Deutschland unterzeichneten Abkommen von Montreal Vorranggebiete für den Natur-  
231 und Artenschutz geben.

232 Zu den Vorranggebieten für den Natur- und Artenschutz müssen für Schleswig-  
233 Holstein exemplarisch die in der Biodiversitätsstrategie des Landes  
234 ausgezeichneten Flächen für die Biodiversität und den Biotopverbund zählen.

235 Für Flächen in den Vorranggebieten für den Natur- und Artenschutz müssen die  
236 Möglichkeiten des Aufkaufs von Flächen für den Natur- und Artenschutz durch eine  
237 Ausweitung des Vorkaufsrechts für den Biodiversitäts- und Naturschutz deutlich  
238 erleichtert werden.

239 Der Fonds steht für den Ankauf, den Unterhalt und die ökologische Aufwertung von  
240 Flächen in den Vorranggebieten für den Natur- und Artenschutz zur Verfügung.

241 Flächen, bei denen ein Vorkaufsrecht für den Natur/Artenschutz greifen sollte,  
242 können zum Beispiel durch die „Hotspots der Biologischen Vielfalt im Rahmen des  
243 Bundesprogramms Biologische Vielfalt“ definiert werden oder entlang der  
244 Verbindungsachsen, die vom BfN 2013 in „Geeignete Flächen und Verbindungsachsen  
245 für ein länderübergreifendes Biotopverbundsystem“ sowie im Landes-  
246 Biotopverbundsystem definiert worden sind.

247 Ansatz 1:

248 Es wird ein Bundesweiter Fonds eingerichtet und verwaltet. Aus diesem können  
249 verschiedene Akteure Geld beantragen für konkrete Umsetzungen, die dem  
250 Naturschutz/Artenschutz zu Gute kommen, z.B. Anstalten öffentlichen Rechtes wie  
251 Stiftung Naturschutz SH oder Landesforsten für Ankauf von Flächen,  
252 Naturschutzvereine für Unterhaltungs-/ Pflegemaßnahmen, Kommunen und deren UNB,  
253 Bildungsprojekte für Schulen, ...

254 Die Betreuung obliegt dem Bund.

255 Ansatz 2:

256 Jedes Bundesland oder Verbünde eng benachbarter Bundesländer (z. B. Hamburg mit  
257 Schleswig-Holstein, Bremen mit Niedersachsen) unterhalten einen eignen Fonds, in  
258 den nur lokal eingezahlt und ausgezahlt wird unter denselben Kriterien wie oben.  
259 Betreuung obliegt den Ländern.

260 Zusatzidee:

261 Einen Extra-Fonds einrichten, der nur für Vertrags-Naturschutzmaßnahmen  
262 angewendet wird. Speziell für Privatleute/Leute aus der Landwirtschaft, die ihre  
263 Flächen nicht verkaufen wollen und somit wieder Sympathie generieren für den  
264 Naturschutz als Partner und weniger als Flächenkonkurrent.

265 Doppelnutzung von Flächen für den Natur- und Artenschutz sowie für den Ausbau  
266 der erneuerbaren Energien

267 Für Gebiete, in denen sich der Vorrang für den Ausbau der erneuerbaren Energien  
268 mit dem Vorrang für den Natur- und Artenschutz schneiden, sind einerseits  
269 Kriterien für eine fachliche Abwägung der Entscheidung zu entwickeln,  
270 andererseits Konzepte für eine Doppelnutzung von Flächen sowohl für den Natur-  
271 und Artenschutz als auch für den Ausbau der Windkraft oder der Freiflächen  
272 Photovoltaik. Beide Nutzungsarten müssen nicht im Konflikt zueinander stehen.

273 Verkehrswegesicherungspflicht

274 Kommunale Akteure schrecken vor dem Erwerb von Flächen für den Natur- und  
275 Artenschutz zurück, da sie, mit Ausnahme von Waldflächen, in diesen Flächen dann  
276 einer umfassenden Verkehrswegesicherungspflicht mit unbeschränkter Haftung  
277 nachkommen müssen.

278 Die Verkehrswegesicherungspflicht und somit auch die Frage der  
279 Haftungsbeschränkung sind heute gesetzlich nicht geregelt. Lediglich für  
280 Waldflächen besteht das sogenannte „Jedermannrecht“. Nach §14 Bundeswaldgesetz  
281 kann ein Wald auf eigene Gefahr betreten werden. Damit besteht in Waldflächen  
282 keine Verkehrswegesicherungspflicht außerhalb ausgewiesener Straßen und Wege.

283 Eine vergleichbare rechtliche Regelung für Flächen des Natur- und Klimaschutzes  
284 fehlt und müsste dringend aufgenommen werden.

285 Kombiutzung von Flächen

286 Kombiutilzungen können den Druck auf die verfügbaren Flächen senken. Die DIN SPEC  
287 für Agrar-PV und das Innovationssegment in den Ausschreibungen für PV-  
288 Freiflächenanlagen sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Der Bund  
289 sollte in einem nächsten Schritt eine DIN SPEC und ein eigenes  
290 Ausschreibungssegment für Biodiversitäts-PV-Anlagen außerhalb von Schutzgebieten  
291 definieren. Dies kann unterschiedliche Nutzungsformen beinhalten: z.B.  
292 Biodiversität und extensive Agri-PV, eine umfassende Lebensraumgestaltung rund  
293 um den Solarpark oder naturschutzfachlich qualifizierte Projekte zur  
294 Unterstützung des natürlichen Klimaschutzes.

295 Fazit

296 Die Biodiversitätskrise muss zusammen mit dem Klimaschutz gelöst werden.

297 Parallel zur Definition von Beschleunigungsgebieten, in denen der Aufbau von  
298 Erneuerbare-Energie-Anlagen pauschalisiert genehmigt wird, müssen  
299 Beschleunigungsgebiete für den Natur- und Artenschutz definiert werden. Dies  
300 dient auch der Umsetzung des Nature Restoration Law.

301 Nutzungsrechte an Flächen sollten nur in Kombination mit Pflichten vergeben  
302 werden, die analog zu Städtebaulichen Verträgen ausgehandelt werden. Zum  
303 Beispiel könnten Flächeneigentümer zur Einzahlung in einen Fonds zum Ankauf von  
304 Flächen für den Natur- und Artenschutz verpflichtet werden.



305 Mitwirkende der LAG Ökologie SH

306 Ocean Renner

307 Marilla Meier

308 Sina Clorius

309 Christof Martin

310 Mathias Schmitz

311 Markus Winkler

312 Für die LAG Energie SH

313 Luca Brunsch

## Antrag in leichter oder einfacher Sprache

314 Die Klima-Krise und das Artensterben sind große Probleme, mit denen wir heute  
315 kämpfen müssen. Immer öfter gibt es extreme Wetterereignisse wie starke  
316 Regenfälle, Dürre, Stürme und Überschwemmungen. Diese Probleme bedrohen die  
317 Natur und unsere Sicherheit. Wir, als politische Partei, fühlen uns  
318 verantwortlich, die Sicherheit der Menschen zu schützen.

319  
320 In diesem Jahr haben wir durch Überschwemmungen in Süd-Deutschland und viele  
321 extreme Wetterereignisse weltweit gesehen, wie ernst die Klima-Krise ist. Um die  
322 Klima-Krise zu bekämpfen, müssen wir unsere Wirtschaft und die Art, wie wir  
323 Energie nutzen, umstellen. Außerdem brauchen wir Maßnahmen, die die Natur  
324 schützen und uns an den Klimawandel anpassen.

325  
326 Die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Schleswig-Holstein haben einen 12-Punkte-Plan für  
327 den Schutz der Natur und den Klimaschutz:

328

329 1. Wir wollen, dass Genehmigungen für den Schutz der Natur schneller erteilt  
330 werden, ähnlich wie bei Windkraft-Anlagen. Dazu müssen die Behörden besser  
331 ausgestattet werden.

332

333 2. Wir müssen den Ausbau erneuerbarer Energien schneller vorantreiben. Es ist  
334 gut, dass dieser Ausbau als sehr wichtig für die öffentliche Sicherheit  
335 angesehen wird. Im Gesetz heißt das: „Der Ausbau der erneuerbaren Energien liegt  
336 im überragenden öffentlichen Interesse“. Wir meinen: Auch der Schutz der Natur  
337 ist sehr wichtig und liegt im überragenden öffentlichen Interesse.

338

339 3. Für einen effektiven Schutz der Natur und der Arten brauchen wir genügend  
340 wertvolle Flächen, die nicht für andere Zwecke genutzt werden. Deshalb wollen  
341 wir einen Fond einrichten, der auf Bundes- oder Landesebene Geld für den Kauf  
342 und die Pflege solcher Flächen bereitstellt. In diesen Fond können Ausgleichs-  
343 Zahlungen eingezahlt werden. Außerdem sollte das Vorkaufs-Recht verbessert  
344 werden, damit wir neue Flächen für den Natur- und Artenschutz leichter erwerben  
345 können.

346

347 4. Wir wollen die Regeln für die Sicherung von Wegen auf Naturflächen ändern,  
348 damit es einfacher wird für Privat-Menschen und Kommunen, diese Flächen zu  
349 schützen. Wir wollen die Regelung übernehmen, die es schon für den Wald gibt.

350

351 5. Wir setzen uns dafür ein, dass Flächen für verschiedene Zwecke genutzt werden  
352 können, zum Beispiel für Landwirtschaft und den Ausbau erneuerbarer Energien.

353 6. Wir Grüne in Schleswig-Holstein unterstützen das Gesetz zur Wiederherstellung  
354 der Natur vom EU-Parlament und fordern die Regierung in Schleswig-Holstein auf  
355 es umzusetzen. Es sorgt für Klimaschutz und hilft Lebensräume und Arten in  
356 Europa zu schützen und zu fördern. Es hilft auch Landwirtschaft und  
357 Forstwirtschaft

358

359 7. Naturschutz-Gebiete sind sehr wichtig für die Artenvielfalt in unserem Land.  
360 Auf Landes- und kommunaler Ebene setzen wir uns dafür ein, dass der Zustand  
361 dieser Gebiete besser wird. Damit sie gut wirken, müssen die Schutzgebiete  
362 miteinander verbunden werden. Wir fordern, dass bis 2030 viel mehr Naturschutz-

363 Gebiete im Land ausgewiesen werden. Biotop sollen gesetzlich besser geschützt  
364 werden.

365 8. Knicks sind wichtige Elemente der Landschaft und der Artenvielfalt in  
366 Schleswig-Holstein. Sie sind UNESCO Kulturerbe. Wir finden es gut, dass die  
367 Koalition Knicks besser schützen will und fordern Verstöße besser zu bestrafen.  
368 Wir lehnen es ab, den Knick aus dem gesetzlichen Schutz zu nehmen.

369  
370 9. Dauer-Grünland ist wichtig für den Klima- und Umweltschutz. Es prägt unsere  
371 Landschaft, schützt das Klima, die Böden und Gewässer und ist wichtig für die  
372 Artenvielfalt. Es ist wichtig zur Aufnahme von Regenwasser. Wir fordern die  
373 Abgeordneten auf, den Schutz des Grünlands zu stärken und das Gesetz zum Schutz  
374 des Dauer-Grünland zu erhalten. Wir wollen bebaute Flächen besser nutzen.

375  
376 10. Nasse Moore sind wichtig für den Klimaschutz und bieten Lebensraum für viele  
377 Arten. Wir wollen den Schutz der Moore ausbauen und trockengelegte Moore wieder  
378 nass machen. Das Aktionsprogramm für natürlichen Klimaschutz des Bundes muss  
379 schnell umgesetzt werden. Wir fordern, dass der natürliche Klimaschutz die  
380 Aufmerksamkeit bekommt.

381 11. Schleswig-Holstein hat viele Gewässer mit schlechtem Zustand. Das ist  
382 schlecht für die Fischerei, den Tourismus und die Artenvielfalt. Wir wollen,  
383 dass weniger Nährstoffe und Schadstoffe in die Gewässer fließen. Wir brauchen  
384 strengere Regeln für Düngemittel. Umweltfreundliche Betriebe müssen fair  
385 behandelt werden. Außerdem müssen wir mehr Feuchtgebiete und Wälder schaffen.  
386 Wir brauchen mehr natürliche Flüsse. An den Rändern von Flüssen und Seen dürfen  
387 keine Dünger und Schutzmittel verwendet werden

388 Die Ziele im Aktionsplan Ostsee-Schutz müssen eingehalten werden. Wir müssen  
389 auch weniger Pflanzenschutzmittel und Dünger benutzen. Die neuen Naturschutz-  
390 Gebiete in der Ostsee werden nicht nur der Artenvielfalt im Meer helfen, sondern  
391 auch dem Klimaschutz. Wir unterstützen die Entscheidung der Landesregierung,  
392 diese Gebiete schnell zu schaffen.

393  
394 12. Wir stehen hinter den ehrenamtlichen Naturschützern und Freiwilligen.  
395 Freiwillige Vereinbarungen sind jedoch kein Ersatz für politische Maßnahmen. Wir  
396 fordern klare gesetzliche Regelungen. Das hilft Bürokratie abzubauen und viele  
397 Beteiligte zu entlasten.

398  
399 Zusammengefasst: Die Klimakrise und das Artensterben sind große  
400 Herausforderungen, die wir gemeinsam angehen müssen. Wir müssen sicherstellen,  
401 dass wir die Natur schützen und gleichzeitig erneuerbare Energien ausbauen. Es  
402 ist wichtig, dass wir klare Regeln und Unterstützung für den Schutz der Natur  
403 schaffen.

## Unterstützer\*innen

Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Luca Brunsch (KV Kiel); Michael Brandtner (KV Kiel);  
Michael Klinger (KV Schleswig-Flensburg); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Katrin Stange (KV  
Pinneberg); Christopher Mund (KV Lübeck); Florian Juhl (KV Pinneberg); Anne Birke (KV Schleswig-  
Flensburg); Stefan Alexander Mauel (KV Stormarn); Katharina Kegel (KV Pinneberg); Kirsten

Schaltenberg (KV Schleswig-Flensburg); Ulrike Dunkhase-Heinl (KV Flensburg); Iris Brückner (KV Schleswig-Flensburg); Peer Lessing (KV Pinneberg); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Hans vom Schloß (KV Pinneberg); Sina Clorius (KV Schleswig-Flensburg); Marianne Elliott-Schmitz (KV Pinneberg); Christof Martin (KV Rendsburg-Eckernförde); Sandra Leiendecker (KV Rendsburg-Eckernförde); Jessica Leutert (KV Kiel); Marcus Jurkat (KV Lübeck); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Petra Goll (KV Pinneberg); Said Etejjari (KV Segeberg); Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg); Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn); Sabine Loof (KV Pinneberg); Tobias Goldschmidt (KV Plön); Britta Baar (KV Dithmarschen); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Dieter Dluzewski (KV Dithmarschen); Hildegard Bedarff (KV Pinneberg); Stefan Lansberg (KV Plön); Merlin Michaelis (KV Kiel); Oliver Lorentzen (KV Pinneberg); Alexander Gelter-Grimmelsmann (KV Neumünster); Askan Grimmelsmann (KV Neumünster); Ina Kietzmann (KV Nordfriesland)

## A6 - Neu (Ä1-8) Migrationspolitik ganzheitlich denken: Integrationshemmnisse lösen und Gesellschaft stärken

Antragsteller\*in: Mathias Schmitz (KV Pinneberg)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Der Migrationsdruck im Nahen Osten ist eine fortlaufende und komplexe  
2 Entwicklung, die sich nicht vollständig aufhalten lässt. Kriege, politische  
3 Instabilität, wirtschaftliche Krisen sowie klimatische Veränderungen in der  
4 Region treiben immer mehr Menschen dazu, ihre Heimatländer zu verlassen. Diese  
5 Mischung aus politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Faktoren führt zu  
6 einem immer höheren Migrationsdruck, der absehbar nicht nachlassen wird.

7 Die anhaltende Migration führt zu gesellschaftlichen Spannungen, die sich in  
8 verschiedenen Bereichen bemerkbar machen. In Deutschland verstärken sich  
9 politische Spaltungen, Polarisierungen und bewusst erzeugte Angst. Was früher  
10 eine Debatte über humanitäre Verpflichtungen und Integration war, ist in weiten  
11 Teilen zu einem harten, oft von Ängsten und Vorurteilen geprägten politischen  
12 Schlagabtausch geworden. Dies führt zur gesellschaftlichen Wahrnehmung der  
13 Überforderung des Systems, die nicht nur organisatorische, sondern auch soziale  
14 Folgen hat.

15 Dabei zeigt die Migration am Ende nur die Probleme, die bereits in unserem  
16 System bestehen. Sie werden nur durch den Druck der Migration wesentlich  
17 sichtbar. Diese Probleme sind vielzählig, fassen auf Vernachlässigung,  
18 mangelnde Finanzierung oder falscher politischer Steuerung in den vergangenen  
19 Jahrzehnten. Für eine zielführende Lösung der aktuellen Herausforderungen gilt  
20 es, die sichtbar gewordenen Probleme anzugehen, damit am Ende alle Menschen in  
21 Deutschland profitieren. Damit stärken wir nicht nur die Integrationsfähigkeit  
22 Deutschlands, sondern arbeiten zukunftsorientiert für unsere gesamte  
23 Gesellschaft.

#### 24 1. Mangelnder Wohnraum

25 Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist seit Jahren ein Problem. Studierende,  
26 ältere Menschen und junge Familien - der Druck auf den Wohnungsmarkt ist seit  
27 Jahren hoch. Gleichzeitig brauchen wir genau diesen Wohnraum, um Geflüchtete  
28 dezentral unterzubringen und eine Perspektive zu geben. Größere Unterkünfte  
29 führen zu gesellschaftlichen Spannungen und helfen vielmals nicht der  
30 Integration. Zielsetzung unserer Politik muss es sein, mit bezahlbaren  
31 Wohneinheiten in höheren und verdichteten Bauen im Zusammenspiel einer gut  
32 zusammenarbeitende Sozial- und Stadtplanung den Herausforderungen  
33 entgegenzutreten.

34  
35 Schleswig-Holstein ist bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus sehr weit  
36 vorn, das zeigt auch die starke Nachfrage der der Förderung durch Bauwirtschaft.  
37 Allerdings können durch staatliche Förderungen allein die Preissteigerungen der  
38 letzten Jahre im Wohnungsbau nicht aufgefangen werden.

39  
40 Daher muss das Land gleichzeitig Standards für preisgedämpften Wohnraum setzen,  
41 um ein weiteres Werkzeug für alle Kommunen in Schleswig-Holstein zu schaffen,

42 wie zum Beispiel mit dem kürzlich vorgestellten Regelstandard für vereinfachtes  
43 Bauen.

## 44 2. Mangelnde Sprachförderung

45 Alle Menschen, die in Deutschland Fuß fassen, müssen Deutsch gut lernen können,  
46 um sprachlich barrierefrei durch das Leben kommen. Dies ist ein wichtiger  
47 Schritt in der Integrationsfähigkeit von Geflüchteten. Solange ein ausreichendes  
48 Angebot fehlt, Wartezeiten zu lang sind, bürokratische Anforderungen an  
49 bundesgeförderte Sprachangebote zu hoch, benötigen wir weiterhin ein ergänzendes  
50 Sprachkursangebot des Landes. Wir müssen das Angebot zu den Menschen vor Ort  
51 bekommen, um Angebote für alle zu schaffen und besonders Frauen in ihren  
52 Sprachfertigkeiten weiterzubilden. Mit der Ausweitung der arbeitsmarktbezogenen  
53 Sprachtrainings des Beratungsnetzwerks "Alle an Bord" wollen wir ein effektives,  
54 niedrigschwelliges Angebot, das sich bereits bewährt hat, auf ganz Schleswig-  
55 Holstein ausweiten."

## 56 3. Arbeitsmarkt

57 Migranten haben immer noch rechtliche Barrieren, die ihnen die Aufnahme einer  
58 Erwerbstätigkeit zu lange untersagt und in Folge eine Einstellung nur unter zu  
59 hohen bürokratischen Herausforderungen für Arbeitnehmende und Arbeitgebende  
60 möglich ist. In einer Zeit, in der Arbeits- und Fachkräfte in unserer Wirtschaft  
61 fehlen, ist dies nicht nur eine Fehlsteuerung im Bereich der Integration,  
62 sondern auch in der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes.

63 Als Partei setzen wir uns für einfache Wege ein, damit Migranten Arbeit  
64 aufnehmen können: Bürokratiearm für Unternehmer:innen und ohne einen Wust an  
65 Formularen für den Arbeitnehmenden. Dies hilft nicht nur bei der Sicherung  
66 unserer Wirtschaftsfähigkeit, sondern mindert die Notwendigkeit an staatlichen  
67 Zuschüssen und baut Sprachkenntnisse durch das gesellschaftliche Miteinander  
68 aus.

## 69 4. Anerkennung beruflicher Qualifikationen

70 Für jeden Ausbildungsberuf brauchen wir einen modularen Qualifikationsrahmen,  
71 sodass auch Teilqualifikationen besser anerkannt und auf dem Arbeitsmarkt  
72 genutzt werden können. Innerhalb eines solchen Qualifikationsrahmens brauchen  
73 wir Prüfungen, mit denen ermittelt wird, welche Qualifikationsmodule ein Mensch  
74 beherrscht und welche Lücken bestehen, so dass hier gezielt nachqualifiziert  
75 werden kann, um einen vollwertigen Berufsabschluss zu erreichen. Auch ohne  
76 Nachqualifikation kann so ein offizielles Prüfungsergebnis klar aufzeigen, wo  
77 die beruflichen Qualifikationen nachweislich vorhanden sind.  
78 Nach Hamburger Vorbild wollen wir ein Stipendienprogramm für die Anerkennung  
79 ausländischer Berufsqualifikationen aufbauen, um die Teilnahme an Anpassungs-  
80 und Nachqualifizierungskursen, Zuschüssen für Lebenshaltungskosten während der  
81 Prüfungs- und Nachqualifizierungszeiten oder Lernmittel-, Kurs- und  
82 Prüfungsgebühren individuell fördern zu können.  
83 Auf Landesebene muss die Bearbeitung von Anträgen zur Anerkennung und zur  
84 Berufserlaubnis beschleunigt und besser aufeinander abgestimmt werden. Ein  
85 Beispiel hierfür ist die Zulassung von Ärzt\*innen aus Drittstaaten.  
86 Die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) der Länder benötigt eine  
87 auskömmliche Finanzierung, um eine zeitnahe Gutachtenerstellung gewährleisten zu

88 können.

89 Auf europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, dass die Mitgliedstaaten sich  
90 bei weiteren Ausbildungsgängen auf Mindestanforderungen zur Vergleichbarkeit  
91 einigen und somit die Verfahren zur automatischen Anerkennung auf weitere Berufe  
92 ausgeweitet werden können.

93 Dies unterstützt nicht nur die Möglichkeiten der Nachschulungen von  
94 Geflüchteten, sondern macht das System variabler und entspricht den aktuellen  
95 Bedürfnissen des Arbeitsmarkts.

96 Bei der formalen Anerkennung beruflicher Qualifikationen anhand von vorhandenen  
97 Zeugnissen brauchen wir bundesweit einheitliche Standards.

## 98 5. Schulische Bildung

99 Viele Schulen sind nicht mehr in einem modernen Zustand, Räume für eine  
100 angemessene Beschulung sind an einigen Standorten nicht in ausreichender Zahl  
101 verfügbar. Viele Kommunen können die notwendigen Investitionen nicht selbständig  
102 leisten, es braucht verstärkt das Land und den Bund mit einem  
103 Investitionsprogramm Schule, um die Grundsubstanz unseres Lernens für die  
104 Zukunft zu erneuern. Gleichzeitig müssen wir die DaZ-Klassen weiterhin gut  
105 ausfinanzieren. Es braucht ausreichend Lehrpersonal, um eine gute Integration in  
106 den Regelunterricht und die Einbindung von Schüler:innen in die Klassen- und  
107 Schulgemeinschaft zu gewährleisten.

108 Wir setzen uns für eine Vereinfachung der Sprache von Prüfungen in Schule und  
109 Ausbildung ein, von der alle Schüler\*innen und Azubis profitieren werden. Wir  
110 wollen außerdem erreichen, dass der Zugang zu einem Nachteilsausgleich  
111 erleichtert wird.

## 112 6. Frühkindliche Bildung

113 In der frühkindlichen Bildung liegen hohe Potenzial der Integration. Junge  
114 Menschen haben eine hohes Lernpotenzial im Bereich Sprache und lernen früh ein  
115 breites Spektrum an gesellschaftlichen Kompetenzen. Dies gilt aber nicht nur für  
116 Kinder von Migranten, sondern für alle Kinder in Deutschland. In den letzten  
117 Jahren sehen Eltern viel zu häufig die Situation, dass Kita-Plätze nicht  
118 ausreichend zur Verfügung stehen. Ein Konkurrenzkampf ist vielmals das Resultat  
119 und leitet zu Neid gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen. Dieser  
120 gesellschaftlichen Entwicklung muss vorgebeugt werden. Wir müssen vermehrt dafür  
121 sorgen, dass die Kommunen ausreichend Kita-Plätze vor Ort haben - das bedarf  
122 Neu- oder Anbau von Gebäudekapazitäten, aber auch eine ausreichende Anzahl an  
123 Erzieher:innen. Wir sind hier auf einem guten Weg, müssen aber weit mit Druck  
124 vorangehen, um im Bereich Kita im Sinne der Integration und Gleichberechtigung  
125 der Mangelange entgegenzutreten.

## 126 7. Psychotherapeutische Versorgung

127 Traumatische Erlebnisse auf der Flucht oder auf Grund kriegerischer  
128 Auseinandersetzungen im Heimatland sind bei vielen Teil ihrer Fluchtgeschichte.  
129 Hinzu kommt die allgemeine Steigerung an psychischen Krankheiten, die besonders  
130 seit der Corona-Pandemie angestiegen sind. Es ist also eine Aufgabe für unser  
131 gesamtgesellschaftliches Zusammenleben, die psychotherapeutische Versorgung in  
132 unserem Land auf den angewachsenen Bedarf auszuweiten und mehr kassenärztliche

133 Plätze zu schaffen.

134 Darüber hinaus brauchen wir pädagogische Fachkräfte, die sensibel und kompetent  
135 mit belasteten Kindern umgehen und sie stärken können. Deshalb werden wir das  
136 traumapädagogische Angebot TIK.SH für Kita, Grundschule und Förderzentren weiter  
137 entwickeln und ausbauen.

## 138 8. Ärztliche Versorgung

139 Grundsätzlich ist festzustellen, dass wir in Deutschland eine gute ärztliche  
140 Versorgung haben. Ausgerechnet die zahnmedizinische Versorgung zu  
141 problematisieren ist reine Polemik. Klar zu beobachten ist allerdings eine  
142 abnehmende Versorgung in ländlichen und eine Überversorgung in urbanen Gebieten.  
143 Diesen Trend können wir nicht einfach hinnehmen, sondern wir müssen  
144 gegensteuern, um die medizinische Grundversorgung sicherzustellen, indem wir die  
145 Kommunen in der Einrichtung von kommunalen medizinischen Versorgungszentren  
146 helfen und strukturschwache Räume in der Bedarfsplanung vermehrt  
147 berücksichtigen.

## 148 9. Kulturelle Integration

149 Kulturelle Integration im Kontext von Migration ist entscheidend für den  
150 gesamtgesellschaftlichen Wandel, der durch die zunehmende Diversität geprägt  
151 wird. Aktuelle Herausforderungen ergeben sich oft durch mangelnde Teilhabe von  
152 Migrant:innen am gesellschaftlichen Leben, Sprachbarrieren und soziale  
153 Segregation. Zudem sehen wir gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, die die  
154 Lehratmosphäre in einigen Schulen einschränken. Das Startchancenprogramm setzt  
155 einen ersten Ansatz in der Lösung dieser Probleme. Weitergehend muss unser  
156 Lösungsansatz in einer Förderung interkultureller Kompetenzen ab dem  
157 Kindergartenalter liegen. Dazu gehören die frühzeitige Sprachförderung in  
158 Kindergärten und Schulen, die Unterstützung von Lehrkräften durch ausreichende  
159 Schulsozialarbeit und der Förderung interkultureller Programme durch die  
160 Schulen, beispielsweise zur verstärkten Vermittlung gemeinsamer Werte.  
161 Zur kulturellen Integration gehört zuvorderst die Integration in den  
162 universalistischen Geist des Grundgesetzes und der Menschenrechte. Dazu gehören  
163 ein Verständnis von und eine Identifikation mit Demokratie, Menschenrechten,  
164 weltanschaulichem Pluralismus, Gleichstellung der Geschlechter und sexueller  
165 Selbstbestimmung. Angebote der politischen und kulturellen Bildung, die diese  
166 Werte zielgruppengerecht und alltagsnah vermitteln, sollen verstärkt gefördert  
167 und möglichst universaler Bestandteil des Integrationsweges von Geflüchteten und  
168 Migrant\*innen werden - etwa durch den deutlichen qualitativen und quantitativen  
169 Ausbau der entsprechenden Anteile in den Integrationskursen. Hierfür kann und  
170 sollte sollte insbesondere auf die Kompetenzen von Menschenrechtsaktivist\*innen  
171 und -Expert\*innen zurückgegriffen werden, die selbst aus den jeweiligen Regionen  
172 kommen oder anderweitig eine kulturspezifische Vorbildung mitbringen. Um bereits  
173 frühzeitig einen tiefgreifenden Austausch über diese sensiblen und komplizierten  
174 Themen zu ermöglichen, braucht es zudem auch muttersprachliche Angebote und eine  
175 Sensibilität für je nach Herkunftsregion unterschiedlich stark ausgeprägte  
176 Problemschwerpunkte.

## 177 10. Stärkung des Ehrenamts



178 Viele Angebote der Inklusion, ob Sprachangebote, Willkommenscafé und Tafeln,  
179 aber auch Sportvereine - all diese ehrenamtlichen Institutionen schaffen einen  
180 wesentlichen Teil der deutschen Integrationsarbeit. Diese Angebote und die  
181 Menschen dahinter sind an ihren Belastungsgrenzen. Zu hoch sind bspw.  
182 bürokratische Hürden in der Beantragungen von Förderungen, der Anschaffung von  
183 Hilfsmitteln und dem Aufbau einer hauptamtlichen Struktur. Die Ehrenamtsangebote  
184 brauchen mehr finanzielle Unterstützung und Hilfestellungen. Die Kreise und  
185 große Städte sollen dafür eine hauptamtliche Stelle für Ehrenamtsmanagement  
186 aufbauen, um durch Netzwerke, förderrechtlichen Hilfsangeboten und persönlicher  
187 Beratung vor Ort die ehrenamtlichen Angebote zu stärken. Aber auch Migranten  
188 sind willens, sich ehrenamtlich zu engagieren. Insbesondere bei Tafeln ist die  
189 Integration von Migranten im Ehrenamt gelebte Praxis.

#### 190 11. Finanzielle Ausstattung / Schuldenbremse

191 Es ist klar, durch Anerkennung der Probleme und der Verdeutlichung in der  
192 Öffentlichkeit ist ein erster Schritt gemacht. Es braucht jedoch vor allem  
193 finanzielle Mittel, um die Maßnahmen umzusetzen und gesamtgesellschaftlich einen  
194 Schritt Richtung Zukunft zu gehen. Gleichzeitig erleben wir eine Debatte, bei  
195 der die Schuldenbremse, die aus Sicht vieler Ökonom\*innen reformbedürftig ist,  
196 in einigen Parteien als Heiligtum unserer Verfassung hochgehalten und als  
197 unveränderbar gehandelt wird, gleichzeitig aber das Grundrecht auf Asyl in Frage  
198 gestellt und eine Verfassungsänderung als probates Mittel gehandelt wird. Für  
199 uns ist klar, wenn wir über eine Verfassungsänderung reden, die die Probleme  
200 unserer Gesellschaft lösen soll, dann muss dies die Reform der Schuldenbremse  
201 hin zu einer investitions-offenen, zukunftsgerichteten Schuldenregelung sein.

202 Mathias Schmitz, KV Pinneberg  
203 Lukas Unger, KV Pinneberg  
204 Ann Christin Hahn, KV Pinneberg

### Unterstützer\*innen

Jessica Leutert (KV Kiel); Yann Aretin Eggert (KV Pinneberg); Reinhard Junge (KV Plön); Uta Bergfeld (KV Schleswig-Flensburg); Björn Radke (KV Segeberg); Britta Klingspor (KV Ostholstein); Sabine Loof (KV Pinneberg); Oliver Lorentzen (KV Pinneberg); Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg); Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Birte Duggen (KV Lübeck); Malte Ranis (KV Kiel); Nadine Mai (KV Pinneberg); Askan Grimmelsmann (KV Neumünster)

## A7 (Ä1) Gesellschaftliche Resilienz und Wehrhaftigkeit erhöhen – Schutz Kritischer Infrastrukturen sicherstellen!

Antragsteller\*in: Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

- 1 Unsere Demokratie wird derzeit massiv bedroht - von innen wie außen. Als  
2 Gesellschaft sehen wir uns seit langem mit anhaltenden, sehr ernstzunehmenden  
3 sicherheitspolitischen Risiken konfrontiert.
- 4 Diese reichen von Bedrohungen durch Extremisten in und außerhalb unserer  
5 Parlamente, die auch vor Umsturzversuchen keinen Halt machen und offen über  
6 millionenfache Deportationen sinnieren, über weitreichende Spionage,  
7 Desinformation und andere Formen der gezielten staatlichen Einflussnahme von  
8 außen mit dem Ziel, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schwächen und unsere  
9 Demokratie und ihre Institutionen verächtlich zu machen, wo es nur geht.
- 10 Bei alledem ist eine Kooperation und unheilvolle Allianz derjenigen aus dem In-  
11 und Ausland, die unser demokratisches System klar ablehnen, zu beobachten. AfD  
12 und BSW tragen mittlerweile völlig unverhohlenen russische Narrative in unsere  
13 Parlamente. Noch immer rechtsstaatlich nicht ausreichend regulierte soziale  
14 Netzwerke, Plattformen und Messenger vernetzen Extremisten - und wirken durch  
15 Klick- und Verwertungslogiken wie unsere Demokratie zersetzende  
16 Brandbeschleuniger.
- 17 Immer mehr Menschen werden Opfer von Hass und Hetze. Aus online getätigten  
18 Äußerungen werden zunehmend reale Taten. Engagierte Bürger:innen, Geflüchtete,  
19 Journalist:innen, queere Personen, Wissenschaftler:innen und andere bekommen ihn  
20 zu spüren. Und auch Politiker:innen erleben das hautnah – auch wir in Schleswig-  
21 Holstein: Angriffe auf Wahlkreisbüros und Kreisgeschäftsstellen, anhaltender  
22 Hass und Hetze gegen unserer Spitzenleute, aber auch gegen die ehrenamtlich sich  
23 engagierenden Amts- und Mandatsträgerinnen in den Kommunalparlamenten, begegnen  
24 uns beinahe täglich. Auch daher haben wir eine Ansprechstelle im  
25 Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein geschaffen, die in Kürze besetzt  
26 wird.
- 27 Diesem Hass und dieser Hetze stellen wir uns auch weiterhin entschlossen  
28 entgegen und lassen uns nicht einschüchtern! Wir sind solidarisch mit all  
29 denjenigen, die gezielt beleidigt, bedroht und verhetzt werden und so von ihrem  
30 demokratischen Engagement für das Allgemeinwohl abgehalten werden sollen. Wir  
31 setzen uns für einen noch effektiveren Schutz ein - durch gute Gesetzgebung,  
32 starke Aufsichtsbehörden, Sanktionierung und Beratung von Betroffenen. Hierbei  
33 müssen auch die großen digitalen Plattformen ihrer enormen gesellschaftlichen  
34 Verantwortung sehr viel stärker als bisher gerecht werden. Zudem braucht es  
35 weiterhin dringend einer Effektivierung der Strafverfolgung.
- 36 Innere und äußere Sicherheit sind längst eng miteinander verwoben. Die zuvor  
37 bereits sehr großen Bedrohungen sind im Zuge des völkerrechtswidrigen  
38 Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine noch einmal deutlich gestiegen. Seit  
39 Beginn des jüngsten russischen Angriffskriegs auf die Ukraine erleben wir, dass  
40 unsere Kritischen Infrastrukturen, die Lebensadern unserer Gesellschaft,  
41 verstärkt in den Fokus autoritärer Staaten genommen werden. Diese machen auch

42 vor weitreichender Sabotage in Staaten, die der ukrainischen Regierung als  
43 Unterstützer zur Seite stehen, nicht mehr Halt. Diese Operationen verfolgen das  
44 offenkundige Ziel, die eigene militärische Überlegenheit und unsere  
45 Verwundbarkeit zu demonstrieren. Diese Machtdemonstrationen sollen Unsicherheit  
46 schüren und aufzeigen, womit man im Konfliktfalle zu rechnen hat – nämlich mit  
47 dem Schlimmsten.

48 So erleben wir nicht nur gezielte Angriffe auf unsere digitalen Infrastrukturen,  
49 sondern zunehmend auch auf die Unternehmen und Verwaltungen in Schleswig-  
50 Holstein. Die LNG-Infrastruktur, die geschaffen wurde, um die Abhängigkeit von  
51 russischem Gas durch Importe von Flüssiggas aus anderen Ländern zu reduzieren,  
52 wurde vor Monaten bereits sabotiert. In höchstem Maße beängstigend sind auch  
53 anhaltende Drohnenüberflüge über den Industriepark in Brunsbüttel mit seinen  
54 chemischen Anlagen, Schleusen und stillgelegten Atomkraftwerken. Diese konnten  
55 bislang trotz zahlreicher Versuche von Landes- und Bundesbehörden, von Polizei  
56 und Bundeswehr, nicht unterbunden werden. Und so wird in unserem Land derzeit  
57 deutlich, was längst für weite Teile Deutschlands gilt: Einem anhaltenden und  
58 zunehmend aggressiven Agierens verschiedener autoritärer Staaten, allen voran  
59 Russlands, sehen wir uns derzeit zu schutzlos ausgeliefert.

60 Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen, es wurde vielfach vor ihr  
61 gewarnt. Gerade das Bundesinnenministerium – unter der Führung von CDU/CSU und  
62 SPD - hat die Entwicklungen verschlafen. Als Grüne in Schleswig-Holstein werden  
63 wir ihr auch zukünftig nicht tatenlos zuschauen. Unter anderem braucht  
64 schleswig-holsteins Polizei dringend wirksames Gerät zur Drohnenabwehr.

65 Wir können uns weder Naivität noch Ignoranz oder Tatenlosigkeit leisten.  
66 Angesichts eines extrem hohen, nochmal deutlich gestiegenen  
67 Gefährdungspotentials für Menschen, Umwelt und Wirtschaft fordern wir mehr  
68 Schutz für unser Demokratie, ihre Institutionen und die Menschen, die für sie  
69 eintreten. Unsere Demokratie muss wehrhaft bleiben und wir brauchen mehr  
70 gesellschaftliche Resilienz – auch, aber längst nicht nur mit Blick auf den  
71 verbesserten Schutz unserer Kritischen Infrastrukturen. Auch in den unser Land  
72 umschließenden Meeren liegt weitere, hochsensible Kritische Infrastruktur wie  
73 Pipelines und Datenkabel. Wir brauchen einen insgesamt verbesserten und  
74 effektiven Schutz. Er ist Kernaufgabe staatlicher Sicherheitsvorsorge.

75 Vor allem das SPD-geführte Bundesinnenministerium bleibt in der Pflicht. Themen  
76 wie die rechtsstaatliche Regulierung digitaler Plattformen, die notwendige  
77 Neuaufstellung der Spionageabwehr im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) oder  
78 der Schutz Kritischer Infrastruktur müssen endlich mit der notwendigen  
79 politischen Entschlossenheit angegangen werden.

80 Klar ist, dass letzterer nicht allein durch staatliche Stellen gewährleistet  
81 werden kann. Denn rund 80% der Kritischen Infrastrukturen in Deutschland liegen  
82 in privatwirtschaftlicher Hand. Darum brauchen wir gute gesetzliche Vorgaben für  
83 den Schutz physischer und digitaler Infrastrukturen und ein funktionierendes  
84 Zusammenspiel von Sicherheitsbehörden und Privatwirtschaft im föderalen System.  
85 Hier müssen die Innenministerien liefern und lange bekannte Defizite  
86 schnellstmöglich abstellen.

87 Der effektive Schutz vor militärischen Drohnen der neusten Generation, vor Mini-  
88 U-Booten, die an Oligarchenjachten hängen, und vor Geheimdienstkommandos kann  
89 nicht allein die schleswig-holsteinische Landespolizei leisten. Vielmehr braucht

90 es ein gutes Zusammenspiel von Polizei(en), Nachrichtendienst(en) und Bundeswehr  
91 - und strenger Beachtung verfassungsrechtlicher Vorgaben.

92 Die für den militärischen Bereich durch Bundeskanzler Scholz vor rund zwei  
93 Jahren ausgerufene „Zeitenwende“ muss auch mit Blick auf sogenannte „hybride  
94 Bedrohungen“ endlich umgesetzt werden. Die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie  
95 beweist sich auch und gerade hier. Heute stehen wir noch immer viel zu oft wie  
96 das sprichwörtliche Kaninchen vor der Schlange. Damit muss Schluss sein!

97 Statt sich immer wieder viel zu sehr in Symboldebatten zu verfangen, müssen wir  
98 auf längst offenbar gewordene, große sicherheitspolitische Defizite im Lichte  
99 stark gestiegener Bedrohungslagen als Rechtsstaat und wehrhafte Demokratie mit  
100 einem ganzen Maßnahmenbündel reagieren.

101 Angesichts aktueller Diskussionen um anhaltende russische Einflussoperationen  
102 dürfen dabei die ebenfalls sehr ernstzunehmenden Gefahren durch andere  
103 autoritäre Staaten wie z.B. China nicht aus dem Blick geraten. Auch darauf  
104 weisen die Nachrichtendienste und Kontrollgremien vehement hin.

105 Nach Jahren der politischen Untätigkeit und dem Verfolgen einer in weiten Teilen  
106 veralteten Sicherheitspolitik sind echte Schritte zur Erhöhung der  
107 Wehrhaftigkeit unserer Demokratie überfällig. Investitionen in die Sicherheit  
108 unseres Landes und damit auch in die Wehrhaftigkeit unseres Rechtsstaats wurden  
109 lange sträflich vernachlässigt. Daher setzen wir uns als Grüne auch weiterhin  
110 dafür ein, dass die „Zeitenwende“ auch mit Blick auf die Innenpolitik umgesetzt  
111 wird. Die bisher einseitige Ausrichtung auf die Bundeswehr mit dem gleichnamigen  
112 Sondervermögen greift zu kurz, zumal dies auch schon vollständig gebunden ist  
113 und spätestens 2028 ein Milliardenloch in der Finanzplanung klafft. Sicherheit  
114 gibt es nicht zum Nulltarif. Die Schuldenbremse darf nicht zum Sicherheitsrisiko  
115 für unser Land werden, sie muss reformiert werden. Nicht nur aber auch, um  
116 nötige Investitionen in die Sicherheit umfassend und langfristig zu ermöglichen.

117 • Hybride Bedrohungen ernst nehmen und entschlossen bekämpfen - Strukturen  
118 zur Erkennung und Abwehr ausbauen: Nach jahrelanger Untätigkeit muss den  
119 skizzierten, sehr ernstzunehmenden Bedrohungslagen v.a. in den  
120 federführenden Innenministerien auf Landes- und Bundesebene endlich die  
121 dringend notwendige politische Priorität eingeräumt werden. Die  
122 Spionageabwehr muss neu aufgestellt und weitere Schritte zum Schutz  
123 unserer Demokratie rechtsstaatlich entschlossen angegangen werden. Neben  
124 guter gesetzlicher Regulierung braucht es starke Aufsichtsbehörden auf  
125 Landes- und Bundesebene, ein verlässliches Zusammenspiel staatlicher und  
126 privater Akteure und neue Formen der Kooperation im föderalen System mit  
127 dem Ziel, Sicherheit effektiv zu erhöhen. Hierbei muss ein integrierter  
128 Sicherheitsbegriff verfolgt werden, der innere und äußere Sicherheit –  
129 unter Wahrung verfassungsrechtlicher Vorgaben - zukünftig sehr viel  
130 stärker zusammendenkt. Sowohl auf europäischer wie internationaler Ebene  
131 braucht es zudem eine verstärkte Koordination und Kooperation bei der  
132 Erkennung und Abwehr hybrider Bedrohungen. Wir begrüßen die Kooperation  
133 zwischen der Landespolizei und der Universität zu Lübeck. Wir werden die  
134 Integration der Erkenntnisse aus der einsatzbegleitenden Open Source  
135 Intelligence (OSINT) in die Sicherheitsarchitektur fördern und Schulungs-

- 136 sowie Forschungsmaßnahmen unterstützen, um die Effektivität der OSINT-  
137 Techniken kontinuierlich weiter zu verbessern.
- 138 • Plattformregulierung entschlossen vorantreiben: Im digitalen Raum tobt ein  
139 neuer Informationskrieg. Menschen werden gezielt attackiert,  
140 gesellschaftliche Konflikte bewusst verstärkt, Diskurse intransparent  
141 verschoben und demokratische Willensbildungsprozesse bis hin zu Wahlen  
142 attackiert. Auch Cybermobbing bleibt ein großes Problem. Den Weg der  
143 rechtsstaatlichen Regulierung müssen wir konsequent fortsetzen, den  
144 europäischen Digital Services Act (DSA) sowie den Digital Markets Act  
145 (DMA) entschlossen in nationales Recht umsetzen, Aufsichtsbehörden stärken  
146 und Betroffenen mehr Hilfe zuteilwerden lassen. Ermittlungs- und  
147 Strafverfolgungsbehörden müssen sensibilisiert und besser ausgestattet  
148 werden, um so die Rechtsdurchsetzung weiter zu effektivieren. Auch  
149 brauchen wir endlich ein Digitale Gewaltschutzgesetz auf Bundesebene, das  
150 wirksame Instrumente wie Accountsperrern gesetzlich verankert. Auf EU-Ebene  
151 setzen wir uns im Wettbewerbsrecht weiter für die Begrenzung der  
152 Marktmacht digitaler Plattformen ein.
- 153 • Schutz von Betroffenen stärken: Wir wollen Ehrenamtliche,  
154 Journalist:innen, Feuerwehr- und Rettungskräfte, Beschäftigte von  
155 Gerichten, Polizei, Zoll und Justizvollzug sowie Mandatsträger:innen  
156 besser schützen. Mit ihrem Engagement erfüllen sie Demokratie und  
157 Rechtsstaat mit Leben und leisten einen wichtigen Dienst für das  
158 Gemeinwohl. Deshalb fordern wir unter anderem mehr Tempo bei der Reform  
159 des Bundesmeldegesetzes, um es kommunalpolitisch Engagierten zu  
160 erleichtern, eine Auskunftssperre im Melderegister eintragen zu lassen,  
161 sodass ihre privaten Adressen besser vor Missbrauch geschützt sind.  
162 Initiativen wie HateAid, die Betroffene unterstützen, brauchen eine  
163 verlässliche Finanzierung.
- 164 • Spionageabwehr effektivieren - Verfassungsschutzämter neu aufstellen: Auch  
165 das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und das Landesamt für  
166 Verfassungsschutz Schleswig-Holstein (LfV) wollen wir mit Blick auf seine  
167 wichtige Arbeit gegen die Feinde unserer Demokratie besser aufstellen. Die  
168 anstehende Reform des Nachrichtendienstrechts auf Bundesebene und auf  
169 Landesebene in Schleswig-Holstein werden wir nutzen, um deren Arbeit, auch  
170 und gerade mit Blick auf die Spionageabwehr, zu effektivieren und die  
171 parlamentarische Kontrolle weiter zu verbessern.
- 172 • Landessicherheitsüberprüfungsgesetz reformieren: Die Bedrohungen können  
173 auch von innen entstehen. Wer in sicherheitsrelevanten Bereichen tätig  
174 ist, wird einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen. Die gesetzlichen  
175 Grundlagen bedürfen einer Modernisierung, z. B. im Hinblick auf die  
176 Bedeutung der sozialen Medien.
- 177 • Desinformationskampagnen ausbremsen: Die Bundesregierung fordern wir auf,  
178 umgehend eine Desinformationsstrategie vorzulegen und weitere, konkrete  
179 Schritte anzugehen. Unter anderem bedarf es einer breit angelegten und  
180 andauernden Aufklärungskampagne, um Desinformationen im Netz wirksam zu  
181 bekämpfen und Bürger:innen über drohende Gefahren aufzuklären. Hier können  
182 wir von unseren skandinavischen und baltischen Nachbarn lernen. Der

183 öffentlich-rechtliche Rundfunk als zentrale Säule der freien  
184 Meinungsbildung ist dabei ein echtes Pfund. Er muss rechtlich wie  
185 finanziell auf einer soliden Grundlage stehen. Bots und Fake-Accounts  
186 müssen entschlossen bekämpft werden. Hier sind auch die Betreiber gefragt,  
187 tätig zu werden und endlich ihrer großen gesellschaftlichen Verantwortung  
188 gerecht zu werden. Gleiches gilt für den effektiven Schutz von  
189 demokratischen Diskursen, auch und gerade im Kontext von Wahlen.

190 • Kritische Infrastrukturen effektiv und einheitlich schützen: Wir brauchen  
191 endlich ein KRITIS-Dachgesetz, das einen einheitlichen Schutz physischer  
192 und digitaler Kritischer Infrastruktur auf hohem Niveau garantiert.  
193 Gesetzliche Vorgaben sollten auch für die öffentliche Verwaltungen gelten.  
194 Gerade beim KRITIS-Schutz braucht es ein gutes Zusammenspiel von  
195 Sicherheitsbehörden und Privatwirtschaft im föderalen System. Zudem sollte  
196 sehr viel stärker als bisher das große Know-How zivilgesellschaftlicher  
197 Akteure wie beispielsweise der AG-KRITIS berücksichtigt werden. Gerade für  
198 die zahlreichen kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs), die zukünftig  
199 neu unter die Regulierung fallen werden, braucht es gute, unabhängige  
200 Beratung und Unterstützungsangebote. Auch muss der Gefahr der Ausspähung  
201 unserer TK-Netze effektiv begegnet werden, indem Anbieter aus autoritären  
202 Staaten schnellstmöglich verbannt werden. Auch der verstärkte Einsatz von  
203 freier und offener Software ist zentral, um Abhängigen zu reduzieren und  
204 staatliche Souveränität zu erhöhen. Zudem setzen wir uns für eine  
205 verbesserte Drohnenabwehr ein, um aktuellen Risiken zu begegnen. Den  
206 Ankauf von europäischer Kritischer Infrastruktur wollen wir einschränken  
207 und der EU-Kommission Möglichkeiten geben, diese im Zweifel zu  
208 unterbinden.

209 • Update der föderalen Sicherheitsarchitektur: Die Sicherheitsbehörden haben  
210 in den vergangenen Jahren vieles geleistet, um sich besser auf die  
211 Herausforderungen der Zeit einzustellen, aber die Regierungen – vor allem  
212 die Innenminister:innen – in Bund und Ländern haben bisher zu wenig für  
213 eine föderale Zusammenarbeit aus einem Guss getan. Ineffektive und teils  
214 gefährliche Doppel-Strukturen und Zuständigkeiten, die den Feinden unserer  
215 Demokratie zu viele Lücken und Gestaltungsräume eröffnen, wollen wir  
216 beheben und die Aufgaben der Sicherheitsbehörden in Bund und Land stärker  
217 miteinander verschränken. Hierbei wird auch über notwendige Änderungen des  
218 Grundgesetzes, beispielsweise mit Blick auf Zuständigkeiten des Bundesamts  
219 für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) im Digitalen, zu sprechen  
220 sein, die die Union bisher ablehnt. Auch ist die Schaffung guter  
221 Rechtsgrundlagen für die Zusammenarbeit in den Gemeinsamen Zentren  
222 dringend nötig.

223 • Demokratische Institutionen besser schützen: Nachdem wir die Resilienz des  
224 Bundesverfassungsgerichts in einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller  
225 demokratischen Fraktionen erhöht haben, müssen wir auch andere  
226 demokratische Institutionen, auch in Schleswig-Holstein, in den Blick  
227 nehmen und ihre Wehrhaftigkeit gerade mit Blick auf Sperrminoritäten  
228 erhöhen. Das gilt vor allen Dingen für den Landtag, die Justiz und den  
229 Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk in Schleswig-Holstein. Die Debatte über  
230 die Notwendigkeit eines verbesserten Schutzes unserer demokratischen  
231 Infrastrukturen werden wir auf Landes- und Bundesebene vorantreiben. Auch

232 und gerade die Herzkammer unserer Demokratie, die Parlamente, müssen sehr  
233 viel widerstandsfähiger gegen Angriffe werden. Wir setzen uns dafür ein,  
234 dass physische und digitalen Zugänge zu sensiblen Bereichen und  
235 Informationen besser gegen extremistische Bestrebungen und Angriffe  
236 geschützt werden.

237 • Demokratiefördergesetz jetzt! In der Zivilgesellschaft leisten engagierte  
238 Menschen in unterschiedlichen Initiativen eine unschätzbar wertvolle  
239 Arbeit für unsere Demokratie, die endlich auch verlässlich finanziert  
240 werden muss. Zwar ist es im Bund seit 2021 gelungen, dem BMFSFJ für das  
241 zentrale Programm „Demokratie leben!“ kontinuierlich mehr Mittel zur  
242 Verfügung zu stellen. Es bleibt aber steten Angriffen der Demokratiefeinde  
243 ausgesetzt. Daher ist es höchste Zeit, dass das Demokratiefördergesetz auf  
244 den Weg gebracht wird. Die FDP auf Bundesebene muss ihre Blockade  
245 überwinden. Insgesamt brauchen wir eine ganzheitliche  
246 Präventionsstrategie, mit deren Hilfe die Ideologien der  
247 Ungleichwertigkeit und Gewalt bereits an der Wurzel bekämpft wird. Wenn  
248 wir verfassungsfeindliche Ideologien erfolgreich an der Wurzel bekämpfen  
249 wollen, brauchen wir leistungsfähige zivilgesellschaftliche  
250 Organisationen, die diese Arbeit in der Fläche leisten können.

251 • Ziviles Engagement stärken:  
252 Für eine lebendige Demokratie braucht es politische Willensbildung und  
253 eine  
254 aktive Zivilgesellschaft, denn Politik ist nicht nur Sache der Parteien.  
255 Die Gemeinnützigkeit mit ihren Steuervorteilen ist wichtig für die  
256 finanzielle  
257 Unabhängigkeit und freie Betätigung von Vereinen und  
258 Nichtregierungsorganisationen.  
259 Die teils unsichere Rechtslage nach dem sogenannten Attac-Urteil hat die  
260 kritische Zivilgesellschaft geschwächt. Wir setzen uns daher für eine  
261 Reform des  
262 Gemeinnützigkeitsrechts ein, die die finanzielle Unabhängigkeit und freie  
263 Betätigung von  
264 Vereinen und Nichtregierungsorganisationen stärkt.

## Antrag in leichter oder einfacher Sprache

265 Der Antrag fordert einen besseren Schutz unserer kritischen Infrastrukturen.  
266 Kritische Infrastrukturen sind Einrichtungen, die für das Funktionieren unserer  
267 Demokratie wichtig sind. Ob Stromtrassen, Datenkabel im Meer, alte  
268 Atomkraftwerke oder neue Flüssiggas-Terminals - bei uns in Schleswig-Holstein  
269 gibt es davon jede Menge. Diese Infrastrukturen werden immer wieder angegriffen.  
270 Fachleute sprechen hier von Sabotage. Sie hat das Ziel, die Lebensadern unserer  
271 Gesellschaft zu zerstören. In Krisen sind wir aber auf sie angewiesen. Deswegen  
272 müssen wir sie schützen. Die Politik muss handeln. IN unserem Antrag schlagen  
273 wir verschiedene Maßnahmen für einen besseren Schutz vor. Politik, Unternehmen  
274 und Bürger\*innen sollen besser zusammenarbeiten, um diese Einrichtungen zu  
275 schützen. So wird sichergestellt, dass unsere Gesellschaft auch in Krisen noch  
276 gut funktioniert.

277 Worum geht es?

278 Dieser Antrag spricht darüber, wie wir die wichtigsten Lebensadern unserer  
279 Gesellschaft, die kritischen Infrastrukturen, besser schützen können. Das ist  
280 wichtig. Denn wenn diese Einrichtungen nicht mehr funktionieren, kann das große  
281 Probleme für alle Menschen bedeuten. Und sie werden bedroht. Von anderen  
282 Ländern, denen es nicht gefällt, dass wir der Ukraine im Krieg gegen Russland  
283 helfen.

284 Was wird gefordert?

285 1. Bessere Planung und Sch

286 Der Antrag fordert einen besseren Schutz unserer kritischen Infrastrukturen.  
287 Kritische Infrastrukturen sind Einrichtungen, die für das Funktionieren unserer  
288 Demokratie wichtig sind. Ob Stromtrassen, Datenkabel im Meer, alte  
289 Atomkraftwerke oder neue Flüssiggas-Terminals - bei uns in Schleswig-Holstein  
290 gibt es davon jede Menge. Diese Infrastrukturen werden immer wieder angegriffen.  
291 Fachleute sprechen hier von Sabotage. Sie hat das Ziel, die Lebensadern unserer  
292 Gesellschaft zu zerstören. In Krisen sind wir aber auf sie angewiesen. Deswegen  
293 müssen wir sie schützen. Die Politik muss handeln. IN unserem Antrag schlagen  
294 wir verschiedene Maßnahmen für einen besseren Schutz vor. Politik, Unternehmen  
295 und Bürger\*innen sollen besser zusammenarbeiten, um diese Einrichtungen zu  
296 schützen. So wird sichergestellt, dass unsere Gesellschaft auch in Krisen noch  
297 gut funktioniert.

298 Worum geht es?

299 Dieser Antrag spricht darüber, wie wir die wichtigsten Lebensadern unserer  
300 Gesellschaft, die kritischen Infrastrukturen, besser schützen können. Das ist  
301 wichtig. Denn wenn diese Einrichtungen nicht mehr funktionieren, kann das große  
302 Probleme für alle Menschen bedeuten. Und sie werden bedroht. Von anderen  
303 Ländern, denen es nicht gefällt, dass wir der Ukraine im Krieg gegen Russland  
304 helfen.

305 Was wird gefordert?

306 1. Bessere Planung und Schutz: Wir müssen besser vorbereitet sein, wenn etwas  
307 Schlimmes passiert. Dafür soll es mehr Pläne und Maßnahmen geben, um diese  
308 wichtigen Einrichtungen zu schützen.  
309 2. Schnelle Hilfe: Wenn etwas passiert, soll die Regierung schnell und gut  
310 handeln. Es soll zum Beispiel klare Regeln geben, wer was zu tun hat, damit  
311 alles schnell wieder funktioniert.  
312 3. Zusammenarbeit: Alle sollen zusammenarbeiten, um die kritische Infrastruktur  
313 zu schützen. Das betrifft Unternehmen, die Regierung und auch die Menschen vor  
314 Ort.

315 Warum ist das wichtig?

316 Unsere Gesellschaft ist abhängig von Dingen wie Strom, Wasser und Gesundheit.  
317 Wenn die Versorgung mit ihnen nicht funktioniert, sind viele Menschen in Gefahr.  
318 Deshalb müssen wir gut vorbereitet sein und sicherstellen, dass diese  
319 Einrichtungen immer gut geschützt sind. Das sind sie heute leider nicht immer.  
320 Und das wollen wir ändern.



- 321 utz: Wir müssen besser vorbereitet sein, wenn etwas  
322 Schlimmes passiert. Dafür soll es mehr Pläne und Maßnahmen geben, um diese  
323 wichtigen Einrichtungen zu schützen.  
324 2. Schnelle Hilfe: Wenn etwas passiert, soll die Regierung schnell und gut  
325 handeln. Es soll zum Beispiel klare Regeln geben, wer was zu tun hat, damit  
326 alles schnell wieder funktioniert.  
327 3. Zusammenarbeit: Alle sollen zusammenarbeiten, um die kritische Infrastruktur  
328 zu schützen. Das betrifft Unternehmen, die Regierung und auch die Menschen vor  
329 Ort.
- 330 Warum ist das wichtig?
- 331 Unsere Gesellschaft ist abhängig von Dingen wie Strom, Wasser und Gesundheit.  
332 Wenn die Versorgung mit ihnen nicht funktioniert, sind viele Menschen in Gefahr.  
333 Deshalb müssen wir gut vorbereitet sein und sicherstellen, dass diese  
334 Einrichtungen immer gut geschützt sind. Das sind sie heute leider nicht immer.  
335 Und das wollen wir ändern.

## Begründung

Der ganze Themenkomplex ist nicht neu und die aktuellen Entwicklungen sind nicht vom Himmel gefallen. Gemeinsam mit unseren Sicherheitsbehörden haben wir als Grüne in den vergangenen Jahren immer und immer wieder auf Besorgnis erregende Entwicklungen und Gefährdungslagen hingewiesen – auch lange schon vor dem jüngsten Angriff Russlands auf die Ukraine. Bereits im Bundestagswahlkampf 2014 haben unsere Spitzenkandidaten auf die Verwundbarkeit der Kritischen Infrastrukturen in unserem Land aufmerksam gemacht. In Beschlüssen, die wir auf Landesparteitagen gefasst haben, haben wir wiederholt auf die Risiken von gezielter staatlicher Desinformation und anderer intransparente Einflussnahmeversuchen hingewiesen, genauso auf die vom organisierten Rechtsextremismus und unregulierten sozialen Netzwerken ausgehende Gefahren.

Bereits vor mehr als fünf Jahren haben wir als Landespartei entsprechende Beschlüsse gefasst und vehement vor den Risiken weitreichender IT-Angriffe und intransparenter Einflussnahmen auf demokratische Willensbildungsprozesse und öffentliche Diskurse gewarnt. Mit Blick auf sehr ernstzunehmende sicherheitspolitische Probleme haben wir rechtsstaatliche Entschlossenheit angemahnt und daran erinnert, dass dem Staat eine direkte, sich aus unserer Verfassung ergebende Schutzverantwortung zukommt, welcher die Bundesregierung gerecht werden muss – auch mit Blick auf den Schutz der eigenen Netze und Kritischer Infrastrukturen. Wir haben eine proaktive Politik zum Schutz von privater Kommunikation, digitaler Infrastrukturen und unserer Demokratie angemahnt und auf gänzlich neue Bedrohungslagen verwiesen.

Nun ist es dringend an der Zeit, Fehler zu korrigieren und die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie auch mit Blick auf die Erkennung und Abwehr hybrider Bedrohungen zu beweisen!

Beschlüsse vergangener Landesparteitage:

03/19 „Für eine gute IT-Sicherheit & eine wehrhafte Demokratie auch im Digitalen“

10/20 „Verschwörungserzählungen keine Plattform bieten!“

05/24 „Demokratie verteidigen – alle Instrumente nutzen!“

05/24 „Für ein Europa, das wir stärken, damit es uns schützt“

Dieser Antrag wurde auf der Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Demokratie & Recht am 12.09.2024 beraten und beschlossen.

## Unterstützer\*innen

Jörn Pohl (KV Kiel); Jan Kürschner (KV Kiel); Anke Erdmann (KV Kiel); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Lasse Petersdotter (KV Kiel); Luise Amtsberg (KV Kiel); Gazi Freitag (KV Plön); Denise Loop (KV Dithmarschen); Malte Krüger (KV Steinburg); Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg); Nelly Waldeck (KV Kiel); Bruno Hönel (KV Lübeck); Ingrid Nestle (KV Steinburg); Burkhard Peters (KV Herzogtum Lauenburg); Uta Bergfeld (KV Schleswig-Flensburg); Jessica Leutert (KV Kiel); Sebastian Bonau (KV Schleswig-Flensburg); Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde); Norbert Tretkowski (KV Schleswig-Flensburg); Nina Catherine Schneider (KV Kiel); Florian Juhl (KV Pinneberg); Anja Koberg (KV Nordfriesland); Dennis Zdunek (KV Herzogtum Lauenburg); Iris Brückner (KV Schleswig-Flensburg); Michael Brandtner (KV Kiel); Lars Granzin (KV Ostholstein); Annette Granzin (KV Ostholstein); Moritz Bührmann (KV Kiel); Ann Christin Hahn (KV Pinneberg); Torge Schmidt (KV Rendsburg-Eckernförde); Zoé Engel (KV Kiel); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Katrin Stange (KV Pinneberg); Daniela Sonders (KV Kiel); Steffen Regis (KV Kiel); Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg); Michael Klinger (KV Schleswig-Flensburg); Sophia Marie Pott (KV Lübeck); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Katja Claussen (KV Flensburg); Reimo Schaaf (KV Ostholstein); Merle Richter (KV Schleswig-Flensburg); Denise Kreissl (KV Segeberg); Hinnerk Hudemann (KV Kiel); Oliver Voigt (KV Kiel); Andreas Bartelt (KV Segeberg); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Christof Martin (KV Rendsburg-Eckernförde); Silke Schiller-Tobies (KV Kiel); Torsten Block (KV Plön); Sandra Leiendecker (KV Rendsburg-Eckernförde); Ralph Sieber (KV Schleswig-Flensburg); Yann Aretin Eggert (KV Pinneberg); Gabriele Braune (KV Ostholstein); Katharina Bartsch (KV Herzogtum Lauenburg); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Regine Planer-Regis (KV Lübeck); Sören Petersen (KV Lübeck); Björn Radke (KV Segeberg); Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg); Susanne Lohmann (KV Stormarn); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Maren Utesch (KV Kiel); Burak Kocaaslan (KV Kiel); Jörn Peter Böning (KV Plön); Stefan Lansberg (KV Plön); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Birte Duggen (KV Lübeck); Jens Jähne (KV Nordfriesland); Oliver Lorentzen (KV Pinneberg); Jacqueline Kühl (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Mayra Vriesema (KV Nordfriesland); Max Hansen (KV Herzogtum Lauenburg); Jürgen Becker (KV Schleswig-Flensburg); Alexander Harder (KV Stormarn); Tim Johann Petersen (KV Dithmarschen)

## A8 (Ä1-8) ÖPNV zukunftssicher gestalten – Angebot stärken und Finanzierung sichern

Antragsteller\*in: Lukas Unger (KV Pinneberg)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Die Kürzungen im Schienennahverkehr zum Fahrplanwechsel 2025 sind eine  
2 eindeutige Fehlleitung der Mobilitätswende. In Zeiten der Klimakrise und einem  
3 extrem stark emittierenden Verkehrssektor braucht es eine Stärkung des gesamten  
4 ÖPNVs und keinen Abbau bestehender Taktungen. Durch die angelegten Rücklagen in  
5 dem Sondervermögen Moin.Sh sowie Umschichtungen im Landeshaushalt konnte ein  
6 großer Teil der Kostensteigerungen abgedeckt werden und die Abbestellungen von  
7 erst anvisierten 70Mio€ auf nur 4,6Mio€ reduziert werden. Und trotzdem:

8 Mit den Taktungskürzungen in Randzeiten und am Wochenende trifft man viele  
9 Menschen in ihrem direkten Nutzungsverhalten, unter anderem beim Pendeln oder  
10 bei Freizeitaktivitäten. Besonders Menschen ohne PKW sind auf starke  
11 Verbindungen im ÖPNV angewiesen, um auch weite Strecken zuverlässig und in  
12 geringer Zeit zu absolvieren. Die beschlossenen Kürzungen bedeuten für alle  
13 Menschen, aber besonders diese Gruppe eine starke Einschränkung in ihrer  
14 Mobilitätsfreiheit. Somit fordern wir eine schnellstmögliche Rücknahme der  
15 Kürzungen im Schienenverkehr. Unser politisches Ziel bleibt der konsequente  
16 Ausbau des ÖPNV Angebots.

17 Weitergehend ist die Finanzierung des ÖPNVs weder stabil noch auskömmlich. Dies  
18 zeigt sich nicht nur im Schienenverkehr, auch im weiteren Öffentlichen  
19 Nahverkehr, in den Kreisen und kreisfreien Städten ist die  
20 Finanzierungssituation ebenso schwierig. Besonders die starken Preissteigerungen  
21 in den letzten Jahren bedingen diese Situation, welche unter anderem durch  
22 steigende Diesel- und Benzinkosten, Materialkostensteigerungen und  
23 Tarifabschlüsse getrieben wurde. Dies erschwert nicht nur den Ausbau der  
24 Leistungen, sondern setzt bereits bei der Finanzierung des bestehenden Angebots  
25 an und stellt die Kreise und Städte vor herbe Herausforderungen.

26 Wir Grünen setzen uns daher auf allen Ebenen dafür ein, dass der öffentliche  
27 Verkehr finanziell zukunftsfest aufgestellt wird. Dafür braucht es sowohl eine  
28 Umschichtung bestehender Steuergelder als auch die Schaffung neuer  
29 Möglichkeiten, mehrjährig und kreditfinanziert in unsere Infrastruktur zu  
30 investieren. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Mittel für  
31 Fernstraßenneubau in Schieneninvestitionen umgewidmet werden. Fossile  
32 Subventionen wie das Dienstwagenprivileg für Verbrennerautos und die steuerliche  
33 Begünstigung von Dieselmotoren sollen abgeschafft werden und die  
34 freiwerdenden Steuereinnahmen in eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel und  
35 die Ausfinanzierung des Deutschlandtickets sowie zur Schaffung neuer  
36 zielgruppenorientierten Angebote wie einem bundesweiten Bildungs- und  
37 Sozialticket investiert werden.

38 Auf Landesebene wollen wir durch die Einführung einer LKW Maut auf Landesstraßen  
39 zusätzliche Einnahmen generieren, die der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs  
40 zugute kommen sollen. Zudem wollen wir Einnahmemöglichkeiten für Kreise und  
41 kreisfreie Städte schaffen, um den öffentlichen Verkehr besser ausfinanzieren zu  
42 können, beispielsweise eine KfZ Abgabe oder eine ÖPNV Abgabe für alle Menschen.

43 Außerdem setzen wir uns für eine stärkere Schwerpunktsetzung der ÖPNV  
44 Finanzierung innerhalb des schleswig-holsteinischen Landeshaushalts ein. ÖPNV  
45 ist sowohl effektiver Klimaschutz als auch Teil der Daseinsvorsorge und muss als  
46 solcher priorisiert werden.

47 Für eine nachhaltige Finanzierung der Investitionen in unseren öffentlichen  
48 Verkehr setzen wir uns für die Schaffung einer Infrastrukturgesellschaft ein,  
49 die große Investitionen mehrjährig finanziert und so nicht an die enge Struktur  
50 eines Haushalts gekoppelt ist. Wir setzen uns im Bund dafür ein,  
51 Schieneninfrastruktur auf der vor Allem Regionalverkehr verkehrt in das Eigentum  
52 des Landes zu überführen und mittels der Infrastrukturgesellschaft zu verwalten  
53 und auszubauen.

54 Die daraus entstehenden zusätzlichen Mitteln wollen wir für eine  
55 kontinuierliche, der Realsituation angepasste Dynamisierung von Land und Bund,  
56 die den externen Kostenanstieg mitberücksichtigt, einsetzen. Wir fordern daher  
57 zur langfristigen Sicherung des ÖPNVs eine Anpassung der  
58 Finanzierungsmechanismen auf Bundes- und Landesebene , welche neben einer  
59 kontinuierlichen Dynamisierung für einen stetigen Ausbau der Verkehrsleistung,  
60 die Einbeziehung von externen Kostensteigerungen vorsieht und starke externe  
61 Kostensteigerung ausgleicht. Nur so schaffen wir auf Dauer klare  
62 Planungssicherheit für eine nachhaltige Mobilitätspolitik auf Landesebene und im  
63 kommunalen Bereich.

64 Um den regionalen Schienenverkehr in SH zu entlasten, sollen sich Landes- und  
65 Bundesregierung für eine stärkere Durchbindung des Fernverkehrs nach Schleswig-  
66 Holstein und weiterführend nach Dänemark einsetzen. Auch nach Fertigstellung der  
67 Fehmarnbeltquerung müssen Fernverkehrsverbindungen über Flensburg nach Dänemark  
68 erhalten werden. So können die Kapazitäten im Regionalverkehr konkret entlastet  
69 werden.

70 Wir kritisieren die Entscheidung, den Ausbau zurzweigleisigen Bahnstrecke nach  
71 Sylt zu pausieren. Dies benachteiligt den ohnehin bereits stark vernachlässigten  
72 Norden weiter. Pendler\*innen, Wirtschaft und Tourismus sind auf eine  
73 zuverlässige und leistungsfähige Zugverbindung angewiesen. Daher fordern wir die  
74 Landesregierung und die Landtagsfraktion auf, sich für eine Aufrechterhaltung  
75 der Planungen der Trasse einzusetzen.

76 Wir setzen uns für weitere Maßnahmen ein, um die Abnahme des Deutschlandtickets  
77 zu erhöhen. Unser Ziel ist dafür, dass jede\*r Arbeitnehmer\*in ein Recht auf ein  
78 Jobticket erhält. Außerdem wollen wir das Deutschlandticket deutschlandweit  
79 weiterentwickeln und durch zielgruppenorientierte Angebote wie Sozialtickets  
80 oder Kindermitnahmemöglichkeiten sozial gerechter gestalten.

81 Durch die bundesweite Erhöhung des Ticketpreises auf 58 Euro besteht die Gefahr,  
82 dass das gerade erst eingeführte Bildungsticket in Schleswig-Holstein nicht  
83 verlässlich auf dem vorgesehenen Preis von 29 Euro weitergeführt wird. Die  
84 Landtagsfraktion möge sich daher für eine Absicherung des Preises von 29 Euro ab  
85 2025 und eine Einigung mit den Kommunalen Spitzenverbänden einsetzen, sodass  
86 Kommunen und Land gemeinsam die Fortführung sicherstellen.

87 Weiterhin soll darauf hingewirkt werden, dass sich die Verbindungen des ÖPNVs am  
88 tatsächlichen Bedarf und nicht an Zuständigkeitsgrenzen orientieren. Anzustreben  
89 sind möglichst viele durchgehende Busverbindungen aus den ländlichen Regionen in

90 die zentralen Orte. Besonders Verbindungen aus den Flächenkreisen in die  
91 kreisfreien Städte müssen im Angebot gestärkt werden.

92 Der Mobilitätssektor steht zudem vor der Herausforderung des Personalmangels.  
93 Bereits jetzt fehlen in weiten Teilen Beschäftigte, die Situation bis 2030 wird  
94 sich weiter verschärfen. Dabei braucht es diese Fachkräfte, um die  
95 Verkehrsleistungen aufrecht zu erhalten und vielzählige Fahrtenausfälle zu  
96 Lasten der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs zu  
97 vermeiden. Es gilt somit vorausschauend zu handeln und dem Personalmangel  
98 frühzeitig entgegenzutreten. Hierfür braucht es auf allen politischen Ebenen  
99 gute Personalstrategien in den Verkehrsunternehmen, Aufmerksamkeits- und  
100 Einstellungskampagnen, eine niederschwellige Ausbildung und vor allem eine gute,  
101 attraktive und faire Bezahlung. Das Land steht hierbei in der Pflicht, die  
102 Kreise bei Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung in der Mobilitätsbranche zu  
103 unterstützen.

104 Es braucht ausreichende Ausbildungskapazitäten für Lokführer\*innen in Schleswig-  
105 Holstein. Deswegen ist es wichtig, dass das Land inzwischen selbst ausbildet, um  
106 Verkehrsunternehmen zu Beginn der Streckenübernahme einen reibungslosen Start zu  
107 erleichtern und dass bei neuen Ausschreibungen sichergestellt wird, dass  
108 Verkehrsunternehmen über den Bedarf und über die gesamte Vertragslaufzeit  
109 ausbilden. Wir wollen Möglichkeiten finden, den schulischen Teil der  
110 Berufsausbildung auch in Schleswig-Holstein anbieten zu können. Die  
111 Landtagsfraktion sollte sich zudem für mehr Sprachkurse einsetzen, die neben  
112 Kindererziehung, Praktika und Arbeit möglich sind und durchgängig bis zum B2-  
113 Niveau (Ausbildungsvoraussetzung) führt. Perspektivisch sollte aber auch eine  
114 Absenkung der sprachlichen Barrieren für Busfahrer\*innen diskutiert werden.  
115 Zudem sollen auf Kreisebene Gespräche über einen Wechsel in den Tarif TVN für  
116 die eigenen Kommunalen Verkehrsgesellschaften geführt werden.

117 .

## Begründung

Die Kürzungen im Schienenverkehr zum Fahrplanwechsel 2024 sind ein herber Schlag in der Verkehrswende. Im ganzen Bundesland wird im Regionalverkehr gekürzt, den Kreis Pinneberg trifft es dabei besonders hart bei den Einsparungen bei der AKN und der S3. Zwar betreffen diese grundsätzlich Rand- oder Wochenendzeiten, die jedoch lange erkämpft wurden. Diese Zeiten haben zudem enorme Relevanz, denn neben den Arbeitswegen vieler Pendler:innen treffen diese Zeiten besonders Familien und allgemein Menschen bei Freizeitaktivitäten wie dem Besuchen von Kultur- oder Sportveranstaltungen und somit bei einem essenziellen Bestandteil ihres Lebens. Besonders Menschen ohne PKW, häufig also junge oder ältere Menschen, die sich auf Grund der finanziellen Situation oder auf eigene Entscheidung hin ohne PKW fortbewegen, sind auf den ÖPNV zu allen Zeiten angewiesen, denn nicht ohne Grund stellt der ÖPNV gesetzlich einen essenziellen Bestandteil der Daseinsvorsorge dar. Gerade der Schienenverkehr ermöglicht größere Distanzen in kurzer Zeit. Eine Kürzung bedeutet somit also auch einen direkten Einschnitt in die Mobilitätsfreiheit, denn Wege werden komplizierter, Wartezeiten länger und der ÖPNV allgemein unattraktiver. Dieser Attraktivitätsverlust ist ein fatales Signal, denn es schreckt Menschen von der Nutzung des ÖPNVs ab, baut langfristig aufgebautes Vertrauen in die öffentlichen Verkehrsmittel ab und wirkt entgegen zum eigentlich benötigten Umdenken im Verkehrssektor, um Emissionen zu senken und die Klimaziele einhalten zu können.

Die Finanzierungsschwierigkeiten beziehen sich dabei nicht nur auf das Land, auch die Kreise und kreisfreien Städte kriegen durch den hohen Kostenanstieg und den vergleichsweise gering angewachsenen Mitteln Probleme in der Finanzierung der Verkehre vor Ort. Neben gestiegenen Kosten im Antrieb von Fahrzeugen wirken sich auch die Tarifierhöhungen auf die finanzielle Lage aus. Diese externen Faktoren werden in den Finanzierungsmechanismen nicht mit einbezogen. Zwar sind einmalige Erhöhungen wirkungsvoll und können zeitnah Probleme lösen, sie wirken aber nicht kontinuierlich und bieten keine sichere und standfeste Finanzierung. Die stetige Dynamisierung von Bundes- und Landesmitteln von 1,8 % [1,2] ist dabei meist nicht ausreichend und wirkt vor allem nicht auf die Zielsetzung des Ausbaus der Verkehrsleistungen ein. Dies muss jedoch unser Ziel sein, um den ÖPNV zukunftsgerichtet zu entwickeln und möglichst vielen Menschen ein gutes, attraktives Mobilitätsangebot zu schaffen. Dafür bedarf es neben einem standardmäßigen Anstiegs Faktoren zur Einbeziehung von externen Kostensteigerungen, um einen Ausbau langfristig zu sichern.

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen warnt zudem vor einem massiven Fachkräftemangel, welcher bereits jetzt erste Ausprägungen zeigt und sich bis 2030 massiv verstärken wird. So Bedarf es in diesem Zeitraum nach der Aussage des Verbands bis zu 110.000 neue Fachkräfte [3]. Dies muss in der Verkehrsplanung berücksichtigt werden, um rechtzeitig das benötigte Personal zu gewinnen. Dafür müssen möglichst viele Maßnahmen rechtzeitig ergriffen werden, um die Arbeitskräfte mit Vorlauf zu gewinnen. Angepasste Arbeits- und Stundenkonzepte können dabei helfen, bspw. eine zunächst kontraintuitiv wirkende Stundenreduzierung, die jedoch die Jobattraktivität steigern kann. Auch eine Anpassung von Arbeitszeiten, die aktuell durch die Hauptverkehrszeiten geprägt sind, kann der Attraktivität dienen und den Job besser in die Lebensstrukturen der Menschen einzugliedern. Zur Neugewinnung Bedarf es eines guten Marketings, der die Jobmöglichkeiten aufzeigt und gleichzeitig die Bedeutung und Relevanz, sowie die Attraktivität der Arbeitgebenden spiegelt. Zudem haben die Forderungen nach Tarifierhöhungen gezeigt, dass die Bezahlungen im ÖPNV-Sektor nicht ausreichend sind. Um langfristig einen vitalen Personalbestand zu haben ist eine adäquate Bezahlung eminent wichtig. Auch eine Anpassung von Einstellungshürden ist ein möglicher Lösungsansatz, da beispielsweise ausgeprägte Sprachkenntnisse nur bedingte Relevanz haben, jedoch bisher größtenteils gefordert werden. In Gesprächen mit den Verkehrsunternehmen müssen die bestehenden Anforderung auf den Prüfstand gestellt werden und wenn möglich gesenkt werden, ohne dabei die Qualität der Leistung zu beeinträchtigen.

Antragssteller\*innen:

Lukas Unger (KV Pinneberg)

Nadine Mai (KV Pinneberg)

Quellen:

[1] RegG: <https://www.gesetze-im-internet.de/regg/BJNR239500993.html>

[2] ÖPNVFV SH: <https://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/bssh/document/jlr-ÖPNVFVSHrahmen>

[3] VDV, Personal- und Fachkräftebedarf im ÖPNV: <https://www.vdv.de/personal-und-fachkraeftebedarf-im-oepnv.aspx>

## Unterstützer\*innen

Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Frank Wegener (KV Pinneberg); Katrin Stange (KV Pinneberg); Florian Juhl (KV Pinneberg); Michael Brandtner (KV Kiel); Gerd Weichert (KV Dithmarschen); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Rolf Bünte (KV Nordfriesland); Ann Christin Hahn (KV Pinneberg); Alexandra Königshausen (KV Flensburg); Hans vom Schloß (KV Pinneberg); Christof Martin (KV Rendsburg-Eckernförde); Kirsten Schaltenberg (KV Schleswig-Flensburg); Achim Jansen (KV Segeberg); Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn); Britta Klingspor (KV Ostholstein); Sabine Loof (KV Pinneberg); Oliver

Lorentzen (KV Pinneberg); Maik-Torben Kristen (KV Kiel); Stefan Lansberg (KV Plön); Denise Kreissl (KV Segeberg); Jürgen Becker (KV Schleswig-Flensburg); Max Hansen (KV Herzogtum Lauenburg)

## A9 Gute KiTas - Gute Zukunft. Positionspapier zur weiteren Ausgestaltung der KiTa-Reform in Schleswig-Holstein

Gremium: LAG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 11.06.2024

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Die frühkindliche Bildung legt den Grundstein für die weitere Bildungsbiografie  
2 unserer Kinder. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für eine chancengerechte  
3 Gesellschaft. Kitas und Tagespflege sollen einen verlässlichen Entwicklungsraum  
4 bilden, in dem alle Kinder dieselben Chancen auf ein gutes und geborgenes  
5 Aufwachsen, Entdecken und Lernen haben. Wir wollen KiTas als Orte der Bewegung,  
6 Naturerfahrung, Kreativität und Demokratiebildung stärken. Kinder sollen  
7 sprachlich gefördert werden, gesund essen, frei spielen und nach ihren  
8 Interessen lernen können. Dazu benötigen wir Investitionen in den Platzausbau  
9 und das pädagogische Personal. Kinderbetreuung wollen wir noch mehr als heute  
10 inklusiv denken. Essentiell für die Chancengerechtigkeit ist zudem, dass Kinder  
11 unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern einen Zugang zu  
12 frühkindlicher Bildung erhalten. Gleichzeitig sind Kindertageseinrichtungen und  
13 Tagespflege zentrale Instrumente zur Verbesserung der Gleichstellung und ein  
14 Fundament der Wirtschaft. Ohne Betreuung keine Arbeitskräfte. Daher braucht es  
15 an die Bedarfe der Familien angepasste, qualitativ hochwertige Betreuung und  
16 Bildung für alle Kinder. Für die Qualität an unseren Kindertageseinrichtungen  
17 sorgen unsere Fachkräfte. Entlastung bei ihnen schafft mehr Raum für Qualität.  
18 Entsprechend soll der Abbau bürokratischer Vorgaben sowie weitere  
19 Entlastungsmaßnahmen im aktuellen Anpassungsprozess zentral sein.

20 Die Einführung der KiTa-Reform im Jahr 2021 war ein elementar wichtiger Schritt,  
21 um im ganzen  
22 Land eine gute verlässliche und chancengerechte Kinderbetreuung und  
23 frühkindliche Bildung mit landesweit einheitlichen Grundstandards  
24 voranzutreiben. Wir stehen als Landesverband v. Bd 90/Die Grünen vollständig  
25 hinter dem Konzept einer  
26 gemeinsamen Finanzierungsverantwortung von Land, Kreisen und Kommunen sowie der  
27 gemeinsamen Festlegung von Mindeststandards und der Deckelung von  
28 Elternbeiträgen. Die anvisierte flächendeckende Entlastung von Familien, von  
29 Kommunen und Trägern als wichtiges Ziel der Reform, konnte zunächst nicht  
30 überall die gleiche Wirkung entfalten. Das lag u. a. in der unterschiedlichen  
31 Struktur der KiTa-Landschaft begründet. Heute zeigt sich mehr denn je, wie  
32 wichtig der Konsens über die KiTa-Reform gewesen ist. Dass die Evaluation  
33 Lücken aufzeigt, ist in einem so umfangreichen Reformvorhaben nicht  
34 ungewöhnlich. Nun gilt es, gemeinsam an einem noch besseren und starken System  
35 zu arbeiten und die Lücken klug zu schließen. Alle Überlegungen müssen sich  
36 dabei auch am Qualitätsrahmen des Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) und  
37 den Bildungsleitlinien des Landes SH orientieren. Die frühkindliche Bildung muss  
38 zudem künftig in eine „Strategie Chancengerechtigkeit“ eingebunden werden, die  
39 mit Partner\*innen aus den frühen Hilfen, dem Übergang KiTa-Schule sowie  
40 Lehrkräften und Jugendhilfe erarbeitet wird.



41 Gemeinden, Städte und Kreise sowie das Land müssen ein tragfähiges und auf die  
42 Ziele ausgerichtetes  
43 Finanzierungsmodell entwickeln und sich in der aktuellen Gesetzesnovelle  
44 konstruktiv einbringen. Als Partei, die sowohl in Gemeinden, Städten und  
45 Kreisen als auch im Land eine tragende Rolle bei der Gestaltung spielt, stehen  
46 wir zu den Zielen der Reform und setzen uns auf allen Ebenen für eine  
47 Verbesserung der Qualität und auskömmliche Finanzierung der frühkindlichen  
48 Bildung ein.

49 In diesem Sinne begrüßen wir die von der Landesregierung zugesagte Überführung  
50 des Übergangssystems in das Zielsystem bei der Finanzierung sowie die  
51 vorgestellten 10 Eckpunkte zu einer Verbesserung des KiTasystems im Jahr 2024  
52 ausdrücklich.

53 Insbesondere die folgenden 10 Punkte sind uns als Partei ein großes Anliegen:

- 54 1. Der Verzicht auf eine Erhöhung der Elternbeiträge ist ein starkes und  
55 klares Signal an die Familien, dass wir Teilhabe an frühkindlicher Bildung  
56 als ein Recht der Kinder und Familien betrachten. Wir erkennen an, dass  
57 die im Koalitionsvertrag verankerte perspektivische Senkung der Beiträge  
58 angesichts der angespannten Haushaltslage im Zuge der Evaluation im Moment  
59 nicht weiterverfolgt werden kann. Gleichzeitig kämpfen wir auf allen  
60 Ebenen für den Ausbau der sozialen Ermäßigung und die Ausweitung der  
61 Geschwisterermäßigung. Beitragsfreiheit bleibt unser langfristiges Ziel.  
62 Wir setzen uns dafür ein, dass mit dem Start des Rechtsanspruches auf  
63 einen Ganztagsplatz in der Schule, die Sozialstaffel und die  
64 Geschwisterregelung ausgeweitet werden. Gleichzeitig fordern wir Kommunen,  
65 Träger und das Land auf, für die Problematik der stark steigenden und  
66 stark differenzierten Essensbeiträge einen Vorschlag zu einer  
67 wirkungsvollen Deckelung unter Beachtung der Erfordernisse einer  
68 nachhaltigen Gemeinschaftsverpflegung zu machen. Bei der sozialen  
69 Ermäßigung setzen wir uns auf allen Ebenen für eine landesweit  
70 einheitliche Berechnungs- und Bewilligungspraxis und eine digitale  
71 Beantragung in den Kreisen und Kommunen ein. Das Recht auf Ermäßigung (SGB  
72 VII) ist auch rückwirkend zu gewähren.
- 73 2. Den im Eckpunktepapier der Landesregierung vorgestellten Kompromiss halten  
74 wir für eine gute Lösung zur Schließung der im Zuge der Evaluation  
75 festgestellten Finanzierungslücke von 120 Mio Euro. Die öffentlichen  
76 Partner (Kommunen, Kreise und das Land) sehen wir in der Verantwortung mit  
77 Kompromissbereitschaft für eine möglichst schnelle Einigung zu sorgen.  
78 Eigenanteile der Träger sind abzulehnen, ausgenommen sind abgeschriebene  
79 Gebäude, interne Infrastruktur (Bsp. Busse) und ehrenamtliche  
80 Personalressourcen. Ebenso müssen Kosteneinsparung durch bessere  
81 Digitalisierungsprozesse und mehr Transparenz bei der Mittelabrechnung in  
82 den Fokus rücken. In die weiteren Gesprächen müssen auch in Zukunft  
83 kontinuierlich unabhängige Expert\*innen, Träger, Fachkräfte, Verbände und  
84 Eltern auf Augenhöhe einbezogen sein. Die Eltern, die diese  
85 Beratungsfunktion vollständig ehrenamtlich ausüben, müssen u.a. bei  
86 Fahrtkosten und Betreuungskosten unterstützt werden.
- 87 3. Die Verbesserung von Qualität und Verlässlichkeit hat für die KiTas und  
88 die Familien oberste Priorität. Eine Wertschätzung und damit auch eine

89 perspektivische Stärkung der Fachkräfte bildet hier die Grundlage. Es darf  
90 daher zu keiner Verminderung der aktuell in den KiTas vorhandenen  
91 Personalstunden kommen. Der Wechsel von einem Gruppen- auf einen  
92 Anstellungsschlüssel kann ein sinnvolles Instrument zur Stärkung der  
93 Verlässlichkeit sein. Dies gilt aber nur, wenn das bereits vorhandene  
94 Personal nicht reduziert, sondern lediglich die Verteilung über den Tag  
95 flexibilisiert wird. Rolle und Aufstiegschancen von SPAs in der KiTa  
96 wollen wir weiterentwickeln. Perspektivisch ist eine zusätzliche flexible  
97 Personalressource wünschenswert. Im ersten Schritt starten wir mit den  
98 eingruppigen KiTas. Eine Begleitung der Qualitätsentwicklung durch ein  
99 externes Institut ist ratsam.

100 4. Die Kindertagespflege hat sich zu einer wichtigen zweiten Säule in der  
101 frühkindlichen Bildung und Betreuung entwickelt und ist durch die KiTa-  
102 Reform gestärkt worden. Für die Tagespflege als einen Baustein der  
103 Betreuungsangebote soll es auch weiterhin eine verlässliche und gute  
104 Perspektive werden. Dies begrüßen wir. Gleichzeitung muss gewährleistet  
105 sein, dass die Tagespflege über das ganze Jahr, auch in den Sommermonaten,  
106 wo es vermehrt zu Wechseln kommt, ihre Räume und ihre Tätigkeit  
107 auskömmlich finanzieren kann.

108 5. Die Verlässlichkeit von Betreuung herzustellen und Schließungen sowie  
109 Randzeitenkürzungen zu vermeiden, ist ein Kernauftrag aller Beteiligten.  
110 Es ist daher wichtig, das Personal zu fördern und weiterhin auskömmlich zu  
111 finanzieren sowie Möglichkeiten zur Flexibilisierung zu eröffnen.  
112 Zusätzliche Vertretungsregelungen, Springerstellen und Nutzung von  
113 Zeitarbeit müssen im weiteren Reformprozess einfließen. Wir wollen  
114 weiterhin nach Lösungen suchen, um eine Rückerstattung geleisteter  
115 Elternbeiträge bei einer Schließung zu gewähren.

116 6. Der Ausbau von Öffnungszeiten darf nicht mit einer Erhöhung von Gebühren  
117 einhergehen. Dies haben wir Grüne SH auf einem Landesparteitag bereits im  
118 Jahr 2021 beschlossen ([Link](#)). Im Gegenteil, möchten wir positive Anreize  
119 setzen, um zeitliche Flexibilität zu ermöglichen. Essentiell für die  
120 Chancengerechtigkeit ist der Ausbau von Plätzen mit flexiblen  
121 Öffnungszeiten. Bei der Kitabedarfsplanung müssen Elternbedarfe eine  
122 stärkere Berücksichtigung finden. Gleichzeitig wollen wir Betreuungszeiten  
123 und Kindeswohl zusammendenken. Wir möchten den Früh- oder Spätdienst als  
124 zentralen Beitrag zur Chancengleichheit fördern und keine finanziellen  
125 Nachteile damit verbinden. Denn die Eltern, die diese Angebote nutzen,  
126 arbeiten meist insbesondere in den Berufsfeldern, wo es oft keine große  
127 Flexibilität, keine Möglichkeit zum Homeoffice und ein geringes bis  
128 mittleres Einkommen gibt: Handwerk, Gastronomie, Gesundheit, Einzelhandel,  
129 ÖPNV, Pflege usw.. Alleinerziehende, die ohnehin besondere  
130 Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben,  
131 sollten ebenfalls nicht zusätzlich belastet werden.

132 7. KiTas benötigen für den Ausbau der Qualität grundsätzlich mehr Ressourcen.  
133 Inklusion an KiTa muss weiterhin ausgebaut und künftig noch stärker nach  
134 vorn gestellt werden. Die Reduktion von Gruppengrößen ist zwar ein  
135 wichtiges und wirksames Instrument, es müssen jedoch auch mehr  
136 Heilerzieher\*innen in die Personalbudgets Eingang finden. Die vorhandenen

137 Angebote der Eingliederungshilfe sollen schneller und unkomplizierter  
138 beantrag- und abrufbar sein. Gleiches gilt für zusätzliche Elternberatung,  
139 Angebote zur Integration, aber auch die Inanspruchnahme von externen  
140 Lernorten und Lernpartner\*innen, wie Museen, Vereinen und Musikschulen.  
141 KiTas benötigen extra Budgets und konzeptuelle Begleitung, um diese  
142 Lernangebote wahrnehmen zu können. Ebenso muss die Vorschularbeit und die  
143 Sprachbildung weiterhin als ein wichtiges Instrument mit zusätzlichen  
144 Ressourcen gefördert werden.

145 8. Unsere Fachkräfte sollen den Rückhalt aller Beteiligten für ihre wichtige  
146 Arbeit spüren. Dazu gehört die auskömmliche Berechnung der  
147 Personalstunden, aber auch die Investition in gute Räume und Außenanlagen  
148 sowie Entlastungen bei Beratung oder Bildungsangeboten. Spielraum für  
149 Fortbildungen, Gesundheit, Zuschüsse zu Mobilität oder  
150 leistungsorientierte Gehaltsanpassungen können Anreize geben und zugleich  
151 die Kontinuität beim Personal fördern. Die Förderung von zusätzlichen  
152 Stunden etwa durch Praktika, FSJ oder die praxisintegrierte Ausbildung  
153 (PiA) können neue Fachkräfte binden und die Ausbildungs- und  
154 Arbeitsbedingungen verbessern. Wir suchen nach Lösungen für eine  
155 flexiblere Anrechenbarkeit. Gleichzeitig fordern wir das Land auf, künftig  
156 eine detaillierte Evaluation der Ausbildungsformen und ihrer Potentiale  
157 gegen den Fachkräftemangel in KiTas sicherzustellen. Die Ausbildung von  
158 Fachkräften bleibt trotz kommunaler Initiativen Landesaufgabe und muss  
159 hier wirksam durch ein Gesamtkonzept gesteuert werden. Das Angebot von PiA  
160 SPA sollte auf kommunaler Ebene ausgebaut werden. Zudem müssen Klassen an  
161 Berufsschulen offener auf Quereinsteiger\*innen eingehen und Möglichkeiten  
162 zur Finanzierung der Ausbildung geschaffen und genutzt werden.

163 9. Als grundsätzlich hilfreich für die Entlastung der Fachkräfte sehen wir  
164 die Einbeziehung von Helfenden Händen im Rahmen der Fachkräftestrategie  
165 an. Insbesondere bei der Zubereitung von Mahlzeiten, der Gestaltung von  
166 Ausflügen oder Bastelangeboten stellen sie eine wichtige und wertvolle  
167 Hilfe dar. Ein realistischer Blick auf den demografischen Wandel gebietet,  
168 dass wir uns öffnen. Zum einen ist die Zahl junger Nachwuchskräfte  
169 endlich. Zum anderen ist es lohnend, Menschen anzusprechen, die nach dem  
170 Renteneintritt einer sinnstiftenden Beschäftigung in kleinerem Umfang  
171 nachgehen möchten. Der Kontakt zu der älteren Generation kann zudem als  
172 ein Qualitätsaspekt in der frühkindlichen Bildung aufgefasst werden.

173 10. Für die beabsichtigte Änderung bei den Raumstandards für KiTas möchten wir  
174 uns klar für eine flexiblere Handhabung, statt einen generellen Rückbau  
175 von Flächenvorgaben aussprechen. Insbesondere für Schlafmöglichkeiten,  
176 Turn- und Musikangebote kann eine Bündelung sinnvoller sein, als in jedem  
177 Raum extra Angebote vorzuhalten. Keine Kürzungen darf es beim Außenbereich  
178 geben, da hier das Lernen und Spielen enorm vom Platz und dem gebotenen  
179 Naturraum abhängt. Kinder sollen mit allen Sinnen ihre Umwelt und den  
180 Wechsel der Jahreszeiten erleben. Die Einrichtung von NaturKitas möchten  
181 wir daher weiterhin unterstützen. Für mehr Inklusion an KiTas muss die  
182 räumliche Umgestaltung möglich sein und weitere Raumbedarfe mitgedacht  
183 werden. Wir wollen auch räumlich ermöglichen, dass in KiTas frisch gekocht  
184 werden kann.

## Begründung

Die Landesarbeitsgemeinschaft Kinder Jugend und Familie des Landesverbandes Schleswig-Holstein der Partei Bündnis 90/Die Grünen hat diese Positionen und Handlungsempfehlungen am 11. Juni 2024 verabschiedet.

Ziel war es eine von der Parteibasis getragene Grundkonzeption und Forderungskatalog zu entwickeln, die neben den realpolitischen Verhandlungen und notwendigen Kompromissen auf Landesebene und in den Kommunen, Orientierung geben, wie nach unserer fachlichen Expertise und Grünen politischen Haltung die frühkindliche Bildung entwickelt werden soll. Eine solche Position ist nicht nur wichtig für unsere Kommunikation mit den Akteuren wie Eltern, Trägern, Fachkräften, sondern auch für künftige Verhandlungen und Programmprozesse.

Mit diesem Antrag soll ermöglicht werden, die konzeptionelle Vorarbeit der LAG und der Landtagsfraktion, mit dem ganzen Landesverband zu diskutieren und als Beschluss zu verstetigen.

Wir freuen uns über eure Zustimmung und stehen für Rückfragen oder Austausch zu möglichen Änderungsanträgen sehr gern zur Verfügung

Nadine Mai & Christian Osbahr

(LAG Kinder, Jugend und Familie)

## Unterstützer\*innen

Michael Brandtner (KV Kiel); Annabell Louisa Pescher (KV Flensburg); Jessica Leutert (KV Kiel); Sara König (KV Schleswig-Flensburg); Britta Baar (KV Dithmarschen); Zoé Engel (KV Kiel); Aminata Touré (KV Neumünster); Oliver Lorentzen (KV Pinneberg)

## A10 (Ä1,3-6) Migrationspolitische Schwerpunkte auf Landesebene

Antragsteller\*in: Aminata Touré (KV Neumünster)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Migrationspolitische Schwerpunkte auf Landesebene

2 Die migrationspolitische Debatte dominiert seit Wochen und Monaten den  
3 öffentlichen Diskurs. Im Fokus stehen hierbei Fragen wie, wie Deutschland  
4 weniger Menschen aufnehmen kann, Zurückweisungen an Grenzen forciert werden  
5 können und wie die Zahl der Rückführungen erhöht werden kann. Zeitgleich führt  
6 der zunehmende Überbietungswettbewerb von Abschottung und Abgrenzung dazu, dass  
7 viele Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte sich zunehmend die Frage  
8 stellen, ob sie als Teil der Gesellschaft akzeptiert und respektiert werden.  
9 Dass die Zahlen derer, die bei uns Schutz suchen, weiterhin hoch, aber geringer  
10 als im Vorjahr sind, ist ein Spiegel der Weltlage. Weltweit sind laut UNCHR 120  
11 Millionen Menschen auf der Flucht.

12 Der Ton, in der diese Auseinandersetzung stattfindet, besorgt uns:  
13 Pauschalisierungen, Emotionalisierungen, schrille Parolen, das Missachten von  
14 Grundgesetz und Europäischen Zusammenhalt und die Vermischung von  
15 Extremismusbekämpfung und Asylrechtsverschärfungen.

16 Als BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN in Schleswig-Holstein sehen wir uns in der  
17 Verantwortung, klar Haltung zu zeigen für eine faire Asyl- und  
18 Migrationspolitik, eine sachliche Debatte zu führen und darzustellen, welche  
19 Aufgaben Regierungen und Parlamente in einer solchen Zeit haben.

20 Deshalb setzen wir uns als BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Schleswig-Holstein für  
21 folgende migrationspolitische Schwerpunkte ein:

22 1. Ankommen in Würde

23 Für uns sind das Recht auf Asyl und die Rechte von Flüchtlingen nicht  
24 verhandelbar. In der heutigen Zeit scheint es notwendig, sich zu diesem in  
25 der Genfer Flüchtlingskonvention, in der Europäischen Menschenrechtskonvention,  
26 in der EU-Grundrechtscharta und im Grundgesetz verbrieften  
27 Rechte uneingeschränkt zu bekennen. Dies bedeutet für uns, dass das Recht, einen  
28 Asylantrag zu stellen, Schutz zu erhalten und unterstützende Leistungen zu  
29 erhalten, um würdig leben zu können, nicht nur eine Selbstverständlichkeit,  
30 sondern auch Ausdruck unseres rechtsstaatlichen Handelns ist.

31 Damit das gelingen kann, braucht es ausreichend Plätze von Infrastruktur, die  
32 das Erlernen der Sprache, Beratung, Betreuung und medizinische Versorgung  
33 sicherstellt.[Zeilenumbruch]

34 Es braucht deshalb für Schleswig-Holstein ein dauerhaftes und atmendes  
35 Standortkonzept für Erstaufnahmeeinrichtungen, das sich sowohl an den Zahlen der  
36 zu uns kommenden Geflüchteten orientiert und wiederum auch berücksichtigt,  
37 dass die Kommunen, in deren Gemeinde sich die Standortgemeinde für  
38 Erstaufnahmeeinrichtungen befinden, besondere Unterstützung brauchen, um die  
39 diese Aufgabe für Schleswig-Holstein zu übernehmen. Eine möglichst schnelle  
40 Kreisverteilung für Menschen mit Bleibeperspektive halten wir nach wie vor für  
41 die Grundvoraussetzung für Ankommen und Teilhabe an dieser Gesellschaft.

42 Außerdem machen wir uns stark für eine unabhängige und individuelle  
43 Asylverfahrensberatung und arbeiten weiterhin daran, dass Flüchtlinge mit einem  
44 besonderen Schutzbedürfnis - wie beispielsweise traumatisierte Flüchtlinge oder  
45 Flüchtlinge mit Behinderungen - bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen  
46 indentifiziert und die erlangten Informationen an die aufnehmenden Kommunen  
47 weitergeleitet werden. Auf diese Weise wollen wir gewährleisten, dass einerseits  
48 eine lückenlose Betreuung dieser Flüchtlinge stattfinden und andererseits die  
49 Kommune sich auf ihre Ankunft vorbereiten kann.  
50 In dieser Hinsicht wollen wir die Sensibilisierung der Mitarbeiter\*innen in den  
51 Erstaufnahmeeinrichtungen insbesondere im Hinblick auf Psychotrauma, fördern.

## 52 2. Zugang zu Arbeit von Beginn an

53 Wir sind der Überzeugung, dass die beste Form der Integration die ist, die es  
54 Menschen ermöglicht, selbstständig für sich und die eigene Familie zu sorgen und  
55 sich von Sozialleistungen unabhängig zu machen. Viele geflohene Menschen haben  
56 den Wunsch, beruflich schnell Anschluss zu finden, ihre Qualifikation und  
57 Fertigkeiten hier einzubringen und möchten ihre Zeit und Energie in das eigene  
58 Fortkommen stecken.

59 Wir wollen den Zugang zu Arbeit und Ausbildung so schnell wie möglich  
60 ermöglichen.

61 Deshalb wollen wir zum einen, dass das Land sein Pilotprojekt zur  
62 Arbeitsvermittlung in den Erstaufnahmeeinrichtungen perspektivisch auf alle  
63 Erstaufnahmeeinrichtungen für alle Menschen mit guter Bleibeperspektive  
64 ausgeweitet. So erhalten alle ab dem ersten Tag die Möglichkeit einer  
65 Arbeitsmarktberatung. Seit April findet das Pilotprojekt in Boostedt und  
66 Rendsburg statt. In 8 Schritten soll es in die Arbeitsvermittlung kommen:

- 67 1. Prüfung des Asylstatus und Voraussetzungen für die Arbeitsmarktintegration  
68 (für Menschen, die eine gute Bleibeperspektive haben, zwischen 18-63 Jahre,  
69 Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan)
- 70 2. Gesprächsangebot beim Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge (Fragebogen  
71 zu Grundkompetenzen mit Schwerpunkt auf soziale und pflegerische Berufe)
- 72 3. Auswertung durch die Bundesagentur für Arbeit
- 73 4. Beratungsgespräch mit dem Jobcenter vor Ort in der Erstaufnahmeeinrichtung
- 74 5. Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter und Landesamt für Zuwanderung und  
75 Flüchtlinge beraten weiteres verfahren
- 76 6. Integrationsorientierte Verteilung in den dauerhaften Wohnort mit  
77 Jobperspektive
- 78 7. Übermittlung der Daten an das Jobcenter und Zuwanderungsbehörde
- 79 8. Erfolgreiche Vermittlung in den Arbeitsmarkt und Perspektive auf  
80 eigenständiges und selbstbestimmtes Leben

81 Zum Zweiten braucht es aber noch weitere Erleichterungen, damit die  
82 Arbeitsaufnahme erfolgen kann. Viele Menschen haben ein konkretes  
83 Beschäftigungsangebot und scheitern an den langen behördlichen Wartezeiten. Das  
84 ist sowohl für die geflüchteten Menschen, für die potenziellen Arbeitgeber\*innen  
85 und Ausbildungsbetriebe als auch für die Sachbearbeitenden in den Behörden stark  
86 belastend. Hier brauchen wir dringend Verbesserungen und werden uns auf Bundes-  
87 und Landesebene für einen Bürokratieabbau und beschleunigte Verfahren einsetzen  
88 – insbesondere bei der Erteilung der Beschäftigungserlaubnis und der Anerkennung  
89 ausländischer Berufsqualifikationen.

90 Wie von unserem Vizekanzler Robert Habeck im Kontext der Haushaltsverhandlungen  
91 auf Bundesebene vereinbart, werden wir die Einführung einer Genehmigungsfiktion  
92 unterstützen, so dass die Arbeitsaufnahme als genehmigt erklärt wird, wenn  
93 Zuwanderungsbehörden nicht innerhalb von 14 Tagen widersprechen. Die Entlastung  
94 unserer Kommunen wäre enorm und ein großes Hemmnis im Arbeitsmarktzugang für  
95 viele Menschen beseitigt. Wir machen uns hierfür stark!

### 96 3. Freiwillige Ausreise und Rückführungen

97 Auch wenn auf Bundesebene weitreichende und zu begrüßende Gesetze verabschiedet  
98 wurden, wie zum Beispiel das Chancenaufenthaltsrecht oder das neue  
99 Staatsangehörigkeitsrecht, sodass mehr Menschen die Möglichkeit haben ihren  
100 Aufenthalt hier zu verfestigen und perspektivisch die deutsche  
101 Staatsangehörigkeit zu erhalten, so sind wir uns im Klaren darüber, dass nicht  
102 jeder Mensch, der einen Asylantrag stellt, die Bedingungen dafür erfüllt und  
103 bleiben kann.

104 Wir sind der Überzeugung, dass die freiwillige Ausreise das beste und humanste  
105 Instrument ist, wenn ein Aufenthalt beendet werden muss. Dafür müssen  
106 ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit Rückkehrprogramme in  
107 umfangreichen Maße stattfinden können.

108 Wir sind der Überzeugung, dass in der Vergangenheit weitreichende Gesetze zu  
109 Rückführungen auf Bundes- und EU-Ebene beschlossen wurden, die zu harten  
110 Verschärfungen führen werden: Zuletzt das Rückführungsverbesserungsgesetz im  
111 Februar dieses Jahres und gerade auf europäischer Ebene die Reform des  
112 Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Diese Entwicklung war und ist für unsere  
113 Partei sehr schmerzhaft. Weitere Verschärfungen dürfen nicht folgen.  
114 Statt weiterer Gesetzesänderungen, braucht es nun vor allem die Umsetzung  
115 geltenden Rechts und eine kritische Überprüfung dessen.  
116 Bundesweit stellen wir Vollzugsdefizite mit Blick auf Rückführungen fest, trotz  
117 sich ständig ändernder und verschärfender Rechtslage. Deshalb sind wir davon  
118 überzeugt, dass eine Bündelung von bestimmten Personengruppen eine Entlastung  
119 für die kommunalen Behörden bedeuten könnte. Wir wollen deshalb, dass künftig  
120 Rückführungsfälle von ausländischen mehrfach Intensivtäter gebündelt in  
121 Zuständigkeit des Landes übergehen.

122 Für uns als Grenzregion zu Dänemark sind Grenzkontrollen ein Problem, darauf hat  
123 die Landesregierung in den letzten Jahren immer wieder hingewiesen. Dauerhafte  
124 Grenzkontrollen verhindern illegalen Einreisen nicht – wir brauchen unserer  
125 Sicherheitskräfte an anderer Stelle. Und wir brauchen ein geeintes Europa und  
126 keine Kleinstaaterei.

127 Alle Neuerungen müssen im Blick haben Verwaltungsaufwand ab- und nicht  
128 aufzubauen.

### 129 4. Unterstützung der Kommunen

130 Jegliche migrationspolitischen Überlegungen können nur gelingen, wenn vor Ort  
131 die Strukturen gut aufgestellt und gut finanziert sind. Integration kann nur  
132 gelingen, wenn die Kommunen bei ihrer Aufgabe der Integration unterstützt  
133 werden. Deshalb sind Bund und Land in der Pflicht diese bei ihrer Aufgabe  
134 finanziell und organisatorisch zu unterstützen. Es ist der richtige Weg, dass es  
135 in Schleswig-Holstein regelmäßige Vereinbarungen mit den Kommunen gibt, bei  
136 denen die Aufgaben gemeinsam definiert werden. Hierbei sind Programme von

137 sozialem Wohnraum notwendig, um den notwendigen Wohnraum bereitzustellen.  
138 Außerdem braucht es ausreichend Personal an KiTas und Schulen, damit alle Kinder  
139 die gleichen Startbedingungen haben. Genauso wichtig ist eine ausreichende und  
140 flächendeckende medizinische und psychosoziale Versorgung.

141

142 Das Land hat für die Bandbreite an Themen eine Integrationsstrategie auf den Weg  
143 gebracht, die fortlaufend aktualisiert und an die Bedarfe angepasst werden muss.

144 Wir begrüßen die Bemühungen des Landes, die bestehenden Strukturen des  
145 Ehrenamtes aufrechtzuerhalten und bedarfsgerecht auszubauen und stellen fest,  
146 dass die Integration in den Kommunen nach wie vor auch auf den Schultern von  
147 Ehrenamtlichen liegt. Aus diesem Grund muss es unser Ziel sein, die  
148 Ehrenamtlichen zu fördern und an den Stellen zu entlasten, wo es uns möglich  
149 ist.

#### 150 5. Stärkung der Ausländer- und Zuwanderungsbehörden

151 Trotz der finanziellen Unterstützung für Personal der Ausländer- und  
152 Zuwanderungsbehörden im Rahmen einer Verabredung zwischen Land und Kommunen im  
153 vergangenen Jahr, stellen wir fest, dass diese Maßnahme nicht ausreicht. Sie  
154 sind in kommunaler Verantwortung, aber für alle Maßnahmen rund um Migration  
155 brauchen wir funktionierende und gut ausgestattete Behörden. Der Personalmangel  
156 ist das Nadelöhr und verlangsamt sowohl Prozesse der Integration, aber auch  
157 Rückführungen. Wir setzen uns deshalb überall und auf jeder Ebene, in der wir  
158 Verantwortung tragen, dafür ein, dass es zu einer Personaloffensive für die  
159 Ausländerbehörden kommt.

#### 160 6. Gesellschaft der Vielen

161 Wir verstehen uns als eine vielfältige Partei, die nicht nur den Anspruch  
162 erhebt, Menschen mit Migrationsgeschichte eine Stimme zu geben, sondern auch  
163 Interessen zu vertreten, die diese Lebensrealität abbildet. Menschen mit  
164 Migrationsgeschichte sind keine homogene Masse und haben sehr unterschiedliche  
165 politische Überzeugungen. Aber diejenigen, die mit unseren politischen  
166 Grundsätzen übereinstimmen und diese vor allem auch über viele Jahre mitgeprägt  
167 haben, sollen wissen, dass wir ihre politische Heimat sind. Dafür müssen auch  
168 wir uns selbstkritischen Debatten unterziehen, die nicht außer Acht lassen  
169 dürfen, dass durch politische Entscheidungen, die wir treffen, auch das  
170 Vertrauen in uns an vielen Stellen verloren gegangen ist. Wir stehen weiterhin  
171 für eine vielfältige und diskriminierungsfreie Gesellschaft ein und werden diese  
172 Werte verteidigen und politisch leben.

## Begründung

Begründung erfolgt mündlich

Dieser Antrag wird gemeinschaftlich gestellt von

Aminata Touré, Anke Erdmann, Gazi Freitag und Catharina Nies.

## Unterstützer\*innen



Lasse Petersdotter (KV Kiel); Catharina Johanna Nies (KV Flensburg); Jan Kürschner (KV Kiel); Anke Erdmann (KV Kiel); Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg); Friederike Löffert-Pokatis (KV Kiel); Malte Krüger (KV Steinburg); Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg); Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg); Jasper Balke (KV Lübeck); Jörn Pohl (KV Kiel); Gazi Freitag (KV Plön); Michael Klinger (KV Schleswig-Flensburg); Ramon Arndt (KV Steinburg); Annabell Louisa Pescher (KV Flensburg); Sven Gebhardt (KV Flensburg); Frederic Meyer (KV Kiel); Ullrich Kruse (KV Stormarn); Zoé Engel (KV Kiel); Bruno Hönel (KV Lübeck); Silke Schiller-Tobies (KV Kiel); Torge Schmidt (KV Rendsburg-Eckernförde); Ralph Sieber (KV Schleswig-Flensburg); Jessica Leutert (KV Kiel); Gabriele Braune (KV Ostholstein); Daniela Sonders (KV Kiel); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Reinhard Junge (KV Plön); Lukas Reithofer (KV Kiel); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Said Etejjari (KV Segeberg); Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg); Bina Braun (KV Herzogtum Lauenburg); Britta Baar (KV Dithmarschen); Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Jannes Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Matthias Lücke (KV Kiel); Peter Schüler (KV Lübeck); Burak Kocaaslan (KV Kiel); Annette Granzin (KV Ostholstein); Ann Christin Hahn (KV Pinneberg); Ulrike Täck (KV Segeberg); Birte Duggen (KV Lübeck); Mathes Rausch (KV Steinburg); Denise Kreissl (KV Segeberg)

## A10 (Ä6) Migrationspolitische Schwerpunkte auf Landesebene

Antragsteller\*in: Aminata Touré (KV Neumünster)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Migrationspolitische Schwerpunkte auf Landesebene

2 Die migrationspolitische Debatte dominiert seit Wochen und Monaten den  
3 öffentlichen Diskurs. Im Fokus stehen hierbei Fragen wie, wie Deutschland  
4 weniger Menschen aufnehmen kann, Zurückweisungen an Grenzen forciert werden  
5 können und wie die Zahl der Rückführungen erhöht werden kann. Zeitgleich führt  
6 der zunehmende Überbietungswettbewerb von Abschottung und Abgrenzung dazu, dass  
7 viele Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte sich zunehmend die Frage  
8 stellen, ob sie als Teil der Gesellschaft akzeptiert und respektiert werden.  
9 Dass die Zahlen derer, die bei uns Schutz suchen, weiterhin hoch, aber geringer  
10 als im Vorjahr sind, ist ein Spiegel der Weltlage. Weltweit sind laut UNCHR 120  
11 Millionen Menschen auf der Flucht.

12 Der Ton, in der diese Auseinandersetzung stattfindet, besorgt uns:  
13 Pauschalisierungen, Emotionalisierungen, schrille Parolen, das Missachten von  
14 Grundgesetz und Europäischen Zusammenhalt und die Vermischung von  
15 Extremismusbekämpfung und Asylrechtsverschärfungen.

16 Als BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN in Schleswig-Holstein sehen wir uns in der  
17 Verantwortung, klar Haltung zu zeigen für eine faire Asyl- und  
18 Migrationspolitik, eine sachliche Debatte zu führen und darzustellen, welche  
19 Aufgaben Regierungen und Parlamente in einer solchen Zeit haben.

20 Deshalb setzen wir uns als BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Schleswig-Holstein für  
21 folgende migrationspolitische Schwerpunkte ein:

22 1. Ankommen in Würde

23 Für uns sind das Recht auf Asyl und die Rechte von Flüchtlingen nicht  
24 verhandelbar. In der heutigen Zeit scheint es notwendig, sich zu diesen in der  
25 Genfer Flüchtlingskonvention, in der Europäischen Menschenrechtskonvention, in  
26 der EU-Grundrechtscharta und im Grundgesetz verbrieften Rechte uneingeschränkt  
27 zu bekennen. Dies bedeutet für uns, dass das Recht, einen Asylantrag zu stellen,  
28 Schutz zu erhalten und unterstützende Leistungen zu erhalten, um würdig leben zu  
29 können, nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern auch Ausdruck unseres  
30 rechtsstaatlichen Handelns ist.

31 Damit das gelingen kann, braucht es ausreichend Plätze von  
32 Erstaufnahmeeinrichtungen sowie kommunaler Unterbringung und eine Teilhabe-  
33 Infrastruktur, die das Erlernen der Sprache, Beratung, Betreuung und medizinische  
34 Versorgung sicherstellt.

35 Es braucht deshalb für Schleswig-Holstein ein dauerhaftes und atmendes  
36 Standortkonzept für Erstaufnahmeeinrichtungen, das sich sowohl an den Zahlen der  
37 zu uns kommenden Geflüchteten orientiert als auch berücksichtigt, dass die  
38 Kommunen, in deren Gemeinde sich die Erstaufnahmeeinrichtungen befinden,  
39 besondere Unterstützung brauchen, um die diese Aufgabe für Schleswig-Holstein zu  
40 übernehmen. Eine möglichst schnelle Kreisverteilung für Menschen mit  
41 Bleibeperspektive halten wir nach wie vor für die Grundvoraussetzung für

42 Ankommen und Teilhabe an dieser Gesellschaft.  
43 Außerdem machen wir uns stark für eine unabhängige und individuelle  
44 Asylverfahrensberatung und arbeiten weiterhin daran, dass Flüchtlinge mit einem  
45 besonderen Schutzbedürfnis - wie beispielsweise traumatisierte Flüchtlinge oder  
46 Flüchtlinge mit Behinderungen - bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen  
47 indentifiziert und die erlangten Informationen an die aufnehmenden Kommunen  
48 weitergeleitet werden. Auf diese Weise wollen wir gewährleisten, dass einerseits  
49 eine lückenlose Betreuung dieser Flüchtlinge stattfinden und andererseits die  
50 Kommune sich auf ihre Ankunft vorbereiten kann.  
51 In dieser Hinsicht wollen wir die Sensibilisierung der Mitarbeiter\*innen in den  
52 Erstaufnahmeeinrichtungen insbesondere im Hinblick auf Psychotrauma, fördern.

## 53 2. Zugang zu Arbeit von Beginn an

54 Wir sind der Überzeugung, dass die beste Form der Integration die ist, die es  
55 Menschen ermöglicht, selbstständig für sich und die eigene Familie zu sorgen und  
56 sich von Sozialleistungen unabhängig zu machen. Viele geflohene Menschen haben  
57 den Wunsch, beruflich schnell Anschluss zu finden, ihre Qualifikation und  
58 Fertigkeiten hier einzubringen und möchten ihre Zeit und Energie in das eigene  
59 Fortkommen stecken.

60 Wir wollen den Zugang zu Arbeit und Ausbildung so schnell wie möglich  
61 ermöglichen.

62 Deshalb wollen wir zum einen, dass das Land sein Pilotprojekt zur  
63 Arbeitsvermittlung in den Erstaufnahmeeinrichtungen perspektivisch auf alle  
64 Erstaufnahmeeinrichtungen für alle Menschen mit guter Bleibeperspektive  
65 ausgeweitet. So erhalten alle ab dem ersten Tag die Möglichkeit einer  
66 Arbeitsmarktberatung. Seit April findet das Pilotprojekt in Boostedt und  
67 Rendsburg statt. In 8 Schritten soll es in die Arbeitsvermittlung kommen:

- 68 1. Prüfung des Asylstatus und Voraussetzungen für die Arbeitsmarktintegration  
69 (für Menschen, die eine gute Bleibeperspektive haben, zwischen 18-63 Jahre,  
70 Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan)
- 71 2. Gesprächsangebot beim Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge (Fragebogen  
72 zu Grundkompetenzen mit Schwerpunkt auf soziale und pflegerische Berufe)
- 73 3. Auswertung durch die Bundesagentur für Arbeit
- 74 4. Beratungsgespräch mit dem Jobcenter vor Ort in der Erstaufnahmeeinrichtung
- 75 5. Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter und Landesamt für Zuwanderung und  
76 Flüchtlinge beraten weiteres verfahren
- 77 6. Integrationsorientierte Verteilung in den dauerhaften Wohnort mit  
78 Jobperspektive
- 79 7. Übermittlung der Daten an das Jobcenter und Zuwanderungsbehörde
- 80 8. Erfolgreiche Vermittlung in den Arbeitsmarkt und Perspektive auf  
81 eigenständiges und selbstbestimmtes Leben

82 Zum Zweiten braucht es aber noch weitere Erleichterungen, damit die  
83 Arbeitsaufnahme erfolgen kann. Viele Menschen haben ein konkretes  
84 Beschäftigungsangebot und scheitern an den langen behördlichen Wartezeiten. Das  
85 ist sowohl für die geflüchteten Menschen, für die potenziellen Arbeitgeber\*innen  
86 und Ausbildungsbetriebe als auch für die Sachbearbeitenden in den Behörden stark  
87 belastend. Hier brauchen wir dringend Verbesserungen und werden uns auf Bundes-  
88 und Landesebene für einen Bürokratieabbau und beschleunigte Verfahren einsetzen  
89 – insbesondere bei der Erteilung der Beschäftigungserlaubnis und der Anerkennung  
90 ausländischer Berufsqualifikationen.

91 Wie von unserem Vizekanzler Robert Habeck im Kontext der Haushaltsverhandlungen  
92 auf Bundesebene vereinbart, werden wir die Einführung einer Genehmigungsfiktion  
93 unterstützen, so dass die Arbeitsaufnahme als genehmigt erklärt wird, wenn  
94 Zuwanderungsbehörden nicht innerhalb von 14 Tagen widersprechen. Die Entlastung  
95 unserer Kommunen wäre enorm und ein großes Hemmnis im Arbeitsmarktzugang für  
96 viele Menschen beseitigt. Wir machen uns hierfür stark!

### 97 3. Freiwillige Ausreise und Rückführungen

98 Auch wenn auf Bundesebene weitreichende und zu begrüßende Gesetze verabschiedet  
99 wurden, wie zum Beispiel das Chancenaufenthaltsrecht oder das neue  
100 Staatsangehörigkeitsrecht, sodass mehr Menschen die Möglichkeit haben ihren  
101 Aufenthalt hier zu verfestigen und perspektivisch die deutsche  
102 Staatsangehörigkeit zu erhalten, so sind wir uns im Klaren darüber, dass nicht  
103 jeder Mensch, der einen Asylantrag stellt, die Bedingungen dafür erfüllt und  
104 bleiben kann.

105 Wir sind der Überzeugung, dass die freiwillige Ausreise das beste und humanste  
106 Instrument ist, wenn ein Aufenthalt beendet werden muss. Dafür müssen  
107 ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit Rückkehrprogramme in  
108 umfangreichen Maße stattfinden können.

109 Wir sind der Überzeugung, dass in der Vergangenheit weitreichende Gesetze zu  
110 Rückführungen auf Bundes- und EU-Ebene beschlossen wurden, die zu harten  
111 Verschärfungen führen werden: Zuletzt das Rückführungsverbesserungsgesetz im  
112 Februar dieses Jahres und gerade auf europäischer Ebene die Reform des  
113 Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Diese Entwicklung war und ist für unsere  
114 Partei sehr schmerzhaft. Weitere Verschärfungen dürfen nicht folgen.  
115 Statt weiterer Gesetzesänderungen, braucht es nun vor allem die Umsetzung  
116 geltenden Rechts und eine kritische Überprüfung dessen.  
117 Bundesweit stellen wir Vollzugsdefizite mit Blick auf Rückführungen fest, trotz  
118 sich ständig ändernder und verschärfender Rechtslage. Deshalb sind wir davon  
119 überzeugt, dass eine Bündelung von bestimmten Personengruppen eine Entlastung  
120 für die kommunalen Behörden bedeuten könnte. Wir wollen deshalb, dass künftig  
121 Rückführungsfälle von ausländischen mehrfach Intensivtäter gebündelt in  
122 Zuständigkeit des Landes übergehen.

123 Für uns als Grenzregion zu Dänemark sind Grenzkontrollen ein Problem, darauf hat  
124 die Landesregierung in den letzten Jahren immer wieder hingewiesen. Dauerhafte  
125 Grenzkontrollen verhindern illegalen Einreisen nicht – wir brauchen unserer  
126 Sicherheitskräfte an anderer Stelle. Und wir brauchen ein geeintes Europa und  
127 keine Kleinstaaterei.

128 Alle Neuerungen müssen im Blick haben Verwaltungsaufwand ab- und nicht  
129 aufzubauen.

### 130 4. Unterstützung der Kommunen

131 Jegliche migrationspolitischen Überlegungen können nur gelingen, wenn vor Ort  
132 die Strukturen gut aufgestellt und gut finanziert sind. Integration kann nur  
133 gelingen, wenn die Kommunen bei ihrer Aufgabe der Integration unterstützt  
134 werden. Deshalb sind Bund und Land in der Pflicht diese bei ihrer Aufgabe  
135 finanziell und organisatorisch zu unterstützen. Es ist der richtige Weg, dass es  
136 in Schleswig-Holstein regelmäßige Vereinbarungen mit den Kommunen gibt, bei  
137 denen die Aufgaben gemeinsam definiert werden. Hierbei sind besonders Programme

138 von sozialem Wohnraum notwendig, um den notwendigen Wohnraum bereitzustellen.  
139 Außerdem braucht es ausreichend Personal an KiTas und Schulen, damit alle Kinder  
140 die gleichen Startbedingungen haben. Genauso wichtig ist eine ausreichende und  
141 flächendeckende medizinische und psychosoziale Versorgung.  
142 Das Land hat für die Bandbreite an Themen eine Integrationsstrategie auf den Weg  
143 gebracht, die fortlaufend aktualisiert und an die Bedarfe angepasst werden muss.

#### 144 5. Stärkung der Ausländer- und Zuwanderungsbehörden

145 Trotz der finanziellen Unterstützung für Personal der Ausländer- und  
146 Zuwanderungsbehörden im Rahmen einer Verabredung zwischen Land und Kommunen im  
147 vergangenen Jahr, stellen wir fest, dass diese Maßnahme nicht ausreicht. Sie  
148 sind in kommunaler Verantwortung, aber für alle Maßnahmen rund um Migration  
149 brauchen wir funktionierende und gut ausgestattete Behörden. Der Personalmangel  
150 ist das Nadelöhr und verlangsamt sowohl Prozesse der Integration, aber auch  
151 Rückführungen. Wir setzen uns deshalb überall und auf jeder Ebene, in der wir  
152 Verantwortung tragen, dafür ein, dass es zu einer Personaloffensive für die  
153 Ausländerbehörden kommt.

#### 154 6. Gesellschaft der Vielen

155 Wir verstehen uns als eine vielfältige Partei, die nicht nur den Anspruch  
156 erhebt, Menschen mit Migrationsgeschichte eine Stimme zu geben, sondern auch  
157 Interessen zu vertreten, die diese Lebensrealität abbildet. Menschen mit  
158 Migrationsgeschichte sind keine homogene Masse und haben sehr unterschiedliche  
159 politische Überzeugungen. Aber diejenigen, die mit unseren politischen  
160 Grundsätzen übereinstimmen und diese vor allem auch über viele Jahre mitgeprägt  
161 haben, sollen wissen, dass wir ihre politische Heimat sind. Dafür müssen auch  
162 wir uns selbstkritischen Debatten unterziehen, die nicht außer Acht lassen  
163 dürfen, dass durch politische Entscheidungen, die wir treffen, auch das  
164 Vertrauen in uns an vielen Stellen verloren gegangen ist. Wir stehen weiterhin  
165 für eine vielfältige und diskriminierungsfreie Gesellschaft ein und werden diese  
166 Werte verteidigen und politisch leben.

## Begründung

Begründung erfolgt mündlich

Dieser Antrag wird gemeinschaftlich gestellt von

Aminata Touré, Anke Erdmann, Gazi Freitag und Catharina Nies.

## Unterstützer\*innen

Lasse Petersdotter (KV Kiel); Catharina Johanna Nies (KV Flensburg); Jan Kürschner (KV Kiel); Anke Erdmann (KV Kiel); Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg); Friederike Löffert-Pokatis (KV Kiel); Malte Krüger (KV Steinburg); Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg); Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg); Jasper Balke (KV Lübeck); Jörn Pohl (KV Kiel); Gazi Freitag (KV Plön); Michael Klinger (KV Schleswig-Flensburg); Ramon Arndt (KV Steinburg); Annabell Louisa Pescher (KV Flensburg); Sven Gebhardt (KV Flensburg); Frederic Meyer (KV Kiel); Ullrich Kruse (KV Stormarn); Zoé Engel (KV Kiel); Bruno Hönel (KV Lübeck); Silke Schiller-Tobies (KV Kiel); Torge Schmidt (KV Rendsburg-Eckernförde);

Ralph Sieber (KV Schleswig-Flensburg); Jessica Leutert (KV Kiel); Gabriele Braune (KV Ostholstein); Daniela Sonders (KV Kiel); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Reinhard Junge (KV Plön); Lukas Reithofer (KV Kiel); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Said Ettejjari (KV Segeberg); Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg); Bina Braun (KV Herzogtum Lauenburg); Britta Baar (KV Dithmarschen); Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Jannes Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Matthias Lücke (KV Kiel); Peter Schüler (KV Lübeck); Burak Kocaaslan (KV Kiel); Annette Granzin (KV Ostholstein); Ann Christin Hahn (KV Pinneberg); Ulrike Täck (KV Segeberg); Birte Duggen (KV Lübeck); Mathes Rausch (KV Steinburg)

## A11 Barrierefreie und verständliche Landesvorhaben mit ausreichenden Fristen

Antragsteller\*in: Gerd Weichelt (KV Dithmarschen)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen wird gebeten, sich dafür  
3 einzusetzen, dass umfangreiche/komplexe Vorhaben wie z.B. die  
4 Landesentwicklungsplanung mit mehr Zeitvorlauf bzgl. der Fristen für  
5 Stellungnahmen und Einwendungen versehen werden. Die Fristen sollten so gesetzt  
6 werden, dass insbesondere bei der Beteiligung von Kreisen und Kommunen, die  
7 „Politik vor Ort“ auch mitgenommen werden kann. Schulferien, in denen i.d.R.  
8 keine Sitzungen stattfinden, sollen die Fristen für die Abgabe von  
9 Stellungnahmen ggfls. verlängern. Auch die Ladungsfristen der kommunalen  
10 Vertretungen sind zu berücksichtigen.

11 Die Beteiligungsverfahren müssen barrierefrei gestaltet werden. Z.B. müssen  
12 Karten einfach zu öffnen und verständlich sein (z.B. ohne weitere Programme, die  
13 heruntergeladen werden müssen) und mit Angabe aller für eine Beurteilung  
14 notwendigen Informationen versehen sein (im o.a. Fall z.B. mit Angabe der neuen  
15 und früherer Potenzialflächen sowie Angabe bereits vorhandener sowie genehmigter  
16 und im Genehmigungsverfahren befindlicher WKA sowie bereits vorhandener  
17 Netzinfrastruktur).

### Begründung

Bei der aktuellen Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 -Änderung Kapitel 4.5.1 (Entwurf Juni 2024) mit über 200 Seiten wurden die Unterlagen im BOB-SH zwar am 11. Juni 2024 eingestellt, allerdings erst im Amtsblatt für Schleswig-Holstein 2024; Ausgabe 17. Juni 2024, S. 980 veröffentlicht. Letzte Abgabetermin für Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der öffentlichen Stellen war der 9. September 2024. Sommerferien in SH lagen in der Zeit vom 22. Juli bis 31. August 2024. Da es sich hierbei um weitgreifende Veränderungen zur bisherigen Windplanung handelt (Landschaftsschutzgebiete kein Tabu mehr, Gemeinden erhalten weitergehende Möglichkeiten usw.) wäre mehr Zeit für Stellungnahmen notwendig gewesen.

Von den 12 Wochen von Veröffentlichung bis zum Abgabetermin von Stellungnahmen fielen 6 Wochen in die SH-Sommerferien.

Für öffentliche Stellen sind solche Zeiten kaum umzusetzen. Neben der Ferienzeit müssen ausreichende Bearbeitungszeiten für die Verwaltung vor einer Behandlung in den entsprechenden Ausschüssen ermöglicht werden. Im Regelfall beträgt dann die Einladungsfrist für die beratenden Ausschüsse 2 Wochen. Hinzu kommt dann noch der Zeitrahmen für die Beschlussgremien der kommunalen Selbstverwaltung (Gemeindevertretung, Stadtvertretung, Kreistag), die nicht immer nur darauf warten, ob es „Arbeit“ vom Land gibt.

Auch der Öffentlichkeit, die wesentlich mehr Zeit zum Verstehen benötigt, kommen längere Fristen zugute.

Erschwerend kommt beim LEP „Wind an Land“ hinzu, dass keine einfach verständliche und vollständige Karten vorgelegt wurden, sondern nur Geodaten, die mit schwer verständlichen Sonderprogrammen zu öffnen sind. Für Menschen mit Behinderung kaum zu nutzen.

## Unterstützer\*innen

Reimer Schölermann (KV Dithmarschen); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Florian Ludewig (KV Dithmarschen); Alexandra Königshausen (KV Flensburg); Axel Denker (KV Dithmarschen); Nicole Döhrmann (KV Dithmarschen); Kai Hennings (KV Dithmarschen); Stefan Schneidewind (KV Dithmarschen); Dieter Dluzewski (KV Dithmarschen); Gunda Niebuhr (KV Dithmarschen); Lorenz Mayer (KV Segeberg); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Kirsten Schaltenberg (KV Schleswig-Flensburg); Zoé Engel (KV Kiel); Merlin Michaelis (KV Kiel); Gabriele Piachnow-Schmidt (KV Steinburg)



## A12 Für ein zukunftsfähiges Klimaschutzgesetz

Antragsteller\*in: Luca Brunsch (KV Kiel)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Deutschland braucht ein Klimaschutzgesetz das wirkt. Deshalb setzen wir uns mit  
2 Blick auf die nächste Bundestagswahl dafür ein, das Klimaschutzgesetz noch  
3 einmal in wesentlichen Punkten zu überarbeiten.

4 Mit der letzten Reform des Klimaschutzgesetzes wurde die Verpflichtung für das  
5 Erstellen von Sofortprogrammen zur Erreichung der Klimaziele gestrichen, was wir  
6 kritisch sehen. Dass gleichzeitig eine vorausschauende Prüfung auf absehbare  
7 Zielverfehlung Teil des Gesetzes wurde, ist zwar zu begrüßen. Zukünftig sollte  
8 eine solche negative Prognose aber auch bereits heute die Regierung zum  
9 Erstellen und Verabschieden eines wirksamen Maßnahmenpakets verpflichten. Es  
10 geht also nicht um die falsche Alternative "kurzfristige Sofortprogramme" wie im  
11 ersten Klimaschutzgesetz, oder "keine Sofortprogramme" wie im neuen  
12 Klimaschutzgesetz, sondern um langfristige Programme, die sofort wirksam werden.  
13 So stellen wir sicher, dass das Klimaschutzgesetz tatsächlich Wirkung entfaltet  
14 und die in ihm enthaltenen Ziele nicht ignoriert werden können.

15 Darüber hinaus sollten die verbindlichen Sektorenziele wieder eingeführt werden.  
16 Um die Klimaschutzziele zu erreichen muss jeder Klimaschutzsektorbereits heute  
17 Minderungsbeiträge liefern, denn der wirtschaftliche Hochlauf dauert und auch  
18 gesellschaftliche Veränderungen brauchen Zeit. Dafür ist es notwendig, dass  
19 bereits heute in allen Sektoren wirksame Maßnahmen beschlossen werden.

20 Die Reform des Klimaschutzgesetzes war inhaltlich nicht akzeptabel - das  
21 Solarpaket stattdessen nicht zu beschließen wäre aber ebenfalls inakzeptabel  
22 gewesen. Wir haben deshalb Verständnis und zeigen uns solidarisch mit allen  
23 grünen Abgeordneten, die für oder gegen das Klimaschutzgesetz gestimmt haben.

24 Im Hinblick auf die Bundesdelegiertenkonferenz und das Bundestagswahlprogramm  
25 setzen wir uns für eine Reform des Klimaschutzgesetzes im oben genannten Sinne  
26 ein.

### Antrag in leichter oder einfacher Sprache

27 Das Klima-Schutz-Gesetz sagt: Die Regierung muss Klima-Ziele einhalten. Werden  
28 die Klima-Ziele nicht eingehalten, musste früher sofort ein Programm beschlossen  
29 werden, damit die Klima-Ziele doch eingehalten werden. Das wurde geändert. Wir  
30 wollen, dass wieder sofort ein Programm beschlossen werden muss.

31  
32 Das Klima-Schutz-Gesetz hat früher auch gesagt: Jeder Bereich muss Klima-Schutz-  
33 Ziele einhalten, zum Beispiel der Verkehr, die Land-Wirtschaft, oder die  
34 Energie-Wirtschaft. Jetzt gibt es keine Ziele für einzelne Bereiche mehr. Das  
35 wollen wir ändern.

36  
37 Die Abstimmung zum Klima-Schutz-Gesetz war schwierig und umstritten. Wir sagen  
38 deshalb, dass wir Verständnis für beide Seiten der Debatte haben.

## Begründung

erfolgt mündlich

## Unterstützer\*innen

Ocean Renner (KV Nordfriesland); Michael Brandtner (KV Kiel); Katharina Kegel (KV Pinneberg); Jessica Leutert (KV Kiel); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Joachim Mohr (KV Kiel); Nils Tellert (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Beryll Winkelmann (KV Pinneberg); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Ulrike Dunkhase-Heinl (KV Flensburg); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Rolf Bunte (KV Nordfriesland); Pamela Masou (KV Pinneberg); Peer Lessing (KV Pinneberg); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Sina Clorius (KV Schleswig-Flensburg); Katrin Stange (KV Pinneberg); Franz Fischer (KV Kiel); Iris Brückner (KV Schleswig-Flensburg); Christof Martin (KV Rendsburg-Eckernförde); Christopher Mund (KV Lübeck); Marcus Jurkat (KV Lübeck); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Kirsten Schaltenberg (KV Schleswig-Flensburg); Achim Jansen (KV Segeberg); Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn); Jan Kürschner (KV Kiel); Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg); Jacqueline Kühl (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Ulrike Täck (KV Segeberg); Peter Schüler (KV Lübeck); Oliver Lorentzen (KV Pinneberg); Maik-Torben Kristen (KV Kiel); Zoé Engel (KV Kiel); Stefan Lansberg (KV Plön); Kerstin Hanert-Möller (KV Dithmarschen); Alexander Gelter-Grimmelsmann (KV Neumünster); Askan Grimmelsmann (KV Neumünster); Denise Kreissl (KV Segeberg)

## A13, A18 geeint Für ein freies Europa! – Für offene Grenzen im deutsch-dänischen Grenzland

Antragsteller\*in: KV Flensburg, Rasmus Andresen (KV Flensburg), Steffen Regis (KV Kiel),  
Kreisvorstand Nordfriesland

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

- 1 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein stehen wir für ein  
2 offenes, grenzüberschreitendes und barrierefreies Miteinander im deutsch-  
3 dänischen Grenzland. Vor diesem Hintergrund möge der Landesparteitag beschließen:
- 4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein sprechen sich entschieden gegen die von  
5 Bundesinnenministerin Nancy Faeser angeordneten temporären Grenzkontrolle an der  
6 deutsch-dänischen Grenze aus. Wir fordern daher die Grüne Landtagsfraktion, die  
7 Mitglieder der Landesregierung sowie die Grünen Mitglieder des Bundestages dazu  
8 auf, eine Ausweitung und Verstetigung der Grenzkontrollen zu verhindern.
- 9 Forderungen aus rechten und Teilen konservativer Kreisen nach dauerhaften  
10 stationären Grenzkontrollen oder sogar -schließungen sind Angriffe auf das  
11 Schengener Abkommen und damit die Grundidee eines freien, grenzenlosen Europas –  
12 eine der zentralen Errungenschaften des Zusammenwachsens in Europa. Deshalb  
13 kritisieren wir auch die neuesten Äußerungen der Bundesinnenministerin am Rande  
14 des Treffens der EU-Innenminister\*innen, die Grenzkontrollen an unserer Grenze  
15 fortzusetzen, bis eine Lösung an den EU-Außengrenzen umgesetzt ist. Damit  
16 kündigt Nancy Faeser de facto stationäre Kontrollen für die kommenden Jahre an.  
17 Dies ist nicht nur EU-rechtswidrig, sondern ein massiver Rückschritt für das  
18 grenzüberschreitende Zusammenleben zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark.  
19 Populistische, den Werten unseres Grundgesetzes und der europäischen Einigung  
20 widersprechende Forderungen können niemals ernsthafte politische Maßnahmen zur  
21 Terrorbekämpfung sein. Wir Grüne bekennen uns klar zum Prinzip offener Grenzen  
22 in Europa.
- 23 Schleswig-Holstein, als Grenzland zu Dänemark, lebt von der offenen Grenze zu  
24 unseren dänischen Nachbar\*innen. Das deutsch-dänische Grenzland ist historisch  
25 und kulturell eng miteinander verflochten. Beide Seiten der Grenze beheimaten  
26 autochthone Minderheiten, die in dieser Region ihre Identität und einen  
27 lebendigen Austausch pflegen. Außerdem zeichnet sich unsere Grenzregion durch  
28 eine besondere wirtschaftliche Dynamik aus, die durch den freien Personen- und  
29 Warenverkehr im Rahmen der europäischen Freizügigkeit gewachsen ist. Der  
30 tägliche kulturelle Austausch, wissenschaftliche Kooperationen, bilaterale  
31 Freundschaften und familiäre Verbindungen sind das Fundament einer lebendigen  
32 und vielfältigen Gemeinschaft, die sich über die Grenzen hinweg entwickelt hat.
- 33 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein lehnen wir jegliche Maßnahmen ab,  
34 die dieses sensible Gefüge beeinträchtigen. Die angeordneten Grenzkontrollen  
35 stellen eine massive Einschränkung dieser Errungenschaften im Sinne des  
36 Schengener Grenzkodexes dar.
- 37 Schon die aktuell etablierten Kontrollen sorgen hier und insbesondere in anderen  
38 Regionen Deutschlands für lange Staus, Verzögerungen in den Lieferketten und  
39 sind eine Belastung für Pendler\*innen und Unternehmen. Dauerhafte  
40 Grenzkontrollen würden unserer und anderen Grenzregionen erheblich schaden.  
41 Inzwischen zeigt sich: Auch der gewünschte Erfolg lässt sich nicht nachweisen:

42 Dabei ist schon aus praktischen Erwägungen offensichtlich, dass sich 3.876 km  
43 Landesgrenze nicht lückenlos überwachen lassen. Die von Bundesinnenministerin  
44 Nancy Faeser adressierten Herausforderungen des internationaler Kriminalität und  
45 Terrorismus lassen sich durch Grenzkontrollen nicht angemessen bewältigen.  
46 Vielmehr bedarf es einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur, die auf  
47 Zusammenarbeit ausgerichtet ist.

48 Die Hauptverantwortung für die Einhaltung von EU-Gesetzen liegt bei der EU-  
49 Kommission. Es kann daher nicht sein, dass die EU-Kommission die Umsetzung des  
50 EU-Rechts ignoriert und immer wieder grünes Licht für die Verlängerungen von  
51 Grenzkontrollen gibt.

52 Die EU-Kommission muss dringend das Gespräch mit den Mitgliedstaaten suchen und  
53 darf weitere Verlängerungen von Grenzkontrollen nicht mehr akzeptieren.

54 **Terrorgefahr ernsthaft bekämpfen - Sicherheit durch Zusammenarbeit**

55 Islamismus lässt sich nicht durch Grenzschießungen oder  
56 Asylrechtsverschärfungen bekämpfen. Das zu behaupten, ist purer Populismus. Die  
57 Gefahren des islamistischen Terrors rein zu einer Frage der Migrationspolitik zu  
58 machen, spaltet unsere Gesellschaft und gießt Wasser auf die Mühlen der rechten  
59 Hetzer\*innen.

60 Verfassungsfeind\*innen agieren längst international. Dieser Herausforderung  
61 müssen wir mit europaweit besser vernetzten und gemeinsam agierenden  
62 Sicherheitsbehörden begegnen, denn die Zusammenarbeit zwischen den Behörden  
63 Deutschlands und unserer europäischen Nachbarn ist wirkungsvoller als nationale  
64 Alleingänge. Mit der Idee einer europäischen Nachrichtendienstagentur, einem  
65 europäischen Kriminalamt, das über eigene Ermittlungsteams verfügt, sowie  
66 zusätzlichen Kompetenzen für die Europäische Staatsanwaltschaft haben wir Grüne  
67 auf Bundesebene konkrete Vorschläge gemacht.

68 Wenn es um die wirkungsvolle Bekämpfung von internationaler Kriminalität geht,  
69 dann können anlassbezogen mobile Grenzkontrollen für uns ein Teil davon sein.  
70 Diese sind weniger personalintensiv, flexibler und können rechtssicher  
71 durchgeführt werden. Zusätzlich befürworten wir die grenzüberschreitende  
72 Zusammenarbeit zwischen den Polizeien der europäischen Länder, wie dies an  
73 einigen Grenzen bereits erfolgreich im Kampf gegen schwerste Kriminalität  
74 praktiziert wird.

## **Antrag in leichter oder einfacher Sprache**

75 Für ein freies Europa! – Für offene Grenzen zwischen Deutschland und Dänemark

76 Die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Schleswig-Holstein ist gegen die neuen  
77 Kontrollen an den Grenzen, vor allem an der Grenze zwischen Deutschland und  
78 Dänemark. Diese Kontrollen hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser angeordnet.  
79 Wir wollen, dass diese Kontrollen nicht länger dauern oder ausgeweitet werden.

80 Einige rechte und konservative Gruppen wollen dauerhafte Grenzkontrollen oder  
81 sogar Grenzschießungen. Das ist ein Angriff auf das Schengener Abkommen. Das  
82 Abkommen sorgt für offene Grenzen in Europa. Offene Grenzen sind wichtig für ein  
83 freies Europa.

84 Nancy Faeser hat gesagt, dass die Kontrollen weitergehen sollen, bis es eine  
85 Lösung an den Außengrenzen der EU gibt. Das könnte bedeuten, dass die Kontrollen  
86 noch viele Jahre bleiben. Das ist gegen die Regeln der EU und schlecht für die  
87 Menschen, die an der Grenze zwischen Deutschland und Dänemark leben.

88 Warum offene Grenzen wichtig sind

89 Schleswig-Holstein liegt an der Grenze zu Dänemark. Die offene Grenze hilft uns.  
90 Das Grenzgebiet zwischen Deutschland und Dänemark hat eine lange gemeinsame  
91 Geschichte. Die Menschen dort sprechen miteinander, arbeiten zusammen und  
92 pflegen ihre Kultur. Auch die Wirtschaft wächst durch den freien Handel und das  
93 Reisen ohne Grenzkontrollen. Viele Familien, Freund\*innen und Kolleg\*innen leben  
94 auf beiden Seiten der Grenze. Wir Grüne wollen keine Maßnahmen, die diese  
95 Gemeinschaft zerstören. Die Grenzkontrollen machen das Leben schwerer.

96 Probleme mit den aktuellen Grenzkontrollen

97 Die Grenzkontrollen sorgen für lange Staus und machen es für Firmen schwieriger,  
98 Waren zu liefern. Auch die Menschen, die jeden Tag zur Arbeit pendeln, sind  
99 betroffen. Dauerhafte Kontrollen wären ein großes Problem für die Region.

100 Außerdem zeigen die bisherigen Kontrollen keinen Erfolg. Es ist unmöglich, alle  
101 Grenzen genau zu überwachen. Terrorismus und Kriminalität kann man nicht mit  
102 Grenzkontrollen stoppen. Wir brauchen eine bessere Zusammenarbeit in Europa, um  
103 für Sicherheit zu sorgen.

104 Zusammenarbeit statt Grenzkontrollen

105 Islamistischer Terrorismus lässt sich nicht durch Grenzschließungen bekämpfen.  
106 Das ist Populismus und schadet unserer Gesellschaft.

107 Terrorist\*innen arbeiten international zusammen. Deshalb müssen die  
108 Sicherheitsbehörden in Europa besser zusammenarbeiten. Die Zusammenarbeit  
109 zwischen den Polizist\*innen und Sicherheitsbehörden in Europa ist wichtiger als  
110 Kontrollen an den Grenzen. Wir Grüne haben Vorschläge gemacht: Eine europäische  
111 Sicherheitsbehörde und ein europäisches Kriminalamt mit eigenem Personal.

112 Manchmal können auch kurzfristige und mobile Grenzkontrollen sinnvoll sein.  
113 Diese brauchen weniger Personal und können schneller eingesetzt werden. Außerdem  
114 unterstützen wir die Zusammenarbeit zwischen den Polizeien in Europa, wie es an  
115 einigen Grenzen schon erfolgreich gemacht wird.

## Unterstützer\*innen

Askan Grimmelmann (KV Neumünster); Regina Flesken (KV Pinneberg); Ly Schoenmakers (KV Schleswig-Flensburg)

## A14 (Ä1) Ausbildungsqualität stärken, Lehrkräfteausbildung vernetzen: Ablehnung einer reinen Verkürzung des Vorbereitungsdienstes

Gremium: Frederic Meyer & Annabell Pescher (Sprecher\*innen LAG Bildung)

Beschlussdatum: 13.09.2024

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Bildungsforschung zeigt, dass der Bildungserfolg von Schüler\*innen maßgeblich  
2 von der Qualität der Lehrkräfte abhängt. Die Ausbildung von Lehrkräften muss  
3 daher priorisiert und kontinuierlich weiterentwickelt werden. Der  
4 Vorbereitungsdienst (Referendariat) spielt eine zentrale Rolle und muss in enger  
5 Abstimmung mit dem Lehramtsstudium und der Berufseingangsphase weiterentwickelt  
6 werden. Besonders kritisieren wir die noch unzureichende Vernetzung dieser drei  
7 Phasen, was aktuell zu Qualitätseinbußen führt.

8 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein fordern daher:

9 1. Ablehnung einer reinen Verkürzung des Vorbereitungsdienstes

10 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein sprechen sich gegen eine reine  
11 Verkürzung des Vorbereitungsdienstes für Lehrkräfte aus. Eine Verkürzung  
12 gefährdet die bisherige Qualität der Lehrkräfteausbildung, da wichtige Aspekte  
13 wie professionelle Handlungskompetenz und die Lehrkräftepersönlichkeit in  
14 kürzerer Zeit nicht ausreichend entwickelt werden können.

15 Das „Gutachten zur Lehrkräftegewinnung und Lehrkräftebildung“ der ständigen  
16 wissenschaftlichen Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz muss  
17 hinsichtlich der Empfehlungen, die Theoriephasen deutlich stärker mit  
18 Praxiserfahrungen zu koppeln, genau auf die Anwendbarkeit in Schleswig-Holstein  
19 untersucht werden. Die dafür notwendigen Strukturen und Prozesse, die aus den  
20 Vorschlägen der SWK zur Lehrkräfteausbildung resultieren, müssen zunächst genau  
21 beschrieben und unter wissenschaftlicher Begleitung erprobt werden. Denn eine  
22 Diskussion über die Möglichkeit der Verkürzung des Vorbereitungsdienstes ist für  
23 uns ausschließlich mit einer vorherigen Verbesserung der Vernetzung der  
24 verschiedenen Ausbildungsphasen denkbar.

25 2. Steigerung der Attraktivität des Vorbereitungsdienstes

26 Wir erkennen die Notwendigkeit an, den Vorbereitungsdienst attraktiver zu  
27 gestalten, um den Lehrberuf für junge Menschen zugänglicher und ansprechender zu  
28 machen. Hierbei setzen wir auf eine bessere Balance zwischen Theorie und Praxis,  
29 um die Bedürfnisse der Lehramtsanwärter\*innen stärker zuberücksichtigen:  
30 Erheblicher Zeitdruck und eine übermäßige Verdichtung der Ausbildungsinhalte  
31 sind einer qualitativ hochwertigen Ausbildung nicht zuträglich. Daher fordern  
32 wir:

- 33 • Erhöhung der Flexibilität bei der Gestaltung des Vorbereitungsdienstes, z.  
34 B. durch die Möglichkeit, bestimmte Module individuell oder asynchron zu

35 vertiefen oder die Hausarbeit als Prüfungsform durch alternative  
36 Zusatzqualifikationen (wie das Beratungszertifikat) zu ersetzen

- 37 • Studierende sollen durch gezielte Maßnahmen wie  
38 Informationsveranstaltungen bereits im Studium besser auf den  
39 Vorbereitungsdienst vorbereitet werden. Der Übergang von Studium zum  
40 Vorbereitungsdienst soll ohne lange Wartezeiten erfolgen.
- 41 • Die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst darf nicht allein von der  
42 Abschlussnote abhängen. Zusätzliche Qualifikationen wie  
43 Auslandsaufenthalte, gesellschaftliches Engagement und Fortbildungen sowie  
44 individuelle Unterstützungsbedarfe sollten berücksichtigt werden.
- 45 • Besonders Referendar\*innen mit individueller Mehrfachbelastung (Care-  
46 Arbeit, Behinderungen usw.) sollen besser unterstützt werden. Das betrifft  
47 beispielsweise die Flexibilisierung der Ausbildungszeiten und eine größere  
48 Kulanz bei Fehlzeiten.

### 49 3. Stärkere Vernetzung von Studium und Vorbereitungsdienst

50 Wir fordern eine systematische und nachhaltige Verzahnung des Lehramtsstudiums  
51 (erste Phase) mit dem Vorbereitungsdienst (zweite Phase). Diese Vernetzung soll  
52 durch eine engere Kooperation zwischen den lehramtsqualifizierenden Hochschulen  
53 und dem „Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein“ (IQSH)  
54 erreicht werden, um den Wissenstransfer und die Praxisorientierung zu stärken.  
55 Konkret schlagen wir vor:

- 56 • Sicherung der kontinuierlichen Weiterentwicklung beruflicher Kompetenzen  
57 in allen Phasen der Lehrer\*innenausbildung im Sinne eines gemeinsam  
58 geplanten Spiralcurriculums unter Einbindung von Querschnittsaufgaben wie  
59 Inklusion, Digitalisierung, Kulturelle Bildung usw.
- 60 • Gemeinsame Fortbildungen und Vernetzungstreffen für Hochschullehrende und  
61 Studienleitungen des IQSH, um den Austausch strukturell sicherzustellen.

### 62 4. Einführung einer dritten Phase (Berufseingangsphase)

63 Wir sprechen uns für die Einführung einer Berufseingangsphase als dritte Phase  
64 der Lehrer\*innenausbildung aus. Diese wird von der SWK in ihrem „Gutachten zur  
65 Lehrkräftegewinnung und Lehrkräftebildung“ empfohlen. Wir finden, dass eine  
66 freiwillige Berufseingangsphase den Übergang in den Beruf erleichtern und den  
67 Lehrkräften kontinuierliche Unterstützung bieten kann. Konkret fordern wir:

- 68 • Ein Mentoringprogramm an den Schulen, welches neuen Lehrkräften in den  
69 ersten beiden Berufsjahren zur Seite steht. Regelmäßige Feedbackgespräche  
70 mit erfahrenen Mentor\*innen und mit anderen Lehrkräften sollen die  
71 Reflexion der eigenen Praxis fördern.
- 72 • Monatliche Reflexionsseminare für Lehrkräfte in der Berufseingangsphase,  
73 um den peergestützten Austausch der Berufseinsteiger\*innen untereinander  
74 zu fördern. Diese Seminare sollen als geschützter Raum für den kollegialen  
75 Austausch und zur vertieften Auseinandersetzung mit beruflichen  
76 Herausforderungen dienen. Die Reflexionsnetzwerke sollten lokal,

77 inhaltlich stark bedarfsorientiert selbstbestimmt sein und durch ein  
78 Mentoring begleitet werden.

- 79 • Den Lehrkräften soll in der Berufseingangsphase bei vollen Bezügen und  
80 abgesenkter Lehrverpflichtung ein prüfungsfreies Reflexionsangebot gemacht  
81 werden.

82 5. Ermittlung des notwendigen Reformbedarfs im Vorbereitungsdienst

83 Wir setzen uns dafür ein, die Haltequote von Lehramtsstudierenden in Schleswig-  
84 Holstein systematisch zu erfassen. Es ist entscheidend zu verstehen, wie viele  
85 Absolvent\*innen ihren Vorbereitungsdienst im Land antreten und welche Faktoren  
86 sie davon abhalten. Nur dann können gezielte und bedarfsgerechte Maßnahmen  
87 entwickelt werden, um die Abwanderung in andere Bundesländer oder Berufszweige  
88 zu reduzieren und den Vorbereitungsdienst insgesamt attraktiver zu gestalten.

89 Konkret fordern wir:

- 90 • Eine Untersuchung, die ermittelt, wie viele Lehramtsabsolvent\*innen aus  
91 Schleswig-Holstein ihren Vorbereitungsdienst hier absolvieren und welche Gründe  
92 dazu führen, dass einige diesen nicht in Schleswig-Holstein antreten oder sich  
93 sogar einem anderen Beruf zuwenden.  
94 • Eine ergänzende Abfrage bei Referendar\*innen nach ihrem Staatsexamen, um deren  
95 Gründe für eine mögliche Abwanderung oder den Verbleib in Schleswig-Holstein zu  
96 erfassen.  
97 • Basierend auf den Ergebnissen sollen Maßnahmen entwickelt werden, um den  
98 Vorbereitungsdienst für angehende Lehrkräfte zu verbessern und somit auch dem  
99 Lehrkräftemangel entgegenzuwirken.

100  
101 Mit diesen Maßnahmen wollen wir sicherstellen, dass die Lehrer\*innenbildung in  
102 Schleswig-Holstein zukunftsfähig, praxisnah und attraktiv bleibt. Die  
103 langfristige Qualität der schulischen Bildung hängt entscheidend von der  
104 Ausbildung und Unterstützung der Lehrkräfte ab.

## Antrag in leichter oder einfacher Sprache

105 Der Erfolg von Schülerinnen und Schülern hängt von guten Lehrkräften ab.  
106 Schüler\*innen lernen mit guten Lehrkräften besser.

107 Deshalb brauchen Lehrkräfte eine gute Ausbildung.

108 Diese Ausbildung muss immer weiter verbessert werden.

109 Die Ausbildung der Lehrkräfte hat drei wichtige Teile:

- 110 • Das Studium  
111 • Der Vorbereitungsdienst (auch Referendariat genannt)  
112 • Die Zeit nach dem Vorbereitungsdienst, wenn Lehrkräfte anfangen, zu  
113 arbeiten

114 Schwierig ist:

115 Die drei Teile sind nicht gut miteinander verbunden.

116 Das macht die Ausbildung schlechter.



117 Außerdem müssen die Lehrkräfte in immer weniger Zeit immer mehr lernen.

118 Was wollen wir ändern?

119 1. Wir sind gegen eine Verkürzung des Vorbereitungsdienstes.

120 Wir sagen:

121 Der Vorbereitungsdienst darf nicht kürzer werden.

122 Dann lernen die neuen Lehrkräfte nicht genug.

123 Sie brauchen Zeit, um sich zu verbessern.

124 Zum Beispiel Sachen wie:

- 125 • Die Arbeit als Klassenlehrkraft
- 126 • Das Sprechen mit den Schülerinnen und Schülern
- 127 • Das Sprechen mit den Eltern oder Kollegen

128 Deshalb wollen wir:

- 129 • Keine einfache Verkürzung des Vorbereitungsdienstes
- 130 • Erst sollen die drei Ausbildungsteile besser verbunden werden
- 131 • Danach kann man in Ruhe schauen, ob eine Verkürzung klug ist

132 2. Der Vorbereitungsdienst muss attraktiver werden.

133 Wir finden:

134 Der Vorbereitungsdienst muss besser werden.

135 Damit mehr junge Leute auch Lehrkraft werden wollen.

136 Was bedeutet das genau?

- 137 • Lehrkräfte sollen genug Zeit haben, neue Dinge auszuprobieren.
- 138 • Lehrkräfte sollen mehr mitentscheiden können, wie sie lernen wollen. Zum  
139 Beispiel könnten sie manche Dinge in anderer Reihenfolge lernen. Oder  
140 Dinge zuhause nacharbeiten.
- 141 • Der Übergang zwischen Studium und Vorbereitungsdienst soll ohne lange  
142 Pausen möglich sein.
- 143 • Der Start in den Vorbereitungsdienst soll nicht nur von der Note abhängen.  
144 Auch andere Dinge sollen wichtig sein. Zum Beispiel das Ehrenamt oder ob  
145 man im Ausland war.
- 146 • Lehrkräfte mit vielen Aufgaben neben der Schule (zum Beispiel  
147 Kinderbetreuung) sollen mehr Unterstützung bekommen.

148 3. Studium und Vorbereitungsdienst müssen besser verbunden werden.

149 Lehramtsstudium und der Vorbereitungsdienst sollen besser zusammenpassen.

150 Was bedeutet das genau?

151 • Alle drei Teile der Ausbildung sollen aufeinander aufbauen. Dabei soll es  
152 besonders um wichtige Themen wie Inklusion und Digitalisierung gehen.

153 • Die Ausbilder sollen sich mehr austauschen und gemeinsam die Ausbildung  
154 verbessern.

155 4. Eine dritte Phase der Lehrerausbildung einführen.

156 Wir fordern:

157 Es soll einen dritten Teil in der Ausbildung für Lehrkräfte geben.

158 Dieser kommt nach dem Vorbereitungsdienst.

159 Er heißt: Berufseingangsphase

160 Neue Lehrer sollen damit gut in den Beruf starten.

161 Was bedeutet das genau?

162 • Dieser Teil der Ausbildung soll freiwillig sein.

163 • Lehrkräfte sollen ein Mentoringprogramm bekommen. Das bedeutet: Erfahrene  
164 Lehrerinnen helfen ihnen. Und tauschen sich mit ihnen aus.

165 • Es soll regelmäßige Treffen für Austausch geben.

166 • Lehrkräfte sollen in der Anfangszeit weniger unterrichten. Dann können sie  
167 mehr über ihren Unterricht nachdenken.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

Aus der LAG gab es ein mehrheitlich positives Votum für den Antrag. Dieses war allerdings außerhalb der Frist für Umlaufbeschlüsse.

## Unterstützer\*innen

Leon Bossen (KV Flensburg); Tobias Lentz (KV Flensburg); Lennert Pasberg (KV Segeberg); Alexandra Königshausen (KV Flensburg); Marc Jöns (KV Flensburg); Scarlett Schmit (KV Steinburg); Ellen Kittel (KV Flensburg); Hans-Peter Hopp (KV Ostholstein); Falk Bednarski (KV Flensburg); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Inga Asmussen (KV Kiel); Katja Claussen (KV Flensburg); Gabriele Piachnow-Schmidt (KV Steinburg); Ramon Arndt (KV Steinburg); Birgit Asmus-Mrozek (KV Steinburg); Malte Harlapp (KV Stormarn); Ulrike Lahrmann (KV Steinburg); Sven Gebhardt (KV Flensburg); Annette Granzin (KV Ostholstein); Jan-Hendrik von Zelewski (KV Kiel); Saskia Grobe (KV Steinburg); Kirsten Schaltenberg (KV Schleswig-Flensburg); Britta Baar (KV Dithmarschen); Zoé Engel (KV Kiel)

## A16 (Ä1-5) Für ein Land, das funktioniert und bezahlbar ist.

Antragsteller\*in: Rasmus Andresen (KV Flensburg)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

- 1 Die Bundesrepublik steht vor sehr großen Herausforderungen. Die Klimakrise und
- 2 das Artensterben, Kriege in unserer Nachbarschaft und wirtschaftliche
- 3 Unsicherheit prägen unsere Zeit. Wir Grüne übernehmen in diesen schwierigen
- 4 Zeiten Verantwortung für unser Land. Vor Ort, in Berlin und in Brüssel.
  
- 5 Unser Ziel ist, die Bundesrepublik und Europa zu einem Ort zu machen, der für
- 6 alle funktioniert. Heute und Morgen. Der Schlüssel dafür liegt u.a. in einer
- 7 Finanzpolitik, die die Alltagsorgen der Menschen in den Mittelpunkt rückt. Die
- 8 Mehrheit der Menschen in unserem Land hat in den vergangenen Jahren unter
- 9 Reallohnverlusten, steigende Mieten, teurer werdende Lebensmittel und schlechter
- 10 werdende öffentliche Infrastruktur gelitten. Auf der anderen Seite besitzt eine
- 11 kleine Gruppe an Superreichen fast 50% des Gesamtvermögens in der
- 12 Bundesrepublik.
  
- 13 Unser Grünes Ziel ist es, politische Antworten auf die soziale Spaltung in
- 14 unserer Gesellschaft zu formulieren. Mit dem Deutschlandticket, der
- 15 Mindestloohnerhöhung oder der Gaspreisbremse haben wir Grüne in den verganenen
- 16 Jahren immer wieder konkrete Verbesserungen durchgesetzt.
  
- 17 Wir Grüne treten für einen Ausbau öffentlicher Infrastruktur, Zugang zu guter
- 18 Gesundheit, bezahlbares Wohnen und für höhere Löhne ein. Wir rücken soziale
- 19 Politik in den Mittelpunkt.
  
- 20 Investitionspaket.
  
- 21 Im Einklang u.a. mit dem BDI, der einen gesamtstaatlichen Investitionsbedarf von
- 22 rund 400 Mrd. Euro öffentlichen Investitionen Euro diagnostiziert, schlagen wir
- 23 ein Investitionspaket für gute Infrastruktur vor und reformieren dafür die
- 24 Schuldenbremse. Im Land setzen wir mit dem IMPULS Programm seit Jahren
- 25 erfolgreich Akzente und modernisieren unsere Infrastruktur, jetzt muss der Bund
- 26 nachziehen. Öffentliche Investitionen in Krankenhäuser, bezahlbares Wohnen,
- 27 Schulen, die Energiewende und unser Schienennetz haben für uns eine hohe
- 28 Priorität.
  
- 29 Gute Löhne.
  
- 30 Wer arbeitet muss davon leben und fürs Alter vorsorgen können. Gerade als
- 31 schleswig-holsteinische Grüne wissen wir wie wichtig Lohngerechtigkeit ist.
- 32 Schleswig-Holstein ist westdeutscher Lohnkeller. Deshalb kämpfen wir für ein
- 33 starkes Tariftreuegesetz, einen Mindestlohn von 16 Euro und die Kopplung von
- 34 Fördermitteln an Unternehmen mit Tarifbindung.
  
- 35 Klimageld einführen.
  
- 36 Um soziale Schieflagen in der Klimapolitik durch höhere CO2 Preise zu vermeiden,
- 37 wollen wir die Erhöhung des CO2 Preises an die Einführung eines Klimagelds
- 38 koppeln. Wir brauchen höhere CO2 Preise als effizientes Instrument für die
- 39 Klimapolitik, die Lasten müssen sozial aber fair verteilt werden.

- 40 Bezahlbare Mieten.
- 41 Wir schaffen einen bundesweiten Mietendeckel, investieren deutlich stärker in  
42 bezahlbares Wohnen und begrenzen die Renditeausschüttung der großen Wohnkonzerne  
43 mit einem Renditedeckel.
- 44 Bürger\*innenversicherung für Gesundheit und Pflege.
- 45 Aktuell haben wir eine Zwei-Klassen-Medizin für privat und gesetzlich  
46 Versicherte. Unser Ziel ist eine solidarisch finanzierte  
47 Bürger\*innenversicherung, in der jede\*r unabhängig vom Einkommen die Versorgung  
48 bekommt, die er\*sie braucht.
- 49 Bund-Länder-Pakt „mentale Gesundheit“.
- 50 Wir schlagen einen Bund-Länder-Pakt für mentale Gesundheit vor. Alle jungen  
51 Menschen sollen das Recht und die Möglichkeit bekommen, sich psychologisch  
52 beraten zu lassen. Therapieplätze, Beratungsstrukturen und die Ausbildung von  
53 Fachpersonal müssen stark ausgebaut werden. Auch in der Schule muss das Thema  
54 „mentale Gesundheit“ im Curriculum berücksichtigt werden .
- 55 Superreiche stärker besteuern.
- 56 Verteilungsungleichheit schadet unserer Demokratie. Wir setzen uns deshalb für  
57 eine Vermögenssteuer für Superreiche sowie eine Reform der Erbschaftssteuer ein.  
58 Sehr hohe Vermögen bzw. Erbschaften sollten stärker besteuert werden.
- 59 Steuerschlupflöcher dichtmachen, Cum-Cum- und Cum-Ex-Gelder zurückholen.
- 60 Durch Steuerbetrug und missbräuchliche Steuergestaltungen gehen der öffentlichen  
61 Hand jährlich Milliarden Euro verloren. Die steuer- und strafrechtliche  
62 Aufarbeitung muss konsequent, umfassend und zügig vorangetrieben werden, wobei  
63 der Bund in der Verantwortung steht, die Länder dabei besser zu unterstützen und  
64 die Länder die Gelder konsequenter zurückfordern müssen. Bei der Rückforderung  
65 der angerechneten Kapitalertragsteuer (Cum Cum und Cum Ex-Betrug) liegen zum  
66 Teil noch eklatante Versäumnisse vor – da ist es auf Bundesebene zu prüfen, wie  
67 eine bessere Rückholung der Steuergelder ermöglicht werden kann. Die  
68 Steuerfahndung muss bedarfsgerecht ausgebaut und die Steuerschlupflöcher müssen  
69 konsequent geschlossen werden. Es darf keine "rechtsfreien Räume" für die  
70 Finanzbetrüger geben - auch und gerade, wenn diese wie beim Cum Cum und Cum Ex-  
71 Betrug sehr vermögend und einflussreich sind.
- 72 Funktionsfähige Kommunen: Altschuldenfonds für Kommunen.
- 73 Unsere Kommunen brauchen Luft zu Atmen. Deshalb schlagen wir für hoch  
74 verschuldete Kommunen einen Altschuldenfonds vor, der den Kommunen die  
75 Perspektive gibt finanzpolitisch handlungsfähig zu werden.

## Begründung

mündlich

## Unterstützer\*innen

Bruno Hönel (KV Lübeck); Annabell Louisa Pescher (KV Flensburg); Tobias Lentz (KV Flensburg); Freydis Mende (KV Flensburg); Alexandra Königshausen (KV Flensburg); Conny Clausen (KV Flensburg); Steffen Regis (KV Kiel); Sophia Marie Pott (KV Lübeck); Sönke Marxen (KV Flensburg); Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg); Lukas Unger (KV Pinneberg); Lasse Petersdotter (KV Kiel); Leon Bossen (KV Flensburg); Iris Brückner (KV Schleswig-Flensburg); Ellen Kittel (KV Flensburg); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Michael Brandtner (KV Kiel); Frederic Meyer (KV Kiel); Johanna Schierloh (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Jan Kürschner (KV Kiel); Zoé Engel (KV Kiel); Denise Kreissl (KV Segeberg); Torge Schmidt (KV Rendsburg-Eckernförde); Ralph Sieber (KV Schleswig-Flensburg); Jessica Leutert (KV Kiel); Lukas Reithofer (KV Kiel); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Jannes Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Luca Brunsch (KV Kiel); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Tobias Preß (KV Lübeck); Mandy Siegenbrink (KV Lübeck); Britta Klingspor (KV Ostholstein); Jacqueline Kühl (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Britta Baar (KV Dithmarschen); Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg); Klaudia Schumann (KV Schleswig-Flensburg); Nadine Mai (KV Pinneberg); Oliver Lorentzen (KV Pinneberg); Maik-Torben Kristen (KV Kiel); Vincent Schlotfeldt (KV Plön); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Alexander Gelter-Grimmelsmann (KV Neumünster); Askan Grimmelsmann (KV Neumünster); Jürgen Becker (KV Schleswig-Flensburg); Achim Jansen (KV Segeberg); Dirk Kock-Rohwer (KV Plön); Jasper Balke (KV Lübeck); Florian Juhl (KV Pinneberg); Hans-Peter Hopp (KV Ostholstein); Max Hansen (KV Herzogtum Lauenburg); Ina Kietzmann (KV Nordfriesland); Ly Schoenmakers (KV Schleswig-Flensburg)

## A17 (Ä1,2) Echte Lösungen gegen Extremismus in der Innen- und Bildungspolitik durchsetzen statt Populismus und Diskriminierung

Antragsteller\*in: Ocean Renner (KV Nordfriesland)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Die Bedrohung für unsere Demokratie und Gesellschaft ist durch jegliche Arten  
2 von Extremismus größer den je: Ob durch die AfD als parlamentarischer Arm des  
3 Rechtsextremismus, islamistische Anschläge oder die Bedrohung durch autoritäre  
4 Regime aus dem Ausland. Alles zeigt, wie ernst die Gefahr ist und dass die  
5 bisherigen Antworten auf diese nicht ausreichend sind. Schließlich bedrohen  
6 Islamismus, Rechtsextremismus und andere extremistische Ideologien Frauen\*,  
7 queere Menschen, Minderheiten, Andersdenkende und -gläubige in ihrer Lebensweise  
8 und Freiheit. Wir müssen daher diese aktuellen Entwicklungen in den Blick  
9 nehmen.

10 Der furchtbare Terroranschlag von Solingen hat uns zutiefst erschüttert. Deshalb  
11 verurteilen wir umso mehr jegliche Versuche, den Anschlag für politische Zwecke  
12 auszunutzen. Es ist fatal, dass sich die politische Diskussion im Bereich  
13 Terrorismusbekämpfung mehr auf rechtspopulistische Scheinargumente und die  
14 Abschiebung von Geflüchteten konzentriert als auf tatsächliche Lösungen. Solche  
15 Debatten werden der Relevanz des Themas nicht gerecht und schaden insbesondere  
16 den Menschen, die bereits jetzt am stärksten marginalisiert sind. Es darf nicht  
17 passieren, dass Menschen aufgrund ihres Glaubens, ihrer Staatsangehörigkeit,  
18 ihres Aussehens oder Geburtsortes unter Generalverdacht gestellt werden. Dies  
19 befeuert rassistische Vorurteile und gefährdet unsere Demokratie und die  
20 Sicherheit vieler unbeteiligter Menschen.

21 Als Bündnis 90/die GRÜNEN Schleswig-Holstein fordern wir daher nicht nur eine  
22 klare Kante gegen Extremismus zu zeigen, sondern auch endlich Konsequenzen aus  
23 dieser zu ziehen. Wir stehen zu unserer außen- und innenpolitischen Haltung,  
24 Menschenrechte, Frieden und Humanität in den Mittelpunkt zu stellen. Dies  
25 bedeutet auch, international gegen autoritäre Regime zu stehen und Terrorismus  
26 gemeinsam zu bekämpfen. Innerhalb von Schleswig-Holstein und Deutschland gelten  
27 diese Grundsätze nicht nur, sie müssen sich auch in unserer Innenpolitik  
28 widerspiegeln:

29 1) Viele Menschen fliehen weltweit vor islamistischer Gewalt und Terror. Ein  
30 entschlossener Kampf gegen Islamismus bedeutet, dass Menschen, die vor diesem  
31 fliehen, Schutz bekommen. Vor diesem Hintergrund ist es unverantwortlich, dass  
32 bis jetzt kein bundesweiter Abschiebestopp für Ezid\*innen beschlossen wurde,  
33 obwohl der Deutsche Bundestag den Genozid der Terrororganisation „Islamischer  
34 Staat“ an den Ezid\*innen bereits offiziell anerkannt hat.

35 2) Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien lehnen wir strikt ab, genauso wie  
36 Streichungen, Kürzungen und Einschränkungen von Sozialleistungen für Geflüchtete  
37 (bereits jetzt befinden sich die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz  
38 unter dem Existenzminimum), das Konzept „sicherer Herkunftsstaaten“, den  
39 Kabinettsbeschluss (vom 26.06.24) zur Verschärfung im Aufenthaltsrecht in der  
40 derzeitigen Form und Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den Grenzen. Das  
41 Asylrecht ist eine unverzichtbare Errungenschaft und eine historische Lehre aus

42 der Zeit des zweiten Weltkrieges, in der unter anderem jüdische Schutzsuchende  
43 an den Grenzen abgewiesen und später vom NS-Regime ermordet wurden. Eine  
44 Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem Taliban-Regime in Afghanistan, das  
45 Gender-Apartheid betreibt, oder dem diktatorischen Assad-Regime in Syrien würde  
46 eine Stärkung von Diktatur, Antisemitismus und Islamismus bedeuten. Zudem  
47 verbietet es sich, Menschen in Gebiete zu schicken, in denen ihnen Folter und  
48 Tod drohen. Terrorismus wird nicht bekämpft, indem man Menschen, die teilweise  
49 selbst vor Terror und Gewalt fliehen, noch unmenschlicher behandelt. Stattdessen  
50 brauchen wir Solidarität und Zusammenarbeit mit den Menschen, die sich mutig  
51 gegen Diktatur und Terror stellen. Migrantische Initiativen und Stimmen für  
52 Vielfalt und Demokratie, zum Beispiel von geflüchteten Afghan\*innen,  
53 Syrer\*innen, iranischen Oppositionellen, Kurd\*innen, Egid\*innen, und vielen mehr  
54 müssen gestärkt werden.

55 3) Statt dieser aktuellen Debatte brauchen wir lösungsorientierte Vorschläge.  
56 Wir müssen uns auf eine menschliche Migrations- und Integrationspolitik  
57 fokussieren. Dazu gehören mehr Geld für Integrations- und Sprachkurse, die  
58 Aufhebung von Arbeitsverboten, Abbau von diskriminierenden Strukturen, bessere  
59 personelle und infrastrukturelle Ausstattung der Behörden, psychotherapeutische  
60 Angebote für Menschen mit Traumata und weitere Maßnahmen, um den  
61 Herausforderungen gerecht zu werden.

62 4) Unsere Demokratie wird täglich durch die vielen Menschen gestärkt, die sich  
63 ehrenamtlich engagieren. Wir brauchen endlich ein starkes  
64 Demokratiefördergesetz, das zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich für  
65 Demokratiebildung und Menschenrechte einsetzen, langfristig Planungssicherheit  
66 bietet. Programme wie „Demokratie leben!“ müssen vonseiten des Bundes, vonseiten  
67 des Landes entsprechend cofinanziert, auskömmlich finanziert und vor Ort  
68 professionell begleitet werden .

69 5) Kultur verbindet Menschen und stärkt Gesellschaft. Die Förderung von Kultur,  
70 Kunst und Musik, die Juden\*Jüdinnen, BIPOC, queeren Menschen, Menschen mit  
71 Behinderung und anderen unterrepräsentierten Gruppen eine Plattform bietet, muss  
72 gesichert und ausgebaut werden.

73 6) Viele Menschen, die sich terroristischen Gruppierungen anschließen oder  
74 terroristische Gewalttaten begehen, radikalieren sich in Deutschland.  
75 Radikalisierung findet auch häufig im Internet statt. Deshalb gilt: Die  
76 Bekämpfung von Fake News, Hassrede und Aufstachelungen muss endlich angegangen  
77 werden. Dazu fordern wir, die bestehenden Regeln durchzusetzen, Social-Media-  
78 Konzerne konsequent zur Moderation zu verpflichten und die Sicherheitsbehörden  
79 so in ihrer Ausbildung und Infrastruktur auszustatten, dass sie Straftaten im  
80 Netz erfolgreich aufklären können.

81 7) Wir fordern den Fokus unserer Politik auf Prävention zu legen, um  
82 reaktionären Denkweisen entgegenzuwirken. Prävention ist hier vielfältig gemeint  
83 und stützt sich auf alle genannten Punkte. Ob durch Bildungsarbeit, Kultur, die  
84 Arbeit der Sicherheitsbehörden oder andere Maßnahmen: Unsere Gesellschaft muss  
85 überhaupt verhindern, dass es zu Gewalt, Hass und Hetze kommt, anstatt sich in  
86 der reinen Reaktion auf diese wiederzufinden.

87 8) Weiter unterstützen wir ausdrücklich rechtsstaatliche Schritte wie  
88 Vereinsverbote, Befugnisse für den Verfassungsschutz bei der Kontrolle von  
89 extremistischen Organisationen (z. B., um die Finanzierung besser zu erkennen)

90 oder politische Maßnahmen wie die Verschärfung des Waffenrechtes und der Entzug  
91 von Waffen bzw. die Nicht-Erteilung von Waffenerlaubnissen für Extremist\*innen.  
92 Entscheidend bleibt, dass diese Maßnahmen im Sinne der Gewaltenteilung  
93 kontrolliert werden. Auch Schritte die sich auf den Verfassungsschutz und andere  
94 Institutionen beziehen, müssen immer mit einer kritischen Betrachtung dieser  
95 einhergehen. Dadurch verhindern wir einen Missbrauch dieser Möglichkeiten und  
96 arbeiten weiterhin an Reformen und Verbesserungen für diese.

97 9) Extremistische Angriffe wie dieser in Solingen sind auch ein Ausdruck  
98 patriarchaler Strukturen, die sich nach wie vor durch unsere Gesellschaft  
99 ziehen. Gewalt von Männern muss als sicherheitspolitisches Thema in den  
100 Mittelpunkt gerückt werden. Es braucht flächendeckende Jungenarbeit, die  
101 zielgerichtet Geschlechterstereotype problematisiert und Rollenbilder aktiv  
102 aufbricht und Gewaltpräventionsangebote, die bei Verhaltensauffälligkeiten  
103 einschreiten können, bevor es zu einer schweren Straftat kommt. Von  
104 patriarchaler Gewalt Betroffene müssen flächendeckenden Schutz und Beratung  
105 erhalten.

## Antrag in leichter oder einfacher Sprache

106 Extremistische Ansichten gefährden Menschen-Rechte und unser Zusammen-Leben.  
107 Deshalb müssen wir extremistische Ansichten bekämpfen.

108 Wir finden es nicht gut, wie viele Menschen in der Politik momentan auf diese  
109 Gefahr antworten. Viele Mitmenschen werden dabei diskriminiert.

110 Wir wollen, dass Menschen, die vor Extremismus fliehen, Schutz bekommen. Wir  
111 wollen, dass Schutzsuchende selbst-bestimmt leben können und gut versorgt  
112 werden.

113 Wir wollen, dass die Demokratie-Förderung, politische Bildung und Kultur mehr  
114 Geld und Unterstützung bekommen.

115 Wir wollen verhindern, dass Menschen zu Extremist\*innen werden und Hass  
116 verbreitet wird. Wir wollen Extremismus rechtstaatlich bekämpfen.

117 Wir wollen Gewalt von Männern als wichtiges Thema anschauen.

## Begründung

An diesem Antrag haben folgende Personen mitgewirkt:

Marcel Beutel

Ocean Renner

Tarik Pahlenkemper

Lone Prolingheuer

Dieser Antrag wurde auf der letzten Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Schleswig-Holstein beschlossen, welche sich damit der Unterstützung für diesen anschließt.



## Unterstützer\*innen

Lone Protingheuer (KV Kiel); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Nils Tellert (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Anja Koberg (KV Nordfriesland); Lukas Peschke (KV Kiel); Annette Schubart (KV Ostholstein); Tarik Pahlenkemper (KV Schleswig-Flensburg); Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg); Axel Rasmussen (KV Nordfriesland); Ullrich Günther (KV Ostholstein); Luca Moriconi (KV Pinneberg); Kevin Thomsen (KV Nordfriesland); Marilla Meier (KV Lübeck); Reimo Schaaf (KV Ostholstein); Finn Brüggemann (KV Lübeck); Christoph Fischer (KV Segeberg); Denise Kreissl (KV Segeberg); Maxim Shaporin (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Lorenz Mayer (KV Segeberg); Reinhard Junge (KV Plön); Sören Petersen (KV Lübeck); Jacqueline Kühl (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Said Etejjari (KV Segeberg); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Julia Grüner (KV Kiel); Dieter Dluzewski (KV Dithmarschen)